

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 2. August 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Zentrum und Wahlrecht.

I.

Die Zentrumsfraktion des preussischen Abgeordnetenhauses hat es eilig gehabt, ihr Verhalten in der Wahlrechtsfrage zu rechtfertigen. Sie hat es nicht abwarten können, bis der Fraktionsbericht vollständig vorlag, sondern bereits den ersten Teil dieses Berichts in Gestalt einer 62 Seiten starken Broschüre erscheinen lassen, von der 42 Seiten allein von der Wahlrechtsvorlage handeln. Das Zentrum empfand also offenbar die an seiner unsäglichen Haltung in der Wahlrechtsfrage geübte Kritik so unangenehm, daß es seinen agitatorischen Klappschreier so rasch als möglich eine komplette Sammlung von Ausreden in die Hand geben zu müssen glaubte. Diese Kollektion jesuitischer Kniffe und Pfiffe liegt jetzt vor in Gestalt des die Wahlrechtsvorlage behandelnden Kapitels aus der Feder des Abgeordneten Dr. Vell.

Es versteht sich von selbst, daß die Darstellung des Verhaltens der Zentrumsfraktion nach der Darstellung des Herrn Dr. Vell nicht nur völlig einwandfrei erscheint, sondern darüber hinaus auch noch als glorreiche Tat gefeiert wird. Der Verlauf der Verhandlungen, schreibt der Verfasser in seiner „Schlußbetrachtung“ im schauerhaftesten Akzentdeutsch, habe den „unwiderleglichen Nachweis“ erbracht, „daß die Zentrumsfraktion in jeder Lage des Verfahrens nach ihrem bewährten Grundsatz, die Politik als die Kunst des Erreichbaren zu behandeln, verfahren ist, und daß sie dabei, von dem Bestreben geleitet, ein wirklich volkstümliches und möglichst antiplutokratisches Wahlrecht zu schaffen, trotz der denkbar schwierigsten Verhältnisse, durch zielbewusstes und nachdrückliches Eintreten für zeitgemäße Verbesserungen, stets den Interessen der Allgemeinheit gedient und zugleich die berechtigten Wünsche ihrer Wählererschaft erfüllt hat.“ Aber nicht genug mit diesen Renommistereien: der Verfasser darf in diesem offiziellen Fraktionsbericht auch anfündigen, daß das Zentrum auch künftig genau das gleiche Verhalten beobachten werde wie diesmal! Er sagt:

„Ob und wann eine neue Wahlrechtsvorlage eingebracht werden wird und welchen Inhalt sie haben soll, muß die Zukunft lehren. Aber auch gegenüber jeder neuen Wahlrechtsvorlage wird die Zentrumsfraktion und die Zentrumsfraktion nach wie vor unentwegt und unbeeinträchtigt von der Partei und den Wünschen der Wählererschaft einnehmen, der ihr durch ihren Charakter als wahrhaft staatsbehaltende Volkspartei vorgezeichnet ist.“

Das heißt, daß das Zentrum auch künftig mit den Junkern die Wahlreform machen will! Daß es wiederum nicht nur das gleiche Wahlrecht vereiteln helfen will, sondern auch jede wirksamere Einschränkung des Klassenwahlrechts, jede durchgreifende Neueinteilung der Wahlkreise, ja möglichst auch wiederum das geheime Wahlrecht, das es ja diesmal durch die unsäglich perfide Verkopplung der geheimen mit der indirekten Wahl den Junkern zuliebe fast vollständig unwirksam zu machen verstanden hat!

Der offizielle Fraktionsbericht des Zentrums stellt also nochmals ausdrücklich fest, daß es, von denen um Seydebrand und Bedlitz abgesehen, keinen schlimmeren Feind einer Wahlreform in Preußen gibt, als das Zentrum! Und dieser Feind ist noch viel gefährlicher als selbst die Seydebrand und Bedlitz (nebst dessen sich national-liberal nennendem Anhang aus den Kreisen der Großindustriellen) deshalb, weil er sich den Massen gegenüber als Freund der Wahlreform aufspielt, weil er unter der Maske des Wahlrechtskämpfers der Reaktion alle Trümpfe in die Hand spielt!

Der Kampf um eine wirkliche Wahlreform ist mithin gleichbedeutend mit einem Kampf gegen das wahrheitsverräterische Zentrum! Dieser Kampf ist nun aber nicht zu führen durch eine Annäherung an die Nationalliberalen, die von einer ernstlichen Reform des Dreiklassenwahlrechts ebensowenig wissen wollen, wie das Zentrum, sondern einzig durch die Aufklärung der proletarischen und kleinbürgerlichen Wählermassen über die ihm achollen Verrätereien des Zentrums!

Der Brandmarkung dieser Verrätereien dienen auch die Feststellungen, die wir hiermit den Ausführungen und Verdrehungen des Zentrumsberichts entgegenstellen.

Die Darstellung Dr. Vells über die Verhandlungen beginnt erst zentrumsjesuitisch mit einer Entrüstungsfanonade gegen das „unerhörte Verhalten“ der sozialdemokratischen Fraktion bei der Einbringung der Vorlage durch Bethmann Hollweg. Es heißt da:

„Bei der Eröffnung der allgemeinen Besprechung eignete sich ein Zwischenfall, der in der Geschichte des preussischen Abgeordnetenhauses beispiellos dasteht und im ganzen Lande die größte Entrüstung hervorrief.“

Worauf dann die stenographische Wiedergabe der sozialdemokratischen Demonstration und der reaktionären Gegen-demonstration folgt.

Es kennzeichnet ganz wunderbar das „demokratische“ Empfinden des Zentrums, daß es Herrn Vell von der „Entrüstung des ganzen Landes“ über die sozialdemokratischen

Wahrheiten jageln läßt. Wichtig ist, daß sich die Drahtzieher des Zentrums über den wohlverdienten Empfang des Verantwortlichen für die Wahlrechtsmißgeburt entrüstet haben. Im Volke dagegen empfand man, wie die glänzenden Wahlrechtsdemonstrationen, wie die glorreichen Erfolge der Sozialdemokratie bei allen seitdem stattgefundenen Wahlen beweisen, nur die ungetrübteste Genugtuung darüber, daß die kleine sozialdemokratische Fraktion der Empörung Ausdruck verliehen, die die paragrafisierte Volksverhöhnung unter den breitesten Massen ausgelöst hatte! So gibt Herr Vell schon gleich zu Anfang ein Musterbeispiel für die Gewissenhaftigkeit und Ehrlichkeit seiner Darstellung!

Ein weiteres Beispiel der Gewissenhaftigkeit und Objektivität des Herrn Vell ist überhaupt dessen ganze Darstellung der ersten Besung im Plenum. Sie enthält außer einigen wenigen Worten über die Ausführungen des Ministers v. Nolte nichts, als Auszüge aus der Rede des Zentrumsvertreter Gerold! Diese Art der Widerlegung gegnerischer Angriffe ist in der Tat die einfachste und billigste, die sich denken läßt. Und es ist nur schade, daß Herr Vell dieser famosen Methode der Rechtfertigung der Zentrums-taktik nicht bis zum Schluß treu geblieben ist. Er wäre dann wenigstens nicht in Versuchung geraten, sich persönlich in polemische Unkosten zu stürzen und sich dabei die plumpten Entstellungen und windigsten Verlegenheitsausreden zu leisten!

Da Herr Vell jedoch die mißliche Aufgabe hatte, sich auch mit den Angriffen der Gegner, d. h. in erster Linie der Sozialdemokratie, auseinanderzusetzen, mußte er — in Ermangelung besserer Kampfmittel — zu gräßlichen Entstellungen und Unwahrheiten greifen. So beginnt er denn seine Darstellung der Kommissionsverhandlungen mit der Behauptung, daß das sozialdemokratische Kommissionsmitglied, das schon in der ersten Beratung im Plenum „in der schärfsten und verletzendsten Form gegen das Zentrum vorging“, „mit ausgefuchter Schärfe“ gerade gegen das Zentrum vorgegangen sei „und dessen Vertreter zu diskreditieren“ versucht habe, „während es die nationalliberale Partei möglichst schonend behandelte“.

Man merkt sofort die Absicht dieser Darstellung. Die katholischen Industriearbeiter, die begriffsloserweise schlecht auf die Nationalliberalen zu sprechen sind, sollen gegen die Sozialdemokratie eingenommen werden, die diese Scharfmacherpartei so schonend behandelt habe!

Die ganze Darstellung ist natürlich dreister Schwindel!

Zunächst ist es unklar, daß der sozialdemokratische Redner schon bei der ersten Plenarberatung das Zentrum heftig angegriffen, dagegen die Nationalliberalen geschont habe. Genosse Ströbel hat sich in seiner zweifelhafte Rede mit dem Zentrum kaum einige Minuten beschäftigt. Und auch nur, weil ihn das unglaubliche Eintreten des Abg. Gerold für die Ungleichheit der Wahlkreiseinteilung dazu zwang! Die Verteidigung des „ungeheuerlichen Unrechts“ durch den Zentrumsredner erklärte unser Redner „unterstreichen“ zu müssen. Wie berechtigt er dazu war, beweist ja die Tatsache, daß bereits im Jahre zuvor fünf Zentrumsabgeordnete, die von Zentrumsarbeitern gewählt worden waren, in der Frage der Wahlkreiseinteilung gegen die Zentrumsfraktion gestimmt hatten! Diese Tatsache, daß die ungeheure Mehrheit der Zentrumsfraktion sich gegen eine Forderung erklärte, die gerade die sogenannten Arbeitervertreter des Zentrums für notwendig halten, unterschlägt natürlich Herr Dr. Vell, der dafür die Unwahrheit verbreitet, der sozialdemokratische Redner habe sich von vornherein „in der schärfsten und verletzendsten Form“ gegen das Zentrum gewendet, dabei aber die Nationalliberalen möglichst geschont. Dabei wir auch feststellen wollen, daß Genosse Ströbel in derselben Rede die Nationalliberalen (und den Freisinn) wegen ihres Widerstandes gegen die Maximierung und ihrer Forderung der Beseitigung der Steuerdrittteilung in den Urwahlbezirken angegriffen hatte.

Also die besonders verletzende Behandlung des Zentrums in der ersten Plenarberatung ist eine dreiste Erfindung des Herrn Dr. Vell. Aber auch seine fernere Behauptung, daß sich der sozialdemokratische Vertreter — unter Schöpfung der Nationalliberalen — gleich in der ersten Sitzung der Wahlrechtskommission mit „ausgefuchter Schärfe“ (und natürlich ganz ohne Grund!) gegen das Zentrum gewendet habe, ist eine struppellose Entstellung der wirklichen Tatsachen.

Das Zentrum probierte nämlich abermals die Angriffe des sozialdemokratischen Redners. Es handelte sich um die Erörterung des Antrags auf Einführung des gleichen Wahlrechts. Da nun das Zentrum stets so pathetisch behauptet hat, daß es das gleiche Wahlrecht erstrebe, habe es doch bereits 1873 einen Antrag auf Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen gestellt, und da noch am 15. Januar 1910 bei der Etatsberatung der Zentrumsvertreter Abg. Gerold erklärt hatte: „Wir verlangen eine durchgreifende, einschneidende Aenderung des Wahlrechts“, wäre es doch zweifellos die Pflicht des Zentrums gewesen, nunmehr auch für seine Forderung des gleichen Rechts einzutreten! Denn nach 37 Jahren Harrens

und programmatischen Forderungen war ihm endlich einmal die Gelegenheit gegeben, bei der Beratung einer Wahlrechtsvorlage auch den Ernst seiner Forderung zu beweisen! Hatte doch auch das führende Zentrumsorgan, die „Germania“, ausdrücklich wenige Tage zuvor erklärt, daß in der Kommission auch die großen Grundprinzipien der Wahlreform mit aller Eindringlichkeit erörtert werden müßten! Was aber tat das Zentrum?

Es begnügte sich damit, durch einen seiner Vertreter die lange Erklärung abgeben zu lassen, „daß die Mitglieder der Fraktion, entsprechend ihrer früheren Stellung, den Antrag 1 annehmen würden“. (S. 5 des von dem Abg. Vell erstatteten Kommissionsberichtes.)

Die Debatte über die wichtigste Kernfrage der ganzen Wahlreform wäre damit in knapp 10 Minuten abgetan gewesen, wenn nicht der sozialdemokratische Redner nunmehr die ganz ungläubliche Haltung des Zentrums gebrandmarkt hätte. Und womit suchten die braven Zentrums„demokraten“ sich gegen die hundertfach verdienten Beitschneide zu salbieren? Dadurch, daß sie greinten, warum denn gerade sie die Prügel haben sollten, die sie doch wenigstens für das gleiche Wahlrecht stimmen wollten, während doch die Nationalliberalen nicht einmal dafür zu haben seien. Worauf unser Genosse entgegnete, daß ja die Nationalliberalen sich niemals als Freunde des gleichen Wahlrechts ausgegeben hätten, wohl aber das Zentrum! Das Zentrum möge doch gefälligst nun einmal seinen Kampf für das gleiche Wahlrecht und gegen die Wahlrechtsgegner beginnen, dann werde er mit dem größten Vergnügen Seite an Seite mit dem Zentrum auch auf die Nationalliberalen los schlagen!

Es fiel dem Zentrum aber gar nicht ein, auch nur einen Finger für das gleiche Wahlrecht zu rühren!

Und unter solchen Umständen besitz Herr Dr. Vell den Mut, sich über die „ausgefuchte Schärfe“ zu entrüsten, mit der das sozialdemokratische Kommissionsmitglied die jammervolle Haltung der Zentrumsvertreter zu geißeln genötigt war!

Liberaler Dunkelmänner.

Die Mehrheit der schleswig-holsteinischen Volks- und Mittelschullehrer ist stramm freisinnig, besonders in den Städten bilden die Volksschullehrer bei allen Wahlen die eifrigsten Schlepper für den Freisinn. Trotzdem sie sich liberal nennen, sind die schleswig-holsteinischen Volks- und Mittelschullehrer aber von wirklich liberaler Bestimmung, sowohl auf dem Gebiet der Politik wie auf dem des Erziehungswesens weit, sehr weit entfernt. Schulmänner, wie sie in Hamburg und Bremen hervorgetreten sind, findet man in dem angeblich liberalen Schleswig-Holstein nicht, und wenn man das Land von der Elbe bis zur Königshafen abfährt. Die schleswig-holsteinischen Lehrer stehen noch bis über beide Ohren in den alt hergebrachten Anschauungen über Pädagogik. Das trat mit erschreckender Deutlichkeit auf der Provinzialversammlung zutage, die dieser Tage in Eckernförde stattfand.

Wenn man sich nun hundert Jahre zurückversetzt, könnte man sich den Verlauf dieser Versammlung nicht anders denken, als er tatsächlich gewesen ist. Schon der Anfang war vielversprechend. Ein Kirchenkonzert ging der Hauptversammlung voraus, und mit dem gemeinsamen Gesange des Liedes „Lobe den Herrn“ wurde sie eingeleitet.

Das erste Verhandlungsthema lautete: „Ueber Memorieren und Memorierstoff auf dem Gebiete des Religionsunterrichts“. Rektor Hansen-Þvehoe behandelte das Thema. Er bewegte sich auf den alten ausgetretenen Bahnen. Er hielt es für eine Pflicht der Schule, die Jugend mit der christlichen Religion in Geschichte und Lehre bekannt zu machen. Das Auswendiglernen von Bibelsprüchen, Gesangbuchversen und Teilen des Katechismus ist für ihn eine pädagogische Notwendigkeit. Alle seine Wünsche sahte der Referent in die Forderungen zusammen, daß der amtlich vorgeschriebene Memorierstoff beschränkt und daß eine bessere Auswahl vorgenommen werde.

Kein Lichtblick im Referat, kein Lichtblick in der Diskussion! Das befreiende Wort, daß der Religionsunterricht in der Schule nichts zu suchen hat, fällt nicht. Es findet sich nicht einmal jemand, der keine Einschränkung verlangt. Im Gegenteil: der Referent Rektor Þvehoe verlangt, daß die „Heilige Schrift als Gotteswort über allem andern Verstand“ steht. Er sah schon in den bescheidenen Forderungen des Referenten eine Weisheit vom religiösen Leben und ließ das Gespenst der völligen Religionslosigkeit als Abschreckung aufstehen. Und das Traurige: der Herr fand zahlreiche Lehrer, die ihm Beifall gollten. Die Mehrheit schloß sich schließlich zur Annahme eines Antrages auf, der den Vorstand beauftragt, bei der Regierung vorstellig zu werden, daß möglichst bald eine Revision des vorgeschriebenen religiösen Memorierstoffes vorgenommen werde unter Mitwirkung der Lehrerschaft.

Dann kam das Hauptstück des Lehrertages zur Verhandlung: „Stellung und Aufgabe der preussischen Lehrerschaft angesichts der Frauenbewegung auf dem Gebiete der Schule“.

Die Bestimmungen über die Neuordnung des Mittelschulwesens in Preußen vom 3. Februar 1910 haben es den Herren angetan. In diesen Bestimmungen heißt es: „An Mädchen und Mittels

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die schlaggehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Berichts- und Beschlüsse 30 Pfg., für Kleinanzeigen 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellungs- und Schließungs-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Vertrauens-
„Sozialdemokrat Berlin“.

Schulen erteilen fortwährend Lehrkräften bis in die obersten Klassen Unterricht, doch können auch männliche Lehrkräfte an ihnen beschäftigt werden. Die Leitung der Schulen über Neustoren aus, an Mädchenschulen auch geprüfte Schuldorchesterinnen. — Die eigene Kraft und Mächtigkeit, mit den Frauen zu konkurrieren, trauen sich diese Herren nicht mehr zu. Darum betteln sie die Regierung an, sie möge die Gefahr, die ihrer Existenz durch die Anerkennung der weiblichen Schulleitung droht, abwenden. Warum sollten auch die schleswig-holsteinischen Volksschullehrer mehr Einsicht bezeugen, als ihre Kollegen von den höheren Schulen, die sich mit ihrer Eingabe gegen die Anerkennung der weiblichen Schulleitung vor der ganzen Welt lächerlich gemacht haben!

Lehrer Bachholz-Riel schreie die Zuhörer mit dem stumpfsten Kampfe der Frau gegen den Mann, erzählte mit heiliger Entrüstung, wie die radikalen Frauenrechtlerinnen die Auflösung der Ehe proklamieren, einen Glorienzweigen um die Häupter der unehelichen Mütter wickeln, die Hausfrau und treue Mutter aber verachteten. Nachdem der Herr so alle die achtbaren und ehrbaren Spießer in die rechte Entrüstung versetzt hatte, rückte er mit seinen Forderungen heraus. Er will die Frau wohl zur Mitarbeit an der öffentlichen Erziehung zugelassen wissen, aber der Frau dürfen keine Leitungsbefugnisse übertragen werden; dazu reiche ihre Kraft nicht aus. Die Unterstellung eines Mannes unter die Leitung einer Frau sehe den Mann in der öffentlichen Meinung herab. Die Einführung weiblicher Vorgesetzten auf dem Schulgebiete führe mit Sicherheit zu ähnlichen Ansprüchen und Erfolgen der Frau auch in anderen Verufen und damit zu einer allgemeinen großen Gefahr für das Staatswohl. Hoffentlich werde der Druck der öffentlichen Meinung dahin führen, daß in Preußen die Anerkennung der weiblichen Schulleitung wieder zurückgezogen werde.

Es war der einzige Blick in dieser Versammlung, daß sich ein — sage und schreibe ein — Lehrer fand, der diese Anschauungen „als Nachhall einer alten Kulturauffassung“ bekämpfte, der meinte, der Volksschullehrer könne nur auf der Seite des Fortschritts stehen und der verlangte, die Versammlung sollte die Standarte mit der Aufschrift aufpflanzen: „Jeder tüchtigen Persönlichkeit, ob Mann oder Frau, freie Bahn!“ Aber kaum hatte Herr Lehrer Juhl-Altona diese wirklich liberalen Gedanken zum Ausdruck gebracht, da erhob sich mit aller ihm eigenen Würde Herr Lehrer Hoff-Riel, Vorsitzender der freisinnigen Organisation in Kiel, Stadtverordneter und freisinniger Landtagsabgeordneter für den Landtagswahlkreis Kiel, und brachte im Namen des Kieler Lehrervereins eine Resolution ein, die sich gegen die Bestimmung vom 8. Februar 1910 wendet und als einziges Argument gegen die weibliche Leitung öffentlicher Schulen anführt, daß das eine Abweichung von dem bisherigen Zustande sei. Das wagt ein freisinniger Landtagsabgeordneter zu vertreten! Wenn Herr Hoff diesen Grundgedanken auch für seine politische Tätigkeit gelten läßt — und das sollte er doch konsequenterweise —, dann kann er mit seiner ganzen politischen Tätigkeit einpaßen, dann ist sie für die Wahl. Denn die Durchführung aller liberalen Forderungen wird im Inneren Preußen ja wohl eine Abweichung von dem bisherigen Zustande sein. — Nur noch drei Promote traten dem mutigen Lehrer Juhl-Altona bei, alle anderen Diskussionsredner variierten mehr oder weniger die Ansichten von Bachholz und Hoff. Zum Schluß wurde die Hoffsche Resolution mit großer Mehrheit angenommen.

Das sind die liberalen Lehrer Schleswig-Holsteins! Wenn die reaktionäre Schulverwaltung mit brutaler Faust zuzieht, dann duden sie sich schon und ängstlich in die Ecke. Als der Tönninger Lehrer Hansen schilt, drangsalieren und zuletzt gemahregelt wurde, weil er von wahrer Menschenliebe befeuert in einer freisinnigen Wählerversammlung ausfuhrte, es drückte ihm immer das Herz ab, wenn er in die blaffen Gesichter mancher seiner Schülerinnen sehe und dann an den Drogoll denke, da herrschte im Lager der schleswig-holsteinischen liberalen Lehrer eifriges Schweigen. Das hat sich in mehreren ähnlichen Fällen in letzter Zeit wiederholt. Aber ein so lächerlich geringer Fortschritt, wie er in der Bestimmung über die Leitung an Mädchen-Mittelschulen liegt, scheucht diese Gesellschaft auf, nicht um mit Wärme dafür einzutreten, sondern um ihn zu bekämpfen, weil sie darin eine Gefahr für ihre Existenz sehen. Und diese Gelden geben an, den Fortschritt zu vertreten!

Nachklänge der Wahl in Cannstatt-Ludwigsburg.

Der Ausfall der Reichstagswahlwahl in Cannstatt-Ludwigsburg hat die bürgerlichen Parteien, wie die Neuherungen ihrer Blätter beweisen, völlig überrascht. Daß auch bei dieser Wahl wieder die sozialdemokratische Stimmenzahl steigen werde, hatte man erwartet, teilweise auch mit einem sozialdemokratischen Sieg gerechnet; aber daß der sozialdemokratische Kandidat gleich im ersten Wahlgange seine Gegner um 4247 Stimmen hinter sich zurücklassen werde, darauf scheint man in den Reihen der gegnerischen Parteien nicht gefaßt gewesen zu sein. Und, wir gestehen es offen, auf eine solche Majorität der sozialdemokratischen Stimmen haben auch wir, wenn wir auch mit Bestimmtheit auf einen Sieg des Genossen Reil rechneten, nicht gehofft. Unsere Genossen in Cannstatt-Ludwigsburg haben sich vorzüglich geschlagen. Sie haben sich die volle Anerkennung der Gesamtpartei verdient.

Wie immer in solchen Fällen trübt sich die bürgerliche Presse damit, daß sich unter den sozialdemokratischen Stimmen viele „Mittläufer“ befänden, daß die Wahl nur als Verärgerungsprodukt betrachtet werden dürfe usw. Was soll sie in ihrer Hilflosigkeit und Verlegenheit auch anderes tun. Seit dem Juli 1909, den Tagen der glorreichen Durchführung der Reichsfinanzreform, hat die Sozialdemokratie sieben Mandate gewonnen, und zwar meist in Wahlkreisen, die sie bisher noch nie besessen. Überall ein beträchtliches Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen; während gleichzeitig die Stimmenzahl der Gegner zurückging, mochten diese Gegner Konservern, Zentrumspartheiler oder Liberale sein.

Selbstverständlich suchen auch diesmal wieder, wie bei den letzten für die Sozialdemokratie siegreichen Wahlen, die Konservern den Liberalen und vor allen den National-Liberalen nachzuweisen, daß sie, wenn sie bei den nächsten Reichstagswahlen bessere Resultate erzielen wollen, nach rechts abzuweichen und sich den Konservern in die Arme werfen müssen; während die Liberalen Blätter, soweit sie nicht das Verständnis für die Volksseele verloren haben, eine schärfere Frontstellung gegen den blauschwarzen Vlod fordern. So schreibt die „Post“:

„Zu gleicher Zeit aber ist diese Nachwahl, wie alle vorhergehenden — die Wahl in Olegto- und bildet eine Ausnahme — eine Warnung für die nationalliberalen

Partei, sich noch weiter nach links zu entwickeln. Der mit so viel Pathos und Eifer vertretene Gedanke, daß nur der Anschlag nach links die Partei retten könne, hat sich auch hier wieder als Wahn erwiesen. Das Bündnis mit der Linken führt nicht zum Sieg, sondern in das Nichts. Der Links-Liberalismus hat auf seiner Seite die lautesten Schreier, einige dreist unterschämte Blätter, aber nicht — die Wähler. Die Wahlen aber werden durch die Wähler entschieden und nicht durch die Hege-reien des Berliner Weltblattes und Zeitungen von ähnlichem Schlage.“

Und die „Kreuz-Zeitung“ erklärt ironisch:

„Wenn man sieht, wie eifrig sich in Süddeutschland liberale Parteiführer, Minister und Prinzen regierender Häuser „in den Dienst des demokratischen Willens stellens“, und wie trotzdem — oder gerade deshalb — Schlag auf Schlag die Reichstagsmandate Landau-Neustadt, Koburg, Friedberg-Waldingen, Cannstatt-Ludwigsburg und ein Landtagsmandat nach dem anderen der Umsturzpartei zugefallen sind, dann kann man verstehen, daß die Sozialdemokratie den dringenden Wunsch hegt: „Nur weiter so in der Unterwerfung unter den demokratischen Willen!“ Im württembergischen Landtage waren die Nationalliberalen früher die herrschende Partei, jetzt sind sie mit nur 12 Mandaten die schwächste.“

Dagegen fordert das „Berl. Tagebl.“ schärfste Bekämpfung der Reaktion:

Der Liberalismus steht vor einer schweren Entscheidung. Geht es im Sinne des abgetanen Herrn Fieber, dann findet dieser Augenblick den Liberalismus auf der Seite der Reaktion. Nur soll man sich nicht darüber täuschen, daß er in diesem Falle auch mit in den schroffsten Gegensatz zum Volkswillen geraten müßte. Mit der Volkswilligkeit des Liberalismus wäre es dann aus. Er könnte sich nur als ein Anhängel der Reaktion behaupten und würde höchstwahrscheinlich mit ihr hinweggeschwemmt. Wer aber der Meinung ist, daß nur in einer positiven Weiterentwicklung des Reichs das Heil gesucht werden darf, der wird heute mehr als je jede Beziehung zu den reaktionären Parteien lösen müssen. Der Feind steht rechts, das gilt nicht bloß in tatsächlicher Beziehung; das gilt auch für die praktische Politik. Gegen die Sozialdemokratie hilft die Assoziation mit den reaktionären Parteien nicht das mindeste, wie die Geschichte der Fieber-schen Erbschaft beweist. Wohl aber verhindert das Zusammengehen des Liberalismus mit der Reaktion die notwendige Wendung der Reichspolitik in der Richtung einer stärkeren Betonung des liberalen Gedankens. Der Liberalismus kann sich nur selbst behaupten, wenn er gegen die Verlockungen von rechts fest bleibt und alles daran setzt, die Macht der reaktionären Parteien zu brechen. Wer bisher noch auf eine Wiederannäherung an die reaktionären Parteien spekuliert hat, den sollten die Fieber-schen Spuren schrecken.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. August 1910.

Zur Reichsfinanzlage.

Die liberale Presse bemüht sich eifrig, nach Erzberger-schem Rezept nachzuweisen, daß die Finanzlage des Reichs sich merklich bessere und deshalb alle Verfürgungen, daß bald wieder eine neue Reichsfinanzreform nötig sein werde, völlig überflüssig seien. So verheißt die „Germania“, daß die Endabrechnung für das Finanzjahr 1909 einen beträchtlichen Ueberschuß ergeben werde. Nun ist zwar richtig, daß auf einen rechnungsmäßigen Ueberschuß zu hoffen ist, da die Mehreinnahmen etwas reichlicher ausgefallen sind, und außerdem bei den Ausgaben einige Ersparnisse erzielt wurden; aber diesem sogenannten Ueberschuß stehen 288 1/2 Millionen Mark an ungedeckten Matrularumlagen entgegen, von denen nur 48 1/2 Millionen Mark von den Einzelstaaten gedeckt werden, so daß 240 Millionen Mark zur Deckung verbleiben, und zwar müssen diese bis 1913 abgetragen werden. Auf diese 240 Millionen Mark kommt der vorausgeschickte Ueberschuß zur Anrechnung; das heißt er wird dazu benutzt, diese Schuldsomme etwas zu reduzieren.

Tatsächlich sind die Finanzaussichten recht schlechte, denn das Ergebnis der Einnahmen im ersten Quartal des Rechnungsjahres ist um 24 Millionen Mark hinter dem Vorausschlag zurückgeblieben. Im Reichshaushaltsetat für 1910 ist die Jahreseinnahme aus Zöllen, Steuern und Gebühren auf 1141,5 Millionen Mark veranschlagt; danach würden auf ein Vierteljahr 300,4 Millionen Mark kommen. Die wirkliche Einnahme steht hinter diesem Anschlage um 24,1 Millionen Mark zurück. Besonders sind die Erträge aus den Zöllen, der Branntweinverbrauchsabgabe und der Braussteuer beträchtlich hinter dem Anschlag zurückgeblieben.

Das ganze Geschwätz der Zentrums- und Sozialdemokratischen Parteien ist nichts anderes als ein wahltaktisches Mandat zur Beschwichtigung der Angst der Zentrums- und Sozialdemokratischen Parteien vor neuen Steuerbelastungen.

Ein echter Jagow.

Alles, was im Berliner Polizeipräsidium angeordnet wird, geht unter der Firma: „Der Polizeipräsident“. Wenn die Myr des patrouillierenden Schutzmannes von der des sozialdemokratischen Schankwirts abweicht, so gibt „der Polizeipräsident“ durch ein Strafmandat die richtige Polizeistunde an. Wenn die Hausfrau die Betteln in einem nach der Straße gehenden Fenster sonnt, so befehlt sie „der Polizeipräsident“, daß dies gegen die preussische Ordnung sei. Von einem so vielseitig beschäftigten Beamten kann natürlich niemand verlangen, daß er alle Angelegenheiten seines Nachbereiches selbst prüfe, und wir glauben wohl, daß es ihm oft genug herzlich un bequem ist, mit seiner Firma die Verstöße gegen Recht und Vernunft zu decken, die von Beamten des Polizeipräsidiums begangen werden.

Wenn aber der Herr Polizeipräsident einmal selbst eingreift — oder nicht eingreift, dann ist es um so interessanter, zu erfahren, wie er über Geseh und Vernunft denkt. Daß es sich dabei wieder um einen Ausländer handelt, macht den Fall nicht zu einem besonderen; beleidigend wäre die Annahme, daß Herr v. Jagow einen Verstoß gegen das Geseh deshalb für erlaubt hielt, weil „nur“ ein Ausländer davon betroffen wird. Also zur Sache:

Vor einigen Tagen wurde hier ein Ausländer verhaftet, dessen Auslieferung die russische Regierung wünscht, und ein solcher Wunsch ist ja für Preußen Besch. Welches Vergehens der Mann beschuldigt wird, und ob er es begangen hat, kommt im Augenblick gar nicht in Betracht; Beschuldigungen von seiten der russischen Regierung wird man immer mit Vorsicht genießen müssen, wenn es sich nicht gerade um räuberische und mordende Beamten handelt. Kurz und gut: der Verhaftete widerspricht seiner Auslieferung und sagt, er dürfe der russischen Regierung nicht ausgeliefert werden, da er russischer Staatsangehöriger sei. „Beweise uns das“, heißt es auf dem Polizeipräsidium. Nichts ist leichter, meint der Verhaftete. Er hat in der Staatskammer einer hiesigen Bank ein Fach gemietet, und darin befinden sich die Urkunden, die über seine Staatsangehörigkeit Auskunft geben. Der Rechtsbeistand des

Verhafteten erscheint mit dessen Frau auf dem Polizeipräsidium, um von dem Verhafteten eine Vollmacht ausstellen zu lassen, die der Frau den Zutritt zur Staatskammer verschaffen soll. Mit feinsten Polizeilogik sagt darauf der Assessor, der den Fall bearbeitet, der Verhaftete dürfe zwar die Vollmacht unterschreiben, der Frau aber nicht übergeben, die Vollmacht müsse bei der Polizei bleiben, bis der Minister des Innern die Auswärtige Abteilung gestatte. Der Herr Assessor war sich aber der Sache doch wohl nicht ganz sicher, er unterwarf die Verhandlung und ließ sich von dem Dirigenten der Kriminalabteilung bestätigen, daß der polizeiliche Begriff einer Vollmacht es erfordere, die Vollmacht im Polizeipräsidium aufzubewahren, nicht aber dem Bevollmächtigten zu übergeben. Der Rechtsbeistand des Verhafteten, Rechtsanwalt Dr. Ostler Sohn, bestand darauf, diese eigenartige Auffassung durch Herrn von Jagow selbst nachprüfen zu lassen. Im Wahlrechtskampfe hatte sich der Polizeipräsident mit vier Sägen verurteilt, diesmal begnügte er sich mit dreien; sie waren aber desto inhaltsreicher. Erster Satz: „Bitte, kommen Sie schriftlich ein.“ Auf die Vorstellung, daß es sich um die Sache eines Verhafteten handle und Herr von Jagow die in der Sache tätigen Beamten ja sofort rufen lassen könne, folgte der noch bedeutendere zweite Satz: „Welche Maßnahmen ich zu treffen habe, muß mir überlassen bleiben.“ Anscheinend hatte diese Leistung den Redner erschöpft; denn er sagte nach einer Pause nur noch den dritten Satz: „Ich habe Ihnen nichts mehr zu sagen.“

Ein echter Jagow: „Preussische Straffreiheit und Schneidigkeit, wohlwollende Herablassung zum regierten Publikum, haarscharfes Erfassen dessen, was praktisch notwendig und zweckmäßig ist.“

Wie denkt denn nun aber Herr von Jagow über Geseh und Vernunft, werden unsere Leser fragen? Ja, wem die drei Sätze nicht den Beweis für Recht und Vernunft des polizeilichen Tuns geliefert haben, der wird in dem echten Jagow vergeblich danach suchen.

Neue Schiffsbauten.

Wie verschiedene Blätter melden, unterhandelt die deutsche Regierung mit der türkischen über den Verkauf von zwei Schiffen der „Brandenburg“-Klasse. Es handelt sich um zwei Panzer, die in den Jahren 1890—1894 gebaut worden sind. Sie führen je 22 Geschütze und haben 589 Mann Besatzung. Die Türkei will für jedes Schiff 9 1/2 Millionen Mark zahlen. Gezahlt werden sie je 20 Millionen Mark haben.

Selbstverständlich wird die Regierung sofort beantragen, daß für die verkauften Schiffe zwei Ersatzschiffe gebaut werden, wahrscheinlich große Panzerkolosse im Preise von zusammen ungefähr 100 Millionen Mark. Geld spielt ja keine Rolle!

Die Unruhen in Kamerun.

Sind entgegen anderweitigen Meldungen, die in der letzten Zeit durch die Presse gingen, noch keineswegs völlig unterdrückt. Major Dominik, der nach der Ermordung des Kaufmanns Dreischneider durch die Wassa und ihren darauf folgenden Angriff auf die Station Dume, bei dem der Unterzahlmeister Arnold durch einen Pfeilschuß in den Unterschenkel verwundet wurde, mit zwei Kompanien der Schutztruppe die Operationen gegen die Wassa begann, erklärt vielmehr, daß die „militärische Aktion“ bis Mitte August durchgeführt sein werde. Erst dann würden voraussichtlich auch genauere Feststellungen über die näheren Umstände, unter denen Dreischneider ermordet wurde, erfolgen können. Aber, so meldet Major Dominik einstweilen voller Genugtuung: sieben beteiligte Häuptlinge sind bereits abgeurteilt und gehängt!

Die Strafexpedition scheint demnach einen recht bedeutenden Umfang angenommen zu haben. Wenn bereits sieben Häuptlinge gefangen genommen und gehängt werden konnten, so dürften bei den vorangegangenen Gefechten sicherlich auch etliche hundert Eingeborene gefallen sein. Es ist eigentümlich, daß eine solche Exekution bereits vorgenommen wurde, bevor sich genauere Feststellungen über die besonderen Umstände, also auch über die Ursachen der Ermordung des Kaufmanns Dreischneider machen ließen! Nach einer Darstellung, die vor einigen Wochen von unterrichteter Seite in der „Morgenpost“ erschien, soll die Erhebung der Wassa auf die räuberische Ausbeutung und Behandlung dieses Stammes zurückzuführen sein. Vielleicht sogar auf den Versuch, durch Einführung von Weibern die männlichen Stammesangehörigen zu Schleppeidiensten pressen zu können. Ob wir überhaupt über die wirklichen Ursachen der Erhebung, über die die Wassa vorher zugefügten Kränkungen jemals Näheres erfahren werden, ist allerdings höchst fraglich. Man wird sich einfach damit begnügen, die Mörder und diejenigen, die man für Mitschuldige hält, aufzuhängen oder niederzuschießen. Ist so der Zustand in Strömen von Blut erstickt, so wird das alte System munter weiter geübt, bis es abermals zu einer Erhebung kommt. Und dann wird abermals mit dem Strick und Pulver und Blei die „Ruhe“ wiederhergestellt!

Wie der Hansabund Mitglieder wirbt.

Wie uns mitgeteilt wird, sind bei der Firma Adam Opel, Motorenfabrik, an die Meister und Arbeiter des Establishments Mitgliedsarten des Hansabundes verteilt worden. Das geschah, trotzdem bereits im Vorjahre aus der gleichen Veranlassung die Arbeiter gegen eine solche Zwangsverteilung Einspruch erhoben hatten. Auf die erneute Beschwerde der Arbeiter wurde ihnen von den Vorgesetzten erklärt, daß die Firma die Mitgliedschaft ihrer Arbeiter erklärt habe und deshalb nun auch die Karten an die Arbeiter verteilen müsse!

Wenn die betreffende Firma pro Kopf ihrer Arbeiter einen bestimmten Satz an die Kasse des Hansabundes abführen will, so ist das ihre Privatsache, die ihre Angelegenheiten nichts angeht. Wenn sie sich aber herausnimmt, für ihre Arbeiter die Mitgliedschaft zu erklären und durch die Verteilung der Mitgliedsarten den Anschein zu erwecken versucht, als seien sie wirklich Mitglieder des Hansabundes geworden, so ist das ein Verstoß, von dem man nicht weiß, ob es sich mehr durch Annahme als durch Täuschlichkeit auszeichnet.

Erzberger kontra Dernburg.

Abgeordneter Erzberger setzt seine Angriffe gegen die Kolonialpolitik Dernburgs rüstig fort. Er wird nächstens im Verlage der „Germania“ eine umfangreiche Schrift erscheinen lassen, in der er die südwestafrikanischen Verhältnisse, besonders der deutschen Kolonialgesellschaft, hartert. Zweck seiner Arbeit soll sein, zu beweisen, daß der ehemalige Staatssekretär Dernburg zugunsten des Großkapitals gearbeitet hat. Dem Buche sind auch eine Anzahl bisher nicht veröffentlichter Briefe und Aktenstücke beigegeben. Der „Germania“ entnehmen wir über die Liebesgabe an das Großkapital folgendes:

„Da erfährt man unter lebhaftem Erstaunen, daß eine Gesellschaft schon im Jahre 1909 über 1300 Proz. Dividende aus ihrem Diamantenbesitz verteilen konnte; daß Dernburg zugunsten der Deutschen Kolonial-Gesellschaft die Förderungsabgaben im Sperrgebiet um 60% Proz. anheben ließ, um 500 Proz. für Diamanten erhob hat! Endlich wird der klare Nachweis geliefert, wie Dernburg das ganze Sperrgebiet ohne jede Gegenleistung auf alle Ewigkeit an die D. A. G. verschänken wollte, ein Gebiet, dessen Diamantenwert derselbe Dernburg auf 1000 Millionen Mark geschätzt hat. ... Endlich wird regne-

risch nachgewiesen, daß der Kaiserstag 1910 der D. R. G. nach den eigenen Zahlen Dornburgs ein Riesengeschenk von 284 Mill. Mark brachte; allein Gewinn an den Diamanten! Finden sich noch andere Reine vor, so kann man trotz der 50 Prozent Gewinnanteil des Reiches gar nicht sagen, wie hoch sich diese Liebesgaben, verteidigt von Nationalliberalen und Freijünglingen, stellen."

Ein jüdischer Amtsvorsteher.

Ein neues Mittel, Versammlungen unter freiem Himmel unmöglich zu machen, erfand der Amtsvorsteher von Rozdzin, Kreis Ratowitz. Sein Maß lautet:

„Ihrem Antrage vom 26. d. M. auf Erteilung der Genehmigung zur Abhaltung einer Volksversammlung unter freiem Himmel am 7. August d. J. kann nicht entsprochen werden, da die Befürchtung nicht unbegründet ist, daß diese Versammlung bei der hierigen den Bestrebungen und Zielen der Sozialdemokratie abgeneigten ländlichen Bevölkerung Gelegenheit zu Reden und Ausschreitungen unter den einander gegenüberstehenden Parteien und somit zur Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung geben kann, zumal die Versammlung am Sonntag abgehalten werden soll.“

(Name unleserlich)."

Rozdzin ist durchweg industriell, fast ohne Landwirtschaft. Nationalpolitische Versammlungen finden öfters im Orte statt.

Ultramontaner Militärdienst.

Unter der Vorpiegelung, die abziehenden Rekruten „in den Geist des Soldatenlebens einzuführen und sie über die Anfangsschwierigkeiten des Soldatenlebens hinwegzuhelfen“, werden an verschiedenen Stellen in Rheinland-Westfalen, u. a. in M. Gladbach, Biersen, Münster, Werl und in einem Kloster der Eifel Instruktionovorträge abgehalten. In M. Gladbach geht man schon dazu über, unter Leitung eines katholischen Leutnants namens Weller Turn- und Schießübungen zu veranstalten. Ein katholischer Stabsarzt wird über Krankheiten, denen Soldaten am leichtesten ausgesetzt sind, Vorträge halten. Die Hauptexerzition, worauf die ganze Sache nun angelegt ist, stehen unter Leitung von Ordensgeistlichen. Unter diesen Exerzition versteht der Eingeweihte die Einweisung der Schützen, damit die Armen im Geiste auch während der Soldatenszeit jede Aufführung zurückweisen.

Wie die „Besondere Arbeiterzeitung“, das Organ der katholischen Arbeitervereine, mitteilt, haben auch im vergangenen Jahre schon 3000 „katholische Rekruten“ an ähnlichen Exerzition teilgenommen. Turn- und Schießübungen unter Leitung eines Leutnants fanden noch nicht statt. Wie das Blatt schreibt, wird den Rekruten gelehrt, durch treue militärische Pflichterfüllung den Militärdienst zu einem Gottesdienst zu machen. Die Aufforderung richtet sich an alle Rekruten. Es können also auch Nichtkatholiken die Segnungen und Heilswahrheiten der alleinseligmachenden Kirche empfangen und dazu noch obendrein in die Handhabungen des menschenmörderischen Kriegsmolochs eingeführt werden. Der Kursus kostet nur 4 M. Es geht doch nichts über die Verschlagenheit der ultramontanen Pfaffen!

Ausbruch einer Epidemie in der Garnison Meh.

In Meh sind zirka 50 Soldaten an Ruhr erkrankt, das Gouvernement führt diese Erkrankung auf den Genuß von stark kalkhaltigem Trinkwasser zurück. Die Trinkwasserfrage in der Festung Meh hat schon vielfach zu den lebhaftesten Klagen Anlaß gegeben, ohne daß es bisher möglich war, eine gründliche Aenderung herbeizuführen. Die Teilnahme der Meh Garnison an dem Rändover ist bereits abgesetzt worden.

Oesterreich-Ungarn.

Gegen die Wohnungsnot.

Eubach, 1. August. Die sozialdemokratische Partei veranstaltete gestern einen Umzug der hiesigen Arbeiterfamilien, die mit Frauen und Kindern über 10 000 Personen stark, ausdrücken und gegen die ungebührliche Steigerung der Mietenzug war von Polizei und mehreren Wogen flankiert, welche letztere wiederholt Gelegenheit hatten, vom Sonnenbrand ohnmächtig gemordene Frauen und Kinder aufzunehmen. Der Umzug dauerte vier Stunden. In einer nachher abgehaltenen Versammlung wurde beschlossen, noch einmal an die Vertreter der Stadt Vorstellungen ergehen zu lassen, Verfügungen zu treffen, die Arbeiter nicht zum äußersten zu treiben.

Italien.

Wahltag in Rom.

Rom, 1. August. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der gestern stattgefundenen Stichwahl wurde unser Genosse Camparozzi mit 1475 gegen 1250 Stimmen gewählt. Die Wahl wurde mit großem Jubel aufgenommen und die Arbeiter feierten den Sieg durch eine große Demonstration.

Ein Verbstand.

Rom, 31. Juli. Ein Communiqué des Marineministeriums teilt mit, daß Oberst Antonio Calabretta, Direktor der Königl. Werts in Castellamare, seines Amtes entsetzt und verhaftet worden ist. — „Tribuna“ meldet dazu, Calabretta sei an einer privaten Schiffahrtsgesellschaft interessiert gewesen, an die er Staatseigentum abgegeben habe. Die Untersuchung hat auch noch andere Unregelmäßigkeiten ergeben.

Spanien.

Der Bruch mit dem Vatikan.

Madrid, 31. Juli. Im gestrigen Ministerrat machte Ministerpräsident Canalejas Mitteilung von der Note, die er in Erwiderung auf die letzte Note des Vatikans an den spanischen Votschafter de Ojeda telegraphiert hat. Mit Rücksicht auf die fruchtlosen Bemühungen, zu einem Uebereinkommen zu gelangen, werde er Ojeda zur Entgegennahme von Instruktionen nach Spanien berufen und den Votschaftsrat als Geschäftsträger beim Päpstlichen Stuhl akkreditieren.

Rom, 1. August. Der spanische Votschafter beim Heiligen Stuhl, de Ojeda, ist heute vormittag nach San Sebastian abgereist. Die Note der spanischen Regierung wird der Geschäftsträger Marquis de Gonzalez dem Heiligen Stuhl überreichen.

Die Herikale Agitation.

Paris, 1. August. „Matin“ berichtet aus Madrid: Die Frage, welche die Regierung am meisten beschäftigt ist, die Haltung der Katholiken und Nationalisten in Bilbao, welche trotz des Verbotes der Behörden darauf verharren, eine große Herikale Kundgebung am 7. d. M. zu organisieren. Die Regierung ist fest entschlossen, es nicht zuzugeben und die Kundgebung auf jeden Fall unmöglich zu machen. Diefelben Katholiken richteten an den Kardinal-Staatssekretär Meri del Val ein Telegramm, auf welches dieser antwortete. Die Regierung, welche den Wortlaut dieses Telegramms kennt, mißt demselben eine sehr große Bedeutung bei. Die außerordentliche Wichtigkeit soll darin liegen, daß der Kardinal-Staatssekretär den Katholiken den jetzigen Augenblick als sehr beängstigend bezeichnet, sie aber auffordert, in ihrer Haltung ganz entschieden zu verharren. Da diese Haltung eine

offen revolutionäre ist, so betrachtet die Regierung die Einmischung des Kardinals in die inneren Angelegenheiten Spaniens als Aufforderung zum offenen Hochverrat. Die regierungsfreundlichen Blätter, die hinter Canalejas stehen, beurteilen aufs allerhöchste das Antworttelegramm des Kardinal-Staatssekretärs und bezeichnen das Verhalten desselben als verächtlich, daß die Regierung aufs allerentschiedenste sich wehren müsse. So schließt z. B. das Blatt „Manana“ seinen Leitartikel über die Haltung des Kardinal-Staatssekretärs wie folgt: „Jetzt muß man zwischen zwei Völkern wählen, zwischen einem Volke des Mittelalters und einem modernen Volke. Die Wahl kann nicht zweifelhaft sein. Das Geschrei derer, die durch den Merus aufgeregt sind, wird verstummen und alle die aufgesetzten Individuen werden nichts ändern können. Der Einfluß der liberalen Partei wird härter sein als alle Aufrufe zum Bürgerkrieg.“

Rußland.

Der Intendanturstandal.

Petersburg, 31. Juli. Das Militärbezirksgericht verurteilte gestern im ersten Intendantur-Revisionsprozeß fünf Angeklagte, darunter zwei Hauptleute, wegen Unterschlagung zu drei Monaten Hauptstrafe bis zu drei Jahren sechs Monate Strafzeit und Verlust der Ehrenrechte. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.

Die Cholera.

Der Draht bringt uns täglich die Nachricht, daß irgend ein neuer Ort oder ein neues Gouvernement in Rußland von der Cholera ergriffen worden sind. Ein neuer Ort ist für „Cholera-bedroht“ oder „Choleragefährlich“ erklärt worden. . . .

Dann kommt sich der brave deutsche Philister in dem Bewußtsein, daß die „Kultur“ des deutschen Volkes eine Ausbreitung der Cholera in Deutschland unmöglich macht. Und er spreizt sich in seinem Dünkel, so erhaben über die Unkultur der Russen zu sein, die keine Hygiene kennen und die Vorschriften weiser Medizinalkörper nicht befolgen. . . .

Dieser Dünkel ist auch dem freireichlich denkenden Deutschen nicht fremd. Und dabei ist die Unkultur des russischen Volkes an der Ausbreitung der Choleraeuche in Rußland ebenso unschuldig wie an der Verseuchung Rußlands mit dem Stolyppinischen Bazillus der Hinrichtung durch den Strang.

Die hygienischen Maßregeln, deren es zur Bekämpfung der Cholera oder der Verhinderung ihrer weiteren Ausbreitung bedarf, sind so einfach, so wenig in den gewöhnlichen Lauf des Lebens einschneidend, daß es bei einigem guten Willen der Behörden ein Leichtes sein müßte, die Bevölkerung für die Einhaltung der nötigen Vorsichtsmaßregeln zu gewinnen.

Aber die Behörden der Stolyppinischen Regierung setzen eigentlich nur zwei Aufgaben vor sich, wenn es sich um die „Bekämpfung“ der Cholera handelt: einmal die Erklärung der versuchten Orte als „Cholera-bedroht“ oder „Choleragefährlich“, wie das nun einmal „vorgeschrieben“ ist für den Fall, wenn Cholerafälle vorgekommen sind. Und zweitens: die Verhinderung jeglicher Initiative von Seiten der Bevölkerung und der ärztlichen Gesellschaften im Kampfe gegen die Cholera. Die Persiflage der Satrapen der Regierung geht hier so weit, daß sie nicht nur durch Verbot und Erschütterung aller Wohlthätigkeitsanstalten, die von nicht eigens für die Cholera patentierten behördlichen Kommissionen ausgehen, die Ausbreitung der Cholera begünstigt; sie scheuen sich nicht, während der Epidemie Kerker aus ihren Wohnsitzen wegen politischer Vergehen auszuweisen.

Was die behördlichen Kommissionen während der Cholera noch so nebenbei an positiven Dingen leisten, ist durch die Ungeheuerlichkeiten während der vorjährigen Choleraepidemie in Petersburg genügend bekannt geworden. Die Anforderungen an die angestellten Kerker und niederen Desinfektionsbeamten waren dort derart, daß alle schließlich erklärten, daß ein Arbeiten unter den Bedingungen der Behörden zwecklos ist. So wurde z. B. den Kerkern und anderen Angestellten so wenig Zeit für die Desinfektion der Wohnungen, wo Cholerafälle vorgekommen waren, zugewiesen, so wenig Geld für Desinfektionsmittel und sogar das Waschen der Arbeitsmäntel der angestellten Choleraärzte ausgesetzt, daß die beteiligten Kerker selbst die von ihnen vorgeschriebenen oder angeordneten Desinfektionen für illusorisch erklärten mußten. Alles, um möglichst viel an den Ausgaben knausern zu können! Wie weit der verbrecherische Mangel jeglichen Verantwortungsgefühls bei den beteiligten Behörden geht, zeigt die Tatsache, daß der städtische Beamte, der in Petersburg den Vorsitz in der betreffenden Kommission hatte, während der Hochflut der Choleraepidemie in „privaten Angelegenheiten“ ins Ausland ging, um die Sache sich selbst zu überlassen.

So kommt es, daß die Bevölkerung den lächerlich widerspruchsvollen und nutzlosen Anordnungen der „Cholera-Behörden“ kein Vertrauen schenkt. Denn jede Maßregel der russischen Behörden bei der „Bekämpfung“ der Cholera läßt den Pforten durchblicken, daß vor allem die Autorität der Regierung gewahrt werden soll, daß es vor allem darauf ankommt, daß die heiligen „Grundlagen“ des russischen Reiches (wie es offiziell im russischen Strafgesetzbuch heißt) nicht durch ungeeignete Kritik der von den Behörden geübten Methoden der Choleraabkämpfung erschüttert werden.

Die ganze Schuftigkeit der russischen Regierungspolitik, die die Städte durch ein außerordentlich eingeschränktes Wohlrecht einem kleinen Mangel von Hausbesitzern ausliefert, hat sich jetzt in Moskau am Don, einem großen Industriezentrum in Südrußland, gezeigt. Der bekannte Petersburger Bakteriologe Professor Sabotolnki war in amtlicher Eigenschaft nach Moskau am Don gefahren, um die Ursachen der gewaltigen Ausbreitung der Cholera in Moskau aufzudecken, wo mehr als 800 Cholerafälle zu verzeichnen sind. Prof. Sabotolnki berichtet nun in der medizinischen Wochenschrift „Ruski Wrasnik“, daß alle Abwässer (die Auscheidungen, die von Cholerabazillen wimmeln!) in Moskau in den Fluß Don geleitet werden, aus dem das Wasser nach sehr mangelhafter Filtration zum Trinken verwendet wird.

Diese haarsträubende Sorglosigkeit korrupter städtischer Behörden in Rußland, über denen schämernd die Regierung steht, ist nur ein einzelnes Beispiel für die Zustände, in denen sich das russische Volk jetzt befindet. Die Cholera wird Rußland immer wieder heimsuchen, so lange die jetzige Regierung das Pest in der Hand haben wird. Die „Cholerafrage“ ist in Rußland eine politische Frage, und ein Begreifen aller Dinge in dieser Frage ist ohne eine Kritik des herrschenden politischen Systems gar nicht möglich.

Finnland.

Außerordentliche Einberufung des finnischen Landtages.

Glaubwürdigen Meldungen zufolge beabsichtigt der Zar die finnische Volksvertretung zum 14. September zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen, um auf Grund des neuen „Gesetzes“ die Wahl der finnischen Vertreter für die russische Duma und den Reichsrat vornehmen zu lassen. — Die in Finnland herrschende Stimmung läßt es nicht sehr wahrscheinlich erscheinen, daß der Landtag diesem Wunsch Folge leisten wird.

Amerika.

Rassenkämpfe.

Houston (Texas), 31. Juli. In Stocum und Anderson sind ernste Rassenkämpfe ausgebrochen. Es sind wenigstens achtzehn Neger getötet worden. Einige Depeschen sprechen sogar von 30 Toten. Auch mehrere Weiße sollen umgekommen sein. Die Unruhen, zu deren Unterdrückung Truppen abgefaßt sind, dauern fort.

Keine Annexion Liberias.

London, 1. August. Die „Times“ melden aus Washington: Die öffentliche Meinung beschäftigt sich lebhaft mit den europäischen Kritiken über das Vorgehen der Regierung von Washington in Afrika. Die ersten Beweise dieses Vorgehens wurden gegeben, als der Senat im letzten Frühjahr den Vorschlag der Regierung ablehnte, Spezialdelegierte nach Liberia zu entsenden, um dieses Land vollständig zu regenerieren. Im Ministerium des Auswärtigen erklärte man, daß man nicht beabsichtige, mit dem Staate Liberia zu einem Vertrage zu kommen und daß man auch nicht beabsichtige, ein ähnliches Vorgehen in Liberia einzuschlagen, wie seinerzeit in San Domingo. Die Haltung der amerikanischen Regierung und der öffentlichen Meinung scheinen in diesem Falle einer Nichteinmischung Amerikas in die politischen Fragen Afrikas günstig zu sein.

Aus Industrie und Handel.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Großindustrie und Kommunen.

Während in der Theorie den Hochöfengasen schon seit vielen Jahren eine große Rolle als Lichtquelle für Kommunen usw. zugewiesen wurde, ist die Frage erst in den letzten Jahren akut geworden. Seit dem Jahre 1907 erlangten die Koksereigase in einem Teile Deutschlands, in Rheinland-Westfalen, als kommunaler Konsumartikel bereits eine große Bedeutung. Viele Städte und Gemeinden haben ihre eigenen Gasanstalten außer Betrieb gesetzt oder beabsichtigen sie nur noch zur Reinigung des von den Koksereien bezogenen Rohgases. Vom Standpunkte des Volkswortes, der rationeller Wirtschaft und Arbeitersparnis den Vorzug gibt, läßt sich gegen die Entkommunalisierung nicht viel einwenden. Die in Betracht kommenden Gemeinden erhalten das Gas zu einem Preise, der sich weit unter den Produktionskosten in eigenen Anlagen hält. Das nicht allein. In Wirklichkeit wird die ganze, bisher für die in den kommunalen Werken für die Gasgewinnung geopferte manuelle und motorische Arbeitskraft und das dabei verbrauchte Rohmaterial erspart. Finden sich für die industriell gewonnenen Gase keine Abnehmer, muß man sie, wie bisher, unverbraucht entweichen lassen, denn bei den großen Mengen kann von einem Eigenverbrauch nicht die Rede sein. Einige Angaben über die Gasentwidelung beim Hochöfenprozeß mögen eine Vorstellung von der Summe der in Betracht kommenden Werte vermitteln. In der vom Verein deutscher Eisenhüttenleute herausgegebenen Arbeit: „Gemeinsamliche Darstellung des Eisenhüttenwesens 1907“ — Kommissionsverlag Bagel, Düsseldorf — liest man:

Um sich über die Wichtigkeit der Verwendung der Gase einen Begriff zu machen, sei nur angeführt, daß auf eine Tonne Roheisen etwa 4500 Kubikmeter Gas mit einem durchschnittlichen Heizwert von 800 Wärmeinheiten für den Kubikmeter entfallen. Hieran rechnet man nicht ganz die Hälfte ab für Erwärmung des Gebläsewindes und für Leitungsverluste. Da für eine Pferdekraftstunde rund 3,5 Kubikmeter Lichtgas erforderlich sind, wenn dieselben in Gasmotoren verbrannt werden, so ergeben die übrigen 2500 Kubikmeter rund 30 Pferdestärken. Der Hochöfen benötigt für den eigenen Bedarf (Betrieb der Gebläsemaschinen, Pumpen, des Aufzugs usw.) auf die Tonne Roheisen etwa 7 PS.; es bleiben also für fremden Betrieb etwa 23 PS. für die Tonne erzeugten Roheisens übrig. Berücksichtigt man diese Werte, so wird man wohl verstehen, wie vor einigen Jahren ein bekannter amerikanischer Eisenhüttenmann den Ausspruch tun konnte, daß der Hochöfen mit der Zeit eine Wanderung von seinem jetzigen Platz in die Nähe großer Städte machen werde, um vorerst als Kraftquelle zu dienen. Die Einnahme aus dem Verkauf des Roheisens werde dann nur noch als Nebenverdienst anzusehen sein, während die Hauptsache die Erzeugung von Gas bilden würde.

Mit der deutschen Roheisengewinnung würden demnach aus dieser Kraftquelle etwa 300 Millionen PS. für fremden Betrieb zu gewinnen sein. Das wäre aber noch nicht die Gesamtsumme der Energie, die aus industriellen Abgasen gewonnen werden kann. Eine bedeutungsvolle Quelle haben wir noch in Koksherstellung. Hier scheint auch die Gewinnung und gewerbliche Ausbeutung der Abgase schnellere Fortschritte zu machen als beim Hochöfenprozeß, wo man sich bisher in der Hauptsache auf das Abfangen der Lichtgase nur für den Hochöfenbetrieb selbst, und bei Hüttenwerken auch für Generatoren usw. beschränkte. Eine sprunghafte Entwidelung in der Leuchtgasgewinnung beim Koksereibetrieb ist im Oberbergamtsbezirk Dortmund zu konstatieren. Von den 92 im Jahre 1905 im genannten Bezirk in Betrieb befindlichen Koksereien produzierten vier Leuchtgas; die von diesen Werken abgegebene Menge stellte sich auf 1,8 Millionen Kubikmeter. Im Jahre 1907 lieferten fünf Koksereien bereits 2,8 Millionen Kubikmeter und im Jahre 1909 konnten acht Koksereien schon 2,8 Millionen Kubikmeter Leuchtgas abgeben. Da in den letzten Monaten der Kreis der Gemeinden, die dieses industriell gewonnene Leuchtgas konsumieren, bedeutend gewachsen ist, wird für das laufende Jahr wiederum eine gewaltige Produktionszunahme konstatiert werden können. Welche Perspektiven sich da noch eröffnen, welche Summen von Energie aus dieser Quelle zu gewinnen sind, das lassen folgende vergleichende Angaben ahnen:

	1905	1907	1909
Koksereien im Ruhrrevier in Betrieb . . .	92	94	96
dadon Koksereien mit Leuchtgasabgabe . . .	4	5	8
deren Leuchtgasabgabe in Mill. Kubikm. . .	1,8	2,8	2,8

Aus den Angaben ist zu entnehmen, daß erst ein kleiner Teil der Koksereien sich mit der Leuchtgasabgabe befaßt. Es bleiben noch riesige Mengen Energie unbenutzt. Ihre ziellose, unmittelbare Verwendung für kommunale und andere Zwecke dürfte sich auch wohl kaum ermöglichen lassen, dafür ist der Verbrauch des erwähnten Konsumentenkreises zu gering. Ein anderes Problem ist das der Kraftaufspeicherung durch Umwandlung in elektrische Energie. Und die Großindustrie hat auch bereits auf diesem Gebiete mit einer Revolution eingeseht. Nicht nur durch die Gaslieferung, auch durch billige Abgabe elektrischer Energie hat sie mit der Entkommunalisierung begonnen. Städtische Elektrizitätswerke fehlt man ebenso wie Gaswerke außer Betrieb, um von der Großindustrie, die sich im Offener Elektrizitätswerk ein gewaltiges Kraftreservoir geschaffen hat, Energie zu beziehen. Die Ausbeutung der „weißen Kohle“ für die Elektrizitätsgewinnung eröffnet in wasserreichen, bisher industriell noch wenig entwickelten Ländern nach dieser Richtung neue Entwicklungsmöglichkeiten. Vielleicht ist wohl schon geschafft oder beabsichtigt worden, daß damit den alten Industrien eine gefährliche Konkurrenz erwachse. Wie die kurz skizzierte Entwidelung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet zeigt, hat man aber auch hier noch mit Energien und Entwicklungsmöglichkeiten zu rechnen, die die Produktionskosten erheblich reduzieren und bedeutungsvolle soziale Verschiebungen im Gefolge haben.

Gewerkschaftliches.

Verteilte Rollen.

Der Evangelische Arbeiterbund beschloß in seiner in Herner abgehaltenen Generalversammlung ein Zusammengehen mit dem Christlichen Gewerksverein abzulehnen. In der diesbezüglichen Resolution heißt es u. a.:

„Da der Hirsch-Dundersche Gewerksverein ein Zusammengehen mit den anderen Gewerkschaften direkt ablehnte und der Gewerksverein christlichen Bergarbeiter und Bedingungen stellte, denen wir im Prinzip nicht zustimmen können, müssen wir unserem Verein die Entscheidung überlassen, wie sie sich in ihren Bezirken bei den Wahlen verhalten wollen. Wir fordern unsere Mitglieder aus dem Bergarbeiterstande auf, sich Mann für Mann an den Antragsstellenwahlen zu beteiligen. Gegen den alten Verband muß dabei überall die Parole lauten. Diese Entscheidung ist um so bedeutungsvoller, als der Evangelische Arbeiterbund 17 bis 18 000 Mitglieder in ganz Rheinland und Westfalen umfaßt.“

Die Parole: „Gegen den alten Verband“ bedeutet nichts anderes als eine Unterstützung des Christlichen Gewerksvereins. Die Sache wird jedenfalls so gehandhabt werden, daß dort, wo die Zechenpartei einige Aussicht auf das Mandat hat, der Gewerksverein für den Zechenstandkandidaten stimmen wird, umgekehrt wird die Zechenpartei für die Gewerksvereinskandidaten eintreten. Man wird sich schon finden.

Berlin und Umgegend.

Tarifbewegung in der Stapelfonktion.

Nachdem die Tarifbewegung in der Herrenkonfektion im allgemeinen und namentlich soweit die bessere Arbeit in Frage kommt, zu recht guten Erfolgen geführt hat, kommt es nun vor allem darauf an, auch die Stapelfonktion in vollem Umfange der tariflichen Regelung zu unterziehen. In diesem Zwecke der Herrenkonfektion hat man nicht nur mit den eigentlichen Arbeitgebern zu rechnen, sondern auch mit den Zwischenmeistern, die meist junge Leute sowie Arbeiterinnen beschäftigen. Am Sonnabend fand bei Schulz in der Münzstraße eine Versammlung aller in der Stapelfonktion beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt, die, wie der Referent Kunze hervorhob, bestimmt war, den Ausgangspunkt für die allgemeine Bewegung in der Stapelfonktion zu bilden. Es ist schon einmal, und zwar im Jahre 1906, für diese Gruppe der Konfektion versucht worden, eine Besserung und Regelung der Arbeitsbedingungen herbeizuführen, jedoch fehlte es damals an den nötigen Voraussetzungen, um einen dauernden Erfolg zu erzielen. Jetzt aber hat man eine feste Grundlage für die Bewegung in den mit den Geschäftsinhabern der Herrenkonfektion unterschrieben abgeschlossenen Tarifen, die sich teils auch auf die Stapelfonktion erstrecken. Ein Teil der Stapelfonktionenfirmen ist allerdings noch nicht für die tarifliche Regelung gewonnen. Dies liegt hauptsächlich daran, daß die Zwischenmeister bisher nicht das nötige Interesse für die Bewegung zeigten. Die Konfektionäre suchen aus der Uneinigkeit der Zwischenmeister so viel wie möglich Vorteil zu ziehen. Um die Löhne zu drücken, spielen sie den einen Zwischenmeister gegen den anderen aus und behaupten, daß der eine immer billiger arbeite als der andere. So weiß kein Zwischenmeister recht, was sein Kollege für die Arbeit bekommt, und jeder hält den andern für einen ganz gefährlichen Schmutzkonkurrenten. Diesen Zuständen wäre bald ein Ende gemacht, wenn die Zwischenmeister kollegial miteinander verkehrten und gemeinsam dafür sorgen wollten, daß überall feste Tarife für ihre Arbeit durchgeführt werden. Dazu scheint jedoch noch ein gewisser Druck notwendig zu sein, denn obwohl die Zwischenmeister zu der Versammlung am Sonnabend eingeladen waren, hatten sie es zum größten Teil vorgezogen, nicht zu erscheinen, während die bei ihnen beschäftigten Arbeiter zahlreich gekommen waren. Die Bedingungen, unter denen diese Arbeiter und Arbeiterinnen tätig sind, bedürfen dringend einer gründlichen Regelung. Namentlich bezieht sich das auf die Arbeitszeit, die in vielen Fällen noch 11 Stunden und darüber dauert. Manche Zwischenmeister haben die Gewohnheit, den Gesellen für jeden Tag ein bestimmtes Arbeitspensum aufzugeben, nach dessen Erledigung erst am Feierabendmachen gedacht werden kann. Dabei werden oft außerordentlich hohe Arbeitsleistungen verlangt, und es wird kaum in irgendeiner Branche des Schneidergewerbes so intensiv und so ohne jede Rücksicht auf die Gesundheit darauf losgearbeitet wie in der Stapelfonktion. Die Löhne, die auf diese Weise verdient werden, sind vielleicht hier und da einigermaßen annehmbar, entsprechen jedoch keineswegs der übermäßigen Arbeit, die dafür geleistet werden muß. Die Bewegung in der Stapelfonktion, soweit sie von den Arbeitern und Arbeiterinnen der Zwischenmeister geführt wird, muß vor allem einmal auf eine Regelung und vernünftige Begrenzung der Arbeitszeit ausgehen; daneben ist es natürlich nicht minder nötig, eine Regelung der Löhne herbeizuführen. Die Zwischenmeister werden kaum in der Lage sein, einer kräftigen Bewegung nennenswerten Widerstand zu leisten. Die großen Geschäfte, die auf exakte Arbeit Wert legen, zeigen immer mehr Neigung, eigene Werkstätten zu errichten und damit die Zwischenmeister entbehren zu lassen. Die Zwischenmeister selbst aber werden durch ihre Gesellen genötigt, für sich selbst die Durchführung der Tarife zu verlangen und sind auch nur dadurch imstande, ihre eigene Existenz zu sichern. Wenn alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Stapelfonktion ihre Kraft einsehen, wird es keine große Schwierigkeiten bieten, auch hier die tarifliche Regelung zu erzielen.

In der regen Diskussion, die dem Referat folgte, zeigte es sich, daß die Arbeiterschaft der Stapelfonktion gewillt ist, die Bewegung mit voller Kraft durchzuführen. Es wurde schließlich eine fünfgliedrige Kommission gewählt, die die Forderungen der Gesellen und Arbeiterinnen ausarbeiten soll, über die dann in einer demnächst stattfindenden neuen Versammlung beschloßen werden wird.

Achtung! Tischler, Maschinenarbeiter und Rutscher in Tischlereien und Holzbearbeitungsbetrieben!

Zum Streik der Maschinenarbeiter und Rutscher bei der Firma **Gräul**, Petersburger Straße 86, ist zu berichten, daß bisher keine Veränderungen eingetreten sind. Der Betrieb **Gräul** ist somit immer noch gesperrt.

Deutscher Transportarbeiterverband, Bezirk Groß-Berlin.

Der Streik in der Norddeutschen Gummiwarenfabrik, Tempelhofer Ufer 17, dauert fort. Am Montagmorgen kamen die Streikenden vollständig in ihrem Streiklokal, „Resourçe“, Rödernstr. 114, zusammen. Der Schreckschuß, den die Direktion durch einen Anschlag in der Fabrik abgefeuert hatte, daß jeder als entlassen zu betrachten sei, der bis Montagmorgen um 9 Uhr die Arbeit nicht wieder aufgenommen habe, verpuffte wirkungslos. Die Streikenden hatten keinen Abtrünnigen zu verzeichnen. Es ist der Direktion auch nicht gelungen, Streikbrecher zu gewinnen. Die Streikposten besetzten sich in der Versammlung, daß sie durch die Polizei belästigt und in ihren Rechten beeinträchtigt werden. Montag früh wurden Streikposten durch einen Schutzmänn in Zivilkleidung aufgestellt, im Interesse der öffentlichen Sicherheit (111) die Straße zu verlassen, nämlich das menschenleere Tempelhofer Ufer. — Die Streik-

posten werden sich natürlich nicht davon abschrecken lassen, das ihnen gesetzlich zustehende Recht der friedlichen Propaganda für ihren Streik auszuüben.

Deutsches Reich.

Der Kampf um den paritätischen Arbeitsnachweis

für die Holzindustrie für Hamburg, Altona, Wandsbek, Schiffler und Wilhelmsburg hat eine bedeutungsvolle Wendung angenommen.

Der Arbeitgeber-Schutzbund der Holzindustrie von Hamburg und Nachbarstädten hat bei dem Landgericht Hamburg Klage eingereicht gegen den Hauptvorstand und gegen die Verwaltungsstelle Hamburg wegen angeblichen Vertragsbruchs, welcher durch die Sperrung des Arbeitsnachweises der Hamburger Tischlerinnung seitens unseres Verbandes begangen sein soll.

Die Behauptung, daß seitens unseres Verbandes durch die Sperrung Vertragsbruch begangen sei, ist unwahr!

Im Protokoll der Schlichtungskommission vom 22. Februar 1909 schreibt selbst die Arbeitgeber:

„Die Arbeitgeber erklären, daß beide Kontrahenten des Tarifabschlusses übereinstimmend erklärt haben, der Arbeitsnachweis sei nicht ein Teil des Vertrages. Eine Nichtbenutzung des Arbeitsnachweises der Arbeitnehmer durch die Arbeitgeber und umgekehrt könne niemals als eine Verletzung des Vertrages ausgelegt werden.“

Die Einreichung dieser Klage, die in ihrem Inhalt die Tatsachen auf den Kopf stellt, hat bei unsern Kollegen eine derartige Erbitterung hervorgerufen, daß zirka 1000 Kollegen ihre Entlassung genommen haben.

Die zurzeit in Hamburg und Umgegend bestehende Arbeitslosigkeit veranlaßt uns, die Kollegen im Lande auf die herrschenden Verhältnisse in Hamburg aufmerksam zu machen, indem wir darauf hinweisen, daß unsere Kollegen den Arbeitsnachweis der Hamburger Tischlerinnung strengstens meiden und nur den Arbeitsnachweis unseres Verbandes im Gewerkschaftshaus, Wesenbinderhof 57, Hintergebäude, Erdgeschoß, benutzen.

Das Umschauen ist strengstens untersagt!

Wir empfehlen allen reisenden Kollegen, in ihrem eigenen Interesse unter den obwaltenden Verhältnissen um das Hamburger Verwaltungsgebiet einen großen Bogen zu machen, bei Arbeitsangeboten nach außerhalb zunächst bei der zuständigen Verwaltung Erkundigungen einzuholen.

Kollegen, sorgt für weitgehende Bekanntmachung. Die Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes Hamburg.

Zur Lohnbewegung der Werftarbeiter.

Die Lohnbewegung der Werftarbeiter ist jetzt in ein sehr kritisches Stadium getreten. Nach Ablehnung der von den Verbandsvorständen zur allgemeinen Regelung der Arbeitsverhältnisse auf den Seeschiffswerften gemachten Vorschläge durch die Gruppe Deutscher Seeschiffswerften haben die Vorstände ihre Anregungen als erledigt betrachtet und die Weiterverfolgung den Mitgliedern anheimgestellt. Die Hamburger Mitgliedschaften der Zentralverbände der Metallarbeiter, Schmiede, Kupferschmiede, Feizer und Maschinisten, Holzarbeiter, Schiffszimmerer, Maler und Lackierer und der Fabrik- und gewerblichen Hilfsarbeiter haben nunmehr den dortigen Seeschiffs-Beruf- und Reparaturbetrieben am Montag Vorschläge zur Regelung der Arbeitsverhältnisse unterbreitet. Am Dienstag werden in den einzelnen Betrieben Kommissionen der Arbeiter zwecks Entgegennahme der Antwort vorstellig werden und dann das Resultat ihrer Bemühungen den am Mittwoch abend stattfindenden Versammlungen der Mitglieder der in Betracht kommenden Verbände zur weiteren Stellungnahme unterbreiten. Die Vorschläge der Arbeiter betreffen die Regelung der Arbeitszeit durch Einführung des Neunstundentages, der Ueberzeit-, Sonn- und Feiertags- und Nachtarbeit, der Akkordarbeit, sowie eine der beantragten Verkürzung der Arbeitszeit und den Teuerungsverhältnissen entsprechende Lohnerhöhung. Einbezogen sind auch diesmal die Betriebe, die sich bei der letzten Regelung der Arbeitsverhältnisse außerhalb der Vereinbarungen gestellt haben, weil sie angeblich keine Werft-, sondern Reedereien, Hafenbetriebe, seien.

Es kommen rund 10 000 Arbeiter in Betracht. Wenn die Unternehmer in Hamburg sich ablehnend verhalten, ist der Kampf unermesslich. Nach der bisherigen Übung ist zu erwarten, daß falls es in Hamburg zur Arbeitseinstellung kommt, die Aussperrung in den übrigen Werftorten auf dem Fuße folgen wird. Zunächst würden hierdurch die Orte Bremen, Bremerhaven, Vegesack, Flensburg, Kiel, Lübeck, Rostock und Stettin in Mitleidenschaft gezogen, doch ist bald mit einer noch weiteren Ausdehnung zu rechnen. Wir stehen also anscheinend vor einem Kampfe, der zu den bedeutendsten der deutschen Gewerkschaften gerechnet werden muß. Er wird schwer werden, darüber sind sich sowohl die Verbandsvorstände der in Frage kommenden Organisationen, wie auch die beteiligten Arbeiter klar. Es gilt aber für die Arbeiter, sich das Recht zu erringen, bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ein Wort mitreden zu dürfen. Dieses wurde den Werftarbeitern bisher verweigert und darum die Erbitterung. Die Arbeiterschaft wird dringend gebeten, der weiteren Entwicklung der Dinge die nötige Aufmerksamkeit zu schenken und schon jetzt die genannten Orte zu meiden.

Die Hausflößer in Frankfurt a. M. sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern statt der bisherigen 57stündigen wöchentlichen Arbeitszeit eine solche von 54 Stunden. An Stelle des früheren Durchschnittslohnes soll ein Minimallohn festgesetzt werden. Die bisherigen Lohnsätze sollen eine Erhöhung um 6 Pf. pro Stunde erfahren. Nach dem den Reistern eingereichten Tarifentwurf soll der Minimallohn für ausgelehrte Arbeiter 40 Pf., für Gesellen nach einem Jahre beendeter Lehrzeit bis zu 21 Jahren 45 Pf., für Gesellen über 21 bis zu 24 Jahren 52 Pf. und für Gesellen über 24 Jahre 60 Pf. betragen. Für ungelernete Arbeiter werden Minimal-Stundenlöhne von 35 bis 44 Pf. verlangt. Alle zurzeit in Arbeit stehenden Arbeiter sollen auf ihren bisherigen Stundenlohn einen Aufschlag von 10 Proz. erhalten.

Ein neuer Stickerstreik ist in Plaue n. B. in Sicht. Weisnachten voriges Jahr führten wegen Einführung eines von den Arbeitern eingereichten Lohns die Sticker einen harten Kampf mit den Schiffenmaschinendesignern. Etwa 2000 Sticker fanden mehrere Wochen im Streik. Nachdem für über 1500 Sticker der Lohns anerkannt war, wurde der Streik abgebrochen. Die Arbeiter hatten einen nicht zu unterschätzenden Erfolg errungen. Schon kurze Zeit nach Beendigung des Streiks wurde unter den Schiffenmaschinendesignern Stimmung gemacht, ihre mündlich und schriftlich geschehene Anerkennung des Lohns zurückzugeben. An dem Widerstand der streifen Organisation der Textilarbeiter scheiterte jedoch dieser Versuch der Unternehmer. Vorige Woche haben die Schiffenmaschinendesigner eine Versammlung abgehalten und beschloßen, den Tarif vom 1. November d. J. zu kündigen und auch einen anderen Tarif nicht zu unterschreiben. Im Bureau des Textilarbeiterverbandes sind auch schon eine Anzahl Kündigungen eingelaufen, die alle durch das Kontor des Syndikus der Schiffenmaschinendesigner, des Rechtsanwalts **Geyer**, gegangen sind. Die Sticker sehen mit Ruhe der Entwicklung der Dinge entgegen. Die Zahlstelle Plaue n. B. des Textilarbeiterverbandes zählt zurzeit rund 3000 Mitglieder. Nur wenige Sticker gehören der Organisation nicht an. Einstimmig beschloßen die Sticker am Dienstag in einer überaus stark besuchten Versammlung, den Mindestbeitrag für die Organisation auf 65 Pf. pro Woche zu erhöhen.

Tarifabschluß im Konfektionsgewerbe in Oberfeld.

Zwischen dem Verein der Herren- und Knabenkonfektion engros und dem Deutschen Schneiderverband in Gemeinschaft mit

dem Heißlichen und dem Hirsch-Dunderschen Verband ist ein neuer Tarifvertrag zustande gekommen. Außer etlichen Erhöhungen der Grundlöhne sind die Extrararbeiten wesentlich verbessert und vermehrt. Der neue Tarif tritt am 1. August in Kraft und hat eine Gültigkeitsdauer von drei Jahren.

Gasarbeiterstreik in Nordhausen.

Die Verwaltung des Gaswerkes in Nordhausen (Deutscher Gasgesellschaft) hat die Forderungen ihrer Arbeiter abgelehnt, diesen die Wahl gelassen, unter den alten Bedingungen weiter zu arbeiten oder am 30. Juli abends die Entlassung zu nehmen. Um das Personal gefügig zu machen, hat die Verwaltung in Tageszeitungen bereits Ersatz gesucht. Die Gasarbeiter zogen es daher vor, die Arbeit sofort niederzuliegen. Zugang ist daher fernzuhalten.

Töpferstreik.

Die Töpfer Leipzig's stehen in einer Tarifbewegung. Sie beschloßen, daß die Verhandlungen mit den Unternehmern bis 6. August abgeschlossen sein müssen, anderenfalls am 8. August die Arbeit niedergelegt wird. Zugang ist fernzuhalten.

In der Ofenfabrik **Bankel** in Lauf bei Nürnberg sind sämtliche Hilfsarbeiter in den Streik getreten.

Husland.

Die Buchbinder in Szeged (Szegedin?) (Ungarn) stehen im Streik. Da die Unternehmer versuchen wollen, in Deutschland Arbeiter zu werden, werden die Kollegen gebeten, Stellung nach Szeged in nicht anzunehmen.

Achtung bei Arbeitsangeboten nach Italien! Wie dem Internationalen Sekretariat aus Mailand mitgeteilt wird, wird von den dortigen Unternehmern versucht, für streikende Schleifer, Silberarbeiter und Spiegelpolierer aus Deutschland Ersatz zu beschaffen. Sicherlich wird sich kein deutscher Arbeiter dazu hergeben, kämpfenden italienischen Arbeitsgenossen in den Rücken zu fallen!

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ueberschwemmung in Rummelsburg.

In der fünften Nachmittagsstunde des gestrigen Tages ging in Rummelsburg bei Berlin ein Wolkenbruch nieder, der über eine halbe Stunde anhielt und durch Ueberschwemmung großen Schaden anrichtete. Besonders stark wurde die Rathausstraße betroffen; das Wasser sammelte sich bis zu einer Höhe von zirka einem Meter. Der Verkehr wurde mühsam durch einen Schlächterwagen aufrecht erhalten, dessen Rutscher sich die Gelegenheit zunutze machte, seine Kasse zu füllen. Im Tunnel am Bahnhof Rummelsburg-Distand das Wasser zirka 1,25 Meter hoch. Dadurch drangen die Wassermassen in den Bilettschalter; der Schalterbeamte konnte sich nur durch die Dachluke retten. Ein großer Teil der Fahrkarten wurde durchnäßt.

Zuerst bemühte sich die Rummelsburger Feuerwehr, den Tunnel auszupumpen; da der Erfolg mit den zwei Handpumpen nur gering war, wurde die Berliner Wehr zu Hilfe gezogen. Diese sandte den Automobil-Röschzug aus der Oderberger Straße, der bis nach 10 Uhr zu tun hatte, um den Tunnel zu leeren. In der Kantstraße wurde der Keller eines Wäders überschwemmt, wobei für zirka 1000 Mark Mehl und Zucker verdarben. Auch sonst hat das Unwetter viel Schaden verursacht, da sehr viele Privatkellereien unter Wasser gesetzt wurden. Die Wehr wurde wiederholt um Hilfe ersucht. Am meisten wurden die Rathaus-, Liebig-, Rink- und Kantstraße durch das Unwetter betroffen.

12 000 Arbeiter im Streik.

Paris, 1. August. Infolge eines gestern gefassten Beschlusses sind heute früh die Dachdecker sowie die Blei- und Zinkarbeiter in den allgemeinen Ausstand getreten. In Frage kommen mehr als zwölftausend Arbeiter bei 1200 Unternehmern. Die Ausständigen verlangen Lohnerhöhungen von zwei Franks pro Tag und 50 Prozent Zuschlag für Ueberstunden.

Optimisten.

Siegburg, 1. August. (B. G.) In der letzten Versammlung des jugendliberalen Vereins wurde an den Reichstagsabgeordneten **Bassermann** folgendes Telegramm gefandt: „Inserem verehrten Führer danken wir für den mannhaftesten Beschluß, angesichts der traurigen politischen Lage in unserem Vaterlande auf seinem Posten zu bleiben. Wir stehen zu Ihnen in deutscher Treue und mit der felsenfesten Zuversicht, daß Sie das Banner des Liberalismus gegen die Reaktion zum Siege tragen werden.“

Unwetter in Frankreich.

Ramus, 1. August. (B. G.) Hier und in der Umgegend gingen gestern abend furchtbare Unwetter nieder, die großen Schaden angerichtet haben. In verschiedenen Orten stand das Wasser über 40 Zentimeter hoch in den Wohnungen. Der Samsonfluß hat eine Höhe von reichlich fünf Metern erreicht. Alle Wasserläufe sind aus den Ufern getreten. Mehrere Holzbrücken, welche bei den letzten Ueberschwemmungen von Truppen errichtet worden waren, sind vom Wasser hinweggerissen worden. Auch zwei kleinere Brücken sind eingestürzt. Personenunfälle sind glücklicherweise nicht zu verzeichnen.

Der Kampf gegen die Arbeiterorganisation.

Lehesten, 1. August. (B. G.) Auf dem Schieferbruch „Friedrichsbruch“ wurden heute morgen sämtliche organisierten Arbeiter ausgesperrt.

Erfolgreiche Lohnbewegung.

Mannheim, 1. August. (B. G.) Die Mannheimer Reedereifirmen haben den Dekretoren eine Erhöhung des Wochenlohnes von durchschnittlich 22 Mark auf 24 und 25 Mark bewilligt. Die Bewegung ist dadurch beigelegt worden.

Bergung der Opfer.

Gamm (Westfalen), 1. August. (B. G.) Auf der Zeche **Radbod** wurden heute abermals 18 Leichen geborgen. Nur eine von diesen konnte rekonstruiert werden.

§ 175.

Magdeburg, 1. August. (B. G.) Im hiesigen Nordrestaurant am Breiten Wege kam es seit längerer Zeit zu Uebertrötungen des § 175. Schließlich wurden die Verletzungen durch die Tochter des Wirtes der Polizei bekannt, die hierauf heute 12 Personen, und zwar Lehrlinge, Schauspieler, junge Kaufleute usw. verhaftete.

Gaul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Die Taktik im Wahlrechtskampf.

VII.

Im 6. Abschnitt: „Bedingungen des politischen Massenstreiks“ erklärt Genosse Kautsky, daß die Anschauung, die er hier vertrete, nicht etwa ein Produkt des Bedürfnisses zu bremsen sei, daß er sie vielmehr schon vor mehr als 6 Jahren in der Reuen Zeit in einer Artikelserie „Allerhand Revolutionäres“ entwickelt habe.

„Ein derartiger Streik ist also keine einfache Sache und erfordert eine ganze Reihe von Vorbedingungen. Genossin Luxemburg sagt in ihrer Broschüre über den preussischen Wahlrechtskampf, S. 10:

„Die Welt vermag nicht vierundzwanzig Stunden zu existieren, wenn die Arbeiter einmal die Arme heben.“ (Stürmischer, lang andauernder Beifall.)

Die Bedingungen eines solchen Streiks werden aber teils durch die ökonomische Entwicklung, teils durch unsere Tätigkeit immer mehr gegeben und damit die Aussichten auf einen Sieg im Massenstreik immer mehr verbessert.

Die ökonomische Entwicklung vermehrt die Zahl der Proletarier und konzentriert sie. Unsere Tätigkeit in den Parteiorganisationen, in den Gewerkschaften, in der Presse, den gesetzgebenden und städtischen Körperschaften organisiert die Arbeiter, verleiht ihnen Kraftgefühl und Disziplin, aber auch politische Aufklärung, Einsicht in die Organisation unserer Gegner.

Während eines Massenstreiks wird sich nicht bloß darum handeln, die Arme zu heben, sondern den organisatorischen Zusammenhang des Proletariats im ganzen Reiche zu wahren. Wir müssen darauf gefaßt sein, daß alle unsere Vertreter beim Beginn eines solchen Streiks verhaftet, unsere Blätter unterdrückt werden. Die sogenannten „Anteroffiziere“ werden dann den Kampf zu leiten haben. Sie müssen dafür sorgen, daß die einzelnen Gruppen in Fühlung bleiben und einheitlich vorgehen; daß sich die Masse nicht provozieren läßt zu Straßenschlachten, aber auch nicht einschüchtern durch trotzdem vorkommende Gewalttaten. Sie müssen genau wissen, welches unsere Forderungen sind, dürfen nicht zum Rückzug blasen, ehe diese erfüllt sind, müssen aber auch dahin wirken, daß der Kampf sich nicht in Einzelkämpfen um lokale Beschwerden auflöst.“

Kautsky setzt dann weiter auseinander, daß die Bedingungen für den Massenstreik sich stetig bessern, daß in der Armees des Liebergewichts der Rekruten aus der Industrie über die der Landwirtschaft beständig wächst, daß die Unzufriedenheit der Staatsarbeiter wachsen muß, da die Finanznot zur „Sparsamkeit“ zwingt, so daß die Gehälter nicht mehr erhöht werden, während Steuern und Preise und Unfreiheit gesteigert werden. Wie gleichzeitig oben in den Regierungskreisen Kopfschütteln, Haltlosigkeit, Einsichtslosigkeit wachse, dafür gebe die Geschichte der letzten Jahre Beweise genug. Je schwieriger die Verhältnisse in den Staaten werden, so doch noch energische Reformen auf Kosten der Bestehenden helfen können, um so weniger werden sich Staatsmänner von Intelligenz und Charakter bereit finden, gerade das Gegenteil des Notwendigen zu tun, wie es heute von den herrschenden Klassen verlangt werde. So sinke das Ansehen der Regierung und wachse die Aussicht, daß diese Staatsmänner beim Massenstreik den Kopf verlieren.

„Alle diese Bedingungen eines erfolgreichen Massenstreiks werden sich im Laufe der Entwicklung und der sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen Organisations-, Aufklärungs- und praktischen Reformarbeit immer mehr zugunsten des Proletariats. Soll aber ein Massenstreik unter preussischen Verhältnissen zum Siege führen, dann ist es vor allem notwendig, daß er von vornherein mit überwältigender Macht auftritt, in einer Massenhaftigkeit und einer Begeisterung, die alles mit sich fortzieht, die ganze arbeitende Bevölkerung ergreift, sie mit wildstem Ingrimm und tiefster Verachtung für das bestehende Regime erfüllt.“

Nicht daß das ganze Proletariat zum Gelingen des Streiks organisiert sein müsse; das werde wohl kaum je erreicht werden. Aber der Massenstreik werde nur dann möglich, wenn die Masse des Proletariats sich wie ein Mann erhebe. Eine derartige einmütige Erhebung im ganzen Reiche werde nur möglich sein unter dem Druck eines gewaltigen Ereignisses, daß das gesamte Proletariat plötzlich aufs tiefste erbittere, ihm den Sturz des herrschenden Regimes als Lebensnotwendigkeit aufzwingt. Es müsse ein Sturm sein, der vor allem jeden Widerstand im eigenen Lager hinwegfegt. Wenn Genossin Luxemburg die Frage zur Diskussion stelle, ob die Situation reif sei für einen Massenstreik, so zeige das schon, daß die Situation diese Reife noch nicht erlangt habe.

„... So lange man noch streiten und unteruchen kann, ob der Massenstreik am Platze sei oder nicht, so lange ist das Proletariat als Gesamtmasse noch nicht von jenem Maße Erbitterung und Kraftgefühl erfüllt, die notwendig sind, soll sich der Massenstreik durchsetzen. Wäre die nötige Stimmung dafür im März vorhanden gewesen, dann mühte eine abnehmende Stimme wie die meine von einem Proletariat wider Enttäuschung erstickt werden. Mir ist kein erfolgreicher Massenstreik bekannt, der mit einer Diskussion in einer Zeitschrift darüber, ob er am Platze sei, eingeleitet wurde. Das Unverwundete, Plüßliche, Elementare des Massenstreiks ist eine der Bedingungen seines Erfolges.“

Aber wenn dem so ist, welchen Zweck hat es, den Massenstreik zu diskutieren, dessen Kommen ja nicht von uns abhängt? Sicher, der Zeitpunkt seines Kommens hängt nicht von uns ab, wohl aber, wenn er einmal ausgebrochen ist, sein Sieg. Nur dann wird dieser möglich, wenn eine starke organisierte proletarische Macht vorhanden ist, die weiß, um was es sich handelt, was sie will, die dem ungestümen Strome der Volkswut, der von selbst losbricht, sein Bett gräbt und ihn dorthin leitet, wo er befruchtend politische Wirkung üben kann, der sonst nach mannigfacher Zerföhrung erfolglos im Sande verliese.

Je mehr die organisierten Proletarier mit der Idee des Massenstreiks vertraut sind, je mehr sie überlegt haben, wodurch er am kräftigsten wirkt, wohin sie seine Kraft zu lenken haben, um so eher dürfen wir erwarten, daß sie sich den ungeheuren Anforderungen an seine Klugheit, ihre Einsicht, ihren Zusammenhalt, ihre Ausdauer, ihre Selbstgudt, ihre Kühnheit gewachsen zeigen, die eine derartige unerhörte Situation an sie stellt.

Das theoretische Diskutieren ist in diesem Falle um so notwendiger, weil der politische Massenstreik als äußerstes, letztes Mittel des Klassenkampfes keines ist, das sich leicht wiederholen läßt. Aus der Praxis lernen hieße hier, zu teurem Lehrgeld zahlen. Da gilt es, die nötige Erkenntnis soweit als möglich durch theoretische Arbeit zu gewinnen.

Noch von einem anderen Standpunkt aus ist es nötig, die Idee des Massenstreiks zu diskutieren. Die Politik der Massen, aber auch die unserer Gegner wird eine ganz andere, wenn diese wie jene wissen, daß das Proletariat nicht wehrlos jeder Gewalttat gegenübersteht, daß auch heute noch wie ebendem eine Grenze hat Tyrannennacht. Die Idee des Massenstreiks verleiht dem Proletariat erhöhtes Kraftbewußtsein und vermag den Übermut seiner Gegner zu dämpfen, freilich unter Umständen auch ihre Angst und Nervosität zu vermehren. Sind ihnen Konzessionen auf friedlichem Wege abzurufen, dann am ehesten dort, wo die Idee des Massenstreiks im Proletariat lebendig ist.

Aus den verschiedensten Rücksichten ist die Diskussion der Idee des Massenstreiks sehr nützlich, ja unerlässlich, soll der proletarische Klassenkampf im jetzigen Stadium seine volle Kraft und Klarheit gewinnen. Aber ganz verfehlt scheint es mir, den Zeitpunkt eines Massenstreiks durch eine theoretische Diskussion in der Presse heraufzujuden zu wollen. Jene hohe Begeisterung und Erbitterung, die allein einem Massenstreik zu siegreichem Durchbruch verhelfen kann, ist so wenig eine Pflanzware, daß sie keine Woche Lagernd verträgt. Sie mühte längst

verbraucht sein, ehe die Diskussion nur erst in Gang gekommen wäre.“

Im Schlußabschnitt „Ermattungsstrategie und Wahlkampf“ feht Genosse Kautsky den Plänen der Genossin Luxemburg aus Rommen über die Strategie Fabius Cunctator, die für unsere Diskussion nichts beweisen“, den Hinweis auf Delbrücks „Geschichte der Kriegskunst“ entgegen, wo auf Grund der neuesten Forschungen, im Gegensatz zum alten Rommen, diese Strategie gerechtfertigt wird“. Dann führt Kautsky weiter aus, daß er unter Ermattungsstrategie, nicht wie Genossin L. ihm unterstellt, „bloßen“ Nichtalsparlamentarismus im Gegensatz zu jeder Massenaktion verstehe. Er bezeichne als solche Strategie vielmehr die Gesamtheit der Praxis des Proletariats seit dem Ende der 60er Jahre. Dazu gehöre nicht bloß der Parlamentarismus, sondern auch glücklich ausgeführte Lohnbewegungen und Straßendemonstrationen. Gerade die jüngste Demonstrationenkampagne sei ein Muster erfolgreicher Ermattungsstrategie gewesen. Niederwerfungsstrategie wäre der Versuch gewesen, die in Treptow verbotene Versammlung dort doch abzuhalten, Ermattungsstrategie war es, dem Feinde auszuweichen, und ihn durch ein Manöver zu überlisten, das die Ueberlegenheit unserer Organisation über die des Gegners ins hellste Licht stellte.

„Ich bin also weit entfernt davon, „Parlamentarismus“ zu predigen. Aber das ist kein Grund, die Bedeutung des Parlamentarismus zu unterschätzen. Es wird unter den gegebenen politischen Verhältnissen kaum ein Mittel geben, außer einem siegreichen Massenstreik, das so große moralische Wirkung übt wie ein großer Wahlsieg.“

Eine der Hauptaufgaben unserer Strategie besteht darin, das Kraftgefühl des Proletariats und das Vertrauen der Masse zu uns zu steigern. Das wird erreicht durch sichtbare Erfolge. Nichts ist so erfolgreich wie der Erfolg, sagt ein englisches Sprichwort. Je stärker unsere Partei den Massen erscheint, desto eifriger werden sie ihr zustimmen, desto größer ihre Ansprüche, ihre Kühnheit, desto mehr werden sie schließlich der Partei nicht bloß folgen, sondern sie vorwärts drängen.

Es gibt also wenig Erfolge, die so sinnfällig der Masse unsere steigende Kraft dokumentieren, wie Wahlsiege, wie die Eroberung neuer Mandate. Die Massen treiben nicht Statistik, sie können nicht immer die ökonomische und politische Entwicklung genügend verfolgen. Die Parteipresse ist ihnen oft unzugänglich und die gegnerische Presse lügenhaft. Aber wie immer sie lügen und fälschen mag, gewonnene Mandate kann sie nicht umgän.

Wie jedes Streben nach Erfolg, kann freilich auch das nach Mandaten irreführen, zur Anwendung von Mitteln veranlassen, die dem Erfolg des Augenblicks den der Zukunft opfern. Gegen solches Streben muß man natürlich stets aufpassen, das hindert aber nicht, daß jedes ehrlich, in prinzipieller Agitation erfochtene Mandat ein großer Erfolg ist, der die Volksmasse belebt, anfeuert, unsere Sache fördert. Wohl müssen wir in die Wahlkämpfe eintreten, um unsere Prinzipien zu propagieren und die der Gegner zu widerlegen, nicht minder aber auch, um Wahlkreise zu erobern und dadurch unseren wachsenden Einfluß im Volke zu dokumentieren und weiter an Einfluß zu wachsen.“

Die gegenwärtige Situation ist nun eine solche, die es uns ermöglicht, wenn wir unsere Schuldigkeit tun, einen Wahlsieg von einer Wucht zu erkämpfen, die ihn zu einer Katastrophe für das herrschende Regierungssystem gestaltet.

Diese Anschauung begegnet natürlich wieder gewaltigem Pohn der Genossin Luxemburg! Sie meint: „Wenn wir siegen und in welchem Maße wir siegen, werden wir ja erleben. Im voraus künftige Siege auskosten, liegt so gar nicht im Wesen unserer revolutionären Parteien“; derartige paßst nur Leuten, die so wenig ernst sind, so allen revolutionären Empfindens bar wie unsern.

Und weiter fragt Genossin Luxemburg, was sich Erhebliches ändert, wenn wir wirklich 152 Mandate erobern? Wir bleiben eine Minorität, und es ändert sich nichts, wenn unsere Gegner sich nicht zum Staatsstreich hinreihen lassen. Es kann also

„die Frage, ob wir mehr oder weniger Mandate bei den nächsten Wahlen erobern . . . und ziemlich kühl lassen“.

Das ist eine sehr strenge Sittenpredigt. Aber auch der strengste Sittenprediger kann einmal sündigen. In dem Artikel der Doctormoder „Arbeiterzeitung“, der unsere Diskussion herborrief, erklärte unsere erste revolutionäre Genossin, die Massen könnten einen Grad von Aufklärung und Stimmung erreichen,

schädig aussehendes altes Buch, eine Psalmenammlung, die 105 000 M. gekostet hat, und wie im Traume starrt man auf das armselige, kaum 18 Quartblätter enthaltende Heft, das den Namen Milton trägt. Es ist das Manuskript des ersten Buches von Miltons „Verlorenem Paradiese“, es wurde von Morgan für 100 000 M. erstanden.

Notizen.

— Ein Theatertrupp in Breslau. In Breslau waren bereits bisher drei Theater (das Stadttheater, Vobe- und Thalia-Theater) in der Hand eines Direktors vereinigt. Von 1911 ab wird auch die vierte Bühne, das Breslauer Schauspielhaus, von den vereinigten Theatern übernommen werden. Breslau hat also einen richtigen Theatertrupp.

— Herr Vobe als Kritiker. Der Generaldirektor der Königl. Museen in Berlin ist von beneidenswerter Vielseitigkeit. Er ist nicht nur als Kunsthändler, Einkäufer und Verorater tätig, er beherrscht nicht bloß die meisten Spezialgebiete der Kunst, er sibt nicht allein eine ausgedehnte Personalpolitik aus, beherrscht die Kunst- und Tagespresse und veröffentlicht jährlich dicke (zusammengestoppelte) Bände — er ist auch als Kritiker tätig. Auch in dieser Branche ist er ebenso robust wie in den übrigen: ein von Nachtgelüsten geschwelter Absolutist, von rührender Skrupellosigkeit. Die Frankfurter Museen haben nun eine Reihe von Kunstwerken erworben, die Herrn Vobe aus dem einen oder anderen Grunde entgangen zu sein scheinen. Grund genug für ihn, über die Frankfurter Sammlungen und ihren Leiter Georg Stargenski in einer wahrhaft honedüchernen Weise herzufallen (Museumskunde, Juli 1910) und dank der guten Verbindungen die Affäre in die Scherzpresse zu lancieren. Der Angegriffene seht darauf dem Herrn Vobe in der „Frankf. Btg.“ in einer Weise zu, daß er für alle objektiv Denkenden abgetan ist. Ihm werden eine solche Masse von Entstellungen von Tatsachen und puren Erfindungen nachgewiesen, daß jeder andere, der nicht Generaldirektor wäre, als wissenschaftlicher Kritiker von niemandem mehr ernst genommen würde.

— Eine Rentierzählung in Schweden. Die schwedische Regierung hat soeben eine offizielle Zählung abgeschlossen, die über die in der Lappenprovinz Jemtland noch vorhandenen Rentiere eine genaue Aufstellung geben soll. Die Zahl der Rentiere beläuft sich auf 27 233. Von den wertvollen Tieren besitzt ein einziger Lappe 2000 Stück. Dann folgen zwei Besitzer mit 1200 und 1000 Stück. Im ganzen sind 355 Lappen Besitzer einer größeren Anzahl von Rentierren.

— Journalistische Exkursionen. In China scheint das Augenleidbedürfnis der dort lebenden Europäer nicht allzu lebhaft zu sein. Die in Kansau erscheinende „Kansau Local Post“ teilt ihren Lesern mit, daß Kansau während der heißen Sommermonate ihren angenehmer Aufenthalt zum Arbeiten sei, daß alle, die es tun können, jetzt Ferien nehmen, und daß die „S. S. P.“ diesem guten Beispiel folge. Das Blatt verfehlt, daß ein zweites von den Besitzern der „S. S. P.“ herausgegebenes Blatt ohne Rücksicht auf die Witterung weiter erscheinen werde.

Kleines feuilleton.

Was steht in der Zeitung? Eine interessante Statistik hat Paul Stodlosa vorgenommen. Er hat eine Augustwoche hindurch den Inhalt von 30 Zeitungen aller Richtungen (auffälliger Weise mit Ausnahme sozialdemokratischer Blätter) auf ihren Inhalt untersucht und veröffentlicht den Befund in dem neuesten Heft der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft.

Stodlosa hat 13 Berliner und 17 Provinzzeitungen vorgenommen, liberale, parteilose, demokratische, konservative, zentriale; große, mittlere und kleinere. Den Stoff hat er in 15 Abteilungen gegliedert.

Das Gesamtergebnis stellt folgende Tabelle dar, die er durch einen Vergleich mit einer ähnlichen französischen Statistik ergänzt:

Table with 2 columns: Category and Prozent Frankreich. Rows include Börse, Innere Politik, Unterhaltungsliteratur, Auswärtige politische Nachrichten, Verbrechen, Unfälle, Skandale, Aleslei (Lokales), Sport, Jagd, Wissenschaft, Leitartikel über innere Politik, Theater und Schauspielungen, Künstlerische Mitteilungen, Nützliche Mitteilungen, Reisebeschreibungen, Wasserstandsberichte, Leitartikel über äußere Politik, Gesamtumfang des redaktionellen Teils, Anzeigen.

Zunächst geht klar aus diesen Ziffern die Macht des Inseratenteils hervor. Er nimmt mehr als ein Drittel des Raumes ein, beim „Berliner Tageblatt“ und dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ sogar mehr wie die Hälfte. Dann herrscht die Börse und der unterhaltende Teil. Die bloße Mitteilung von Tatsachen, Nachrichten überwiegt weit die kritischen Betrachtungen. Am wenigsten Interesse ist für die — a u s w ä r t i g e Politik, soweit es sich nicht um bloße Berichte, sondern um Erörterungen handelt. Bei der parteilosen Presse tritt die politische Abstumpfung natürlich weit greller hervor. So hat der „Berliner Lokal-Anzeiger“ 0,15 Proz. Raum für innere und 0,00 Proz. Raum für äußere Politik, dagegen für Wasserstandsberichte 0,88 Proz., für Verbrechen usw. 5,10 Proz., für Sport 3,97 Proz., für Lokales 5,22 Prozent. Der Vergleich mit Frankreich ergibt, daß dort das politische Interesse erheblich stärker ist.

Diese Arbeit stellt einen ersten groben Versuch dar, der aber sehr dankenswert ist. Es handelt sich hier um nicht weniger und nicht mehr, als um die statistische Ermittlung des geistigen Massen-

verbrauchs, um eine Bildungstaktik allerersten Ranges. Der schlimmste Fehler des vorliegenden Versuchs ist die Unterlassung, die Zeitung nach der Parteirichtung und dem Leserbublikum zu sondern. Der methodische Fehler ist so handgreiflich, daß er abfichtlich begangen zu sein scheint, vielleicht, um gewisse unangenehme Ergebnisse zu vermeiden. So erklärt sich wohl auch nur die sonst unverständliche Ignorierung der sozialdemokratischen Presse.

Der Luxus amerikanischer „Kulturträger“. Der Multimillionär, der unter der Last seines Goldes seufzt und vergeblich darüber nachgrübelt, wie die schwere Bürde des Geldüberflusses sich erleichtern läßt, kann in seiner Verdrängnis manche erlösenden Anregungen von seinen amerikanischen Leidensgefährten empfangen. Sommerwillen und Wohnungseinrichtungen sind drüben entstanden, die an Glanz, Luxus und Kopfspieligkeit alle Märchenpaläste von Faunus und einer Nacht in den Schatten stellen. Eine englische Wochenchrift unternimmt einen Rundgang durch diese amerikanischen Schlafwintel des Reichtums und stellt sorgsam gesammelte Zahlen zusammen. Der verstorbene Mr. Perkes hatte nicht weniger wie 8 Millionen M. für die Einrichtung des Palastes ausgegeben, den er sich in der 5. Avenue in New York errichtete und für dessen Bau 12 Millionen M. angelegt wurden. Man fragt sich unwillkürlich, wie es überhaupt möglich ist, solche Summen für ein Privatheim auszugeben. Allein für ein Schlafzimmer wurden 1 200 000 M. ausgegeben. Das Bett kostete genau 40 000 M., und die alte Seidentapete wurde für 141 000 M. erstanden. Für die geringsten Kleinigkeiten wird das kostbarste Material, am liebsten seltene Antiquitäten, angeschafft. In dem New Yorker Palast des Senators Clark ist z. B. ein Raum eingerichtet, der für sich allein ein großes Vermögen verschlingen hat. Das Gemach kostete 800 000 M. Aber Senator Clark wird in den Schatten gestellt durch die Aufwendungen, die Mr. Warand für sein Heim gemacht hat. Da ist besonders ein Zimmer, wohl das teuerste der Erde: das Schlafzimmer. Dieser eine Raum hat alles in allem rund 4 000 000 M. gekostet! Allein für das Bett sind 700 000 M. angelegt worden, die übrigen Möbel kosten 1 000 000 M. Da sieht man Stühle, die völlig aus Eisenblech gearbeitet sind mit reichen Einlegungen aus reinem Golde. Stahl für Stahl ein Vermögen. Die Wandbesetzung hat 250 000 M. verschlungen. Die geschmiedeten Türen des Zimmers mit ihren Inkrustationen und den feinen Intarsien mußten mit 60 000 M. bezahlt werden. Man ist schon abgestumpft, wenn man hört, daß Commodore Gerry für das märchenhafte Treppenhause seines Heims — eine prachtvolle massive Marmortreppe mit Goldschmuck und kunstvollem Geländer — 40 000 M. gezahlt hat und findet es beinahe selbstverständlich, daß Cornelius Vanderbilt eine Million für seinen Ballsaal geopfert hat. Bei Morgan sehen wir einen Konjunkturalist, der für sich allein 1 400 000 M. bedeutet, einen silbernen Tafelschmuck, der 200 000 M., und einen alten Schrank, der genau 800 000 M. gekostet hat. Wir gehen derweil und er-müdet an den Gemälden, Teppichen und Bildhauerarbeiten vorbei, für die Morgan wohl mehr als 20 Millionen Mark geopfert hat, und in der Bibliothek wirkt man nur auf drei Wähler einen Blick. Das eine ist der mit Gold und Inzeln geschmückte Band der „Evangelia quatuor“, der 200 000 M. wert ist; daneben liegt ein

Der die kommenden Wahlen zu einem betäubenden Waterloo für das herrschende System gestalten wird. Das ist genau dieselbe „Auslösung künftiger Siege“, für die ich meine Strafpredigt erhielt. Nur drückt sich mein Abraham a Santa Rosa noch drastischer aus.

Damit ist freilich nicht gesagt, daß wir in diesem Punkte ganz einig seien. Die Genossin Luxemburg erwartet den nötigen Grad von Aufklärung und Stimmung der breitesten Massen, der die Reichstagswahlen zu einem betäubenden Waterloo gestalten soll, von einem Massenstreik, der vor ihnen ausgefochten wird. Und das zu begreifen wird mehr schwer. Entweder scheidet der Massenstreik, und dann muß dieser zu einem so betäubenden Waterloo für unsere Gegner werden, daß keine Reichstagswahl es mehr übertrumpfen kann. Oder der Massenstreik scheidet nicht, und dann wird er zu einem betäubenden Waterloo für uns, und es gehört sehr viel „revolutionärer Ernst“ dazu, um aus einer solchen Niederlage entspringende „künftige Siege“ vorher „auszulösen“.

Damit sind wir wieder zu dem Ausgangspunkt der Diskussion zurückgekehrt. Er sei nochmals mit kurzen Worten zusammengefaßt, da er über der Fülle von Einzelheiten, die aufzuzählen verloren gehen konnte.

Die Genossin Luxemburg erklärte anfangs März, die Streikdemonstrationen seien überholt, schärfere Mittel müßten in Anwendung gebracht werden. Die Zeit zur Anwendung des Jenaer Beschlusses sei gekommen.

Darauf erwiderte ich ihr, daß das Maß der Erregung, das ungewissenheit unter den Massen herrsche, noch nicht jene Höhe erreicht habe, die allein unter deutschen Verhältnissen einen siegreichen Massenstreik erwarten lasse. Sei ein solcher aber unter den gegebenen Umständen nicht zu erwarten, dann gebe es nur ein Mittel, die Aktion über das erreichte Stadium hinauszutreiben, die nächsten Reichstagswahlen. Diese fänden unter den besten Aussichten für uns statt. Auf sie hätten wir unsere Aufmerksamkeit und Kraft schon jetzt hinzulenken. Die Neuwahlen würden eine ganz neue Situation schaffen, die sich heute noch nicht bestimmen lasse. Immerhin würde ein großer Wahlsieg ein so gesteigertes Kräftegefühl der Masse, ein so gesteigerte Nervosität der Gegner ergeben, daß daraus eher eine Massenaktion entspringen könne, die in einem Massenstreik ende, für dessen siegreichen Ausgang dann die Vorbedingungen weit günstiger lägen als heute.

Da ich den Massenstreik als eine Aktion betrachte, die dem spontanen Druck der Masse entspringt, habe ich natürlich nicht, wie man nach manchen Ausfällen der Genossin Luxemburg annehmen könnte, den Massenstreik für jetzt abbestellt, um ihn für die Zeit nach den Wahlen anzukündigen. Ich betrachte ihn als ein Elementarereignis, dessen Eintreten nicht nach Belieben herbeizuführen ist, das man erwarten, nicht aber festsetzen kann.

Die Genossin Luxemburg hat meinen Hinweis auf die Reichstagswahlen mit Hoch abgetan. Aber soviel sie dagegen sagte, vergeblich suchte ich nach einer anderen greifbaren Parole, die sie heute der meinen entgegensetzt. Sie forderte im März von uns eine „Parole“ für den „nächsten Schritt“, den wir zu unternehmen haben und der der Massenstreik sein sollte. Heute spricht sie nur noch von der Notwendigkeit der Erörterung des Massenstreiks, welche Erörterung zum

herausragenden Mittel wird, indifferente Schichten des Proletariats aufzurütteln, proletarische Anhänger der bürgerlichen Parteien, namentlich des Zentrums, zu uns herüberzuziehen, die Massen für alle Eventualitäten der Situation bereit zu machen und endlich in wirksamster Weise auch die Reichstagswahlen vorzubereiten.

Das heißt, sie spricht nicht mehr von der Notwendigkeit der Aktion durch den Massenstreik als nächsten Schritt vor den Reichstagswahlen, sondern von der Notwendigkeit der Agitation zur Vorbereitung der Reichstagswahlen, wobei auch der Massenstreik zu behandeln ist.

Ist das die Parole, die sie jetzt ausgibt, dann frage ich, womit sie die Begründung für meinen Standpunkt rechtfertigt?

Oder will sie jetzt noch den Standpunkt vertreten, den sie in ihrem Artikel für die „Neue Zeit“ anfangs März vertrat, daß die Zeit für die Anwendung des Jenaer Beschlusses gekommen sei? Oder will sie behaupten, damals, anfangs März, sei der richtige Zeitpunkt dafür gewesen, und nur der Redakteur der „Neuen Zeit“ habe die Revolution im Keime erstickt, indem er sich weigerte, seine „Schuldigkeit zu tun“ und den Artikel der Genossin Luxemburg abdrucken zu lassen?

Auf alles das haben wir in ihrer Erwiderung keine Antwort bekommen, ebensowenig wie auf die Frage, in welcher Weise sich die Genossin Luxemburg einen Massenstreik unter den deutschen Verhältnissen vorstelle. Als Ergebnis ihrer neuen Strategie bleibt nichts übrig als ein Bündel Fragezeichen.

Hus der Partei.

Verlegenheit.

Unsere badischen Genossen sind in einiger Verlegenheit. Fast die gesamte Parteipresse hat ihr Verhalten verurteilt, und darunter sind nicht nur die bösen „Norddeutschen“. Auch aus Bayern und Elsaß-Vorbringen kommen Stimmen der Mißbilligung, und bei den badischen Parteigenossen selbst ist gerade aus Arbeiterkreisen sehr wohl begründeter Einspruch erhoben und besorgte Warnung laut geworden vor einem Vorgehen, das die Einheitlichkeit der deutschen Arbeiterbewegung bedroht.

Nur so läßt sich erklären, daß die badischen Parteiorgane einen Artikel unseres Wiener Brudersblattes, der wie zwei andere vorher eine scharfe Verurteilung des Disziplinbruches enthielt, für ihre Zwecke auszunutzen suchten und ihn ihren Lesern als eine Art Rechtfertigung ihres Vorgehens hinstellten. Der Artikel behandelte die badische Taktik als ersten bewussten Vorstoß des Revisionismus und gab dann, getreu unserer Methode das Verhalten der Politiker aus den gesellschaftlichen Verhältnissen zu erklären, eine scharfsinnige Analyse der Gründe, die zu dem Vorgehen der Fraktion geführt hatten. Offenbar dachten nun die badischen Parteiblätter, daß sich ihre Leser an das Wort „alles verzeihen, heißt alles vergehen“ halten werden und druckten diesen Artikel — mit übrigens sehr berechtigten — Lobspriechen auf unser Wiener Parteiorgan ab. Auf diesen merkwürdigen Rechtfertigungsversuch antwortet heute die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ unter dem Titel „Ein Mißverständnis“ folgendermaßen:

„Am Mißverständnis vorzubeugen, haben wir in unserer Darlegung des „bewussten Revisionismus“ der badischen Genossen (22. Juli) ausdrücklich bemerkt, daß sich die verschiedene Meinung über die Möglichkeit einer Budgetbewilligung durch die Sozialdemokraten keineswegs zu verschiedenem Tun verbinden kann; den Disziplinbruch, erklärten wir auch da, wie wir es mit aller Deutlichkeit schon vorher gesagt hatten, kann keine andere Meinung entschuldigen. Wir sind also einigermassen überrascht, in verschiedenen süddeutschen und insbesondere in den badischen Parteiblättern dieses „Mißverständnis“ nun mit einer geradezu gewollten Absichtlichkeit aufzuheben zu sehen. Denn unser Artikel wird dort (in der Mannheimer „Volkstimme“ und im Karlsruher „Volkfreund“) als die die badischen „besonderen Verhältnisse“ besonders verheißende Darstellung gerühmt und als eine das Vorgehen der badischen Genossen billigende Stimme angefaßt — was allerdings, wie uns

scheint, nur bei einer geradezu betwunderungswürdig geschickten Zitierung und Unterstreichungen gelingen konnte. Das Mannheimer Brudersblatt will sogar die Ursache davon herausgefunden haben, warum wir zuerst das Bewilligungsvotum in „ziemlich scharfer Form“ verurteilt hatten, es aber nun zu billigen scheinen: weil wir seither von ihm „alle in Betracht kommenden Materialien“ erhalten haben, die wir uns telegraphisch bestellten und die wir inzwischen offenbar einer gründlichen Prüfung unterzogen haben“. Das ist auch materiell ein vollkommenes Jertum. Wohl haben wir, da das Mannheimer Parteiblatt bei uns früher nicht auflag, nach Bekanntwerden der Budgetabstimmung um Einsendung aller Nummern gebeten, die seit der Wende in der Kammer erschienen sind, aber die Sendung ist erst gestern Freitag in unseren Besitz gelangt, was als Quellenmaterial für unseren Artikel vom 22. d. einigermassen zu spät gewesen wäre. Wir glauben dies deshalb hervorheben zu sollen, weil damit die Behauptung, daß der angebliche Widerspruch unserer letzten Auseinandersetzung gegenüber unserem ersten Urteil auf einer besseren Informierung beruhe, am raschesten entkräftet wird. Es war die gleiche Kenntnis von den badischen Dingen und war auch das gleiche Urteil, die unsere ersten und unsere letzten Bemerkungen veranlaßten.

Zur Sache selbst haben wir nur zu bemerken, daß es selbstverständlich unsere Pflicht war, unseren Lesern auch die Tatsachen vorzuführen, aus denen die Budgetabstimmung erwuchs, ihnen also die eigentümliche Situation zu schildern, in der sich die badische Landtagsfraktion befindet und überhaupt darzutun, daß die diesmalige Abstimmung für das Budget kein sachliches, vielmehr ein politisches Votum war und dieses auch sein wollte. Diese Auffassung ist übrigens durchaus nicht auf uns beschränkt; in seinem das ganze Problem erfassenden Artikel in der letzten „Neuen Zeit“ legt ja auch Kautsky dar, daß doch nicht „reiner Uebermut oder reine Gedankenlosigkeit“ die badischen Genossen zu ihrem Disziplinbruch verleitet habe, sondern daß es die badische Großblödpolitik war, die ihn hervorrief, wobei der Wunsch, diesen heimischen Großblöck auf das ganze Reich zu übertragen, den badischen Eifer noch beflügelt hat. Aber das alles hat mit der entscheidenden Frage, die nun die alleinige des bewussten Disziplinbruches ist, wenig und gar nichts zu schaffen, denn der bewusste Revisionismus wird dadurch nicht harmloser und nicht gerechtfertigter, wenn er seine Aktion in scharfem Gegensatz zu dem feierlich erklärten Gesamtvillen der Partei setzt. Die Frage der Budgetbewilligung ist gemeinhin die Frage des Verhältnisses der Sozialdemokratie zu dem kapitalistisch-bürgerlichen Staate. Aber diese badische Budgetbewilligung, die sich über den Münchener Beschluß scharf hinwegsetzt, hat, ist das Verhältnis der badischen Sozialdemokratie zur Gesamtpartei, und das ist natürlich noch eine ganz andere Frage als eine simple Budgetbewilligung. Nun handelt es sich darum, ob das große Grundgesetz der Demokratie, die Disziplin, in der deutschen Sozialdemokratie, deren Einheit und Geschlossenheit in der Aktion eines ihrer Ruhmestitel bilden, noch auf eine ausnahmslose Beachtung rechnen darf, und in dieser Sache, die das Lebensmoment unserer Bewegung ist, gibt es natürlich auch in Oesterreich nirgends ein Wanken oder Schwanken.“

Wir dürfen hinzusetzen, daß es in dieser Lebensfrage der Partei auch in Deutschland kein Wanken oder Schwanken gibt.

Reichstagskandidaturen.

Für den Reichstagswahlkreis Löbau in Sachsen wurde von der Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins der Genosse Hermann Kräyig, Berlin, Redakteur des „Textilarbeiter“, als Kandidat aufgestellt. Genosse Kräyig hat bereits früher eine Kandidatur für den Wahlkreis Landeshut-Jauer-Boleschinn innegehabt. Eine Veränderung in der Kandidatur mußte deshalb eintreten, weil der frühere Kandidat des Kreises, Genosse Endermann, Dresden, als Abgeordneter zum sächsischen Landtage gewählt worden ist und Doppelkandidaturen durch einen Beschluß der Landeskonferenz unzulässig sind.

Für den ersten badischen Reichstagswahlkreis Mannheim Stadt und Land wurde der Genosse Dr. Frank wieder aufgestellt. Die Nominierung erfolgte in der am 31. Juli in Mannheim stattgefundenen Wahlkreisversammlung einstimmig. — Für Heidelberg kandidiert Genosse Pietzke wieder.

Eine finnländische Parteschule.

Der finnische Parteitag beschloß 1909 endgültig, eine Parteschule ins Leben zu rufen, und dieser Beschluß fand bald darauf auch auf dem Gewerkschaftskongress günstige Aufnahme. Der Kongress beschloß, die Parteschule materiell zu unterstützen. Nun hat der Parteirat den Beschluß gefaßt, mit der Parteschule im Laufe des Oktober zu beginnen. Der Kursus soll vorläufig mindestens zwei Monate dauern. Die Schulleitung ist Genossen Frjo Sirola übertragen. In Anbetracht der wachsenden Reaktion ist dieser Schritt sehr zu begrüßen. Die Partei läßt sich vom Wege, der ihr von den Umständen vorgeschrieben ist, nicht abgelenken, sondern schreitet mutig vorwärts.

Redaktionswechsel. An Stelle des Genossen Sommer übernimmt am 1. Oktober Genosse Gustav Schumann, Berlin die Redaktion des „Volkboten“ in Stettin. Genosse Schumann war bis jetzt Redakteur im sozialdemokratischen Pressebureau.

Soziales.

Einklagung einer Vertragsstrafe.

Die Zuschneiderin S. hatte mit der Firma S. Ruben Kachig, einen Vertrag geschlossen, nach dem sie gegen ein Monatsgehalt von 100 M. spätestens am 15. Juni bei der Firma in Beschäftigung treten sollte. Als Kündigungsschrift war eine vierzehntägige Vereinbarung für den Fall der Vertragswidrigen Lösung des Arbeitsverhältnisses durch die Arbeiterin war eine Vertragsstrafe von 250 M. vorgesehen. Die Arbeiterin hat die Stellung nicht angetreten, sondern ist in ihrer früheren Stelle verblieben. Sie kündigte der Firma Ruben Kachig, am 7. Juni die Lösung des Vertragsverhältnisses an. Von der Arbeitsleistung während der Kündigungsfrist war sie infolge einer mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheit entbunden. Die Firma glaubte aber dennoch, daß ein Vertragsbruch vorliege und klagte beim Gewerbegericht auf Zahlung der Vertragsstrafe. Das Gewerbegericht kam zur Klageabweisung. Der Vorsitzende, Magistratsrat Dr. Leo, konnte sich es aber nicht versagen, in der Verhandlung sowohl als auch bei der Urteilsverkündung die Art der Lösung des Vertragsverhältnisses durch die Beklagte zu kritisieren. In dem allerdings merkwürdigen Zusammenfallen des Ablaufs der Kündigungsfrist mit dem der Krankheitsdauer glaubte er die Ursache der Beklagten, das Vertragsverhältnis in einer unfairen Weise zu lösen, erkennen zu sollen, während er die klagende Firma dahin belehrte, daß das Gesetz eben nicht ausreiche, solche unfairen Dinge zu verhindern. Die Beklagte monierte die Behandlung, die ihr Dr. Leo auch schon im Sühntermin angedeihen ließ, in dem er die Handlung der Beklagten als einen Akt unverschämter Gehaltsfreiberei bezeichnet hätte. Dr. Leo bestritt zwar, das Wort unverschämte gebraucht zu haben, erklärte aber, das Verhalten der Beklagten habe er nach wie vor für eine Gehaltsfreiberei.

Sind die Hamburgischen Staatsbetriebe Musterbetriebe?

Daß die Hamburgischen Staatsbetriebe, in denen viele Tausend Arbeiter beschäftigt sind, den Anspruch auf die Bezeichnung Musterbetriebe nicht erheben können, lehrt ein Blick auf die

Lohnentwidelung der letzten zehn Jahre. Während bei der letzten (1907) und der gegenwärtig die Bürgererschaft beschäftigenden Gehaltsregulierung Aufbesserungen bis zu 60 Proz. erfolgt sind beziehungsweise erfolgen werden, warten die Staatsarbeiter immer noch auf eine wirkliche Zulage ihrer bestehenden Löhne. Um die Arbeiter über ihre wirkliche Lage hinwegzutäuschen, lie an die Musterbetriebe fester zu fesseln und sie in guter Hoffnung zu halten, hat man ein fein ausgelegtes System der Dienstalterszulagen geschaffen, nach dem bei den Filterarbeitern usw. der Anfangslohn von 3,50 M. überhaupt nicht und der bei anderen Kategorien um 10, 20, 30 und 40 Pf., bei wenigen Gruppen um etwas höher erhöht worden ist. Und das in einem Zeitraum von zehn Jahren, in einem Zeitraum, in dem der Hungerlohn und die Finanzreform das Licht der Welt erblickt haben! Diese Sorte Hamburgischer Sozialpolitik tritt erst in die richtige Beleuchtung, wenn man, ganz abgesehen von den Riefenzulagen der Oberbeamten, die bis zu 7500 M. mehr eingefädelt haben, eine Beamtenkategorie herausgreift als Vergleichsobjekt: die Schulleute, deren staatsdienliche „Arbeit“ sicher nicht höher bewertet werden kann, als die der Staatsarbeiter, die zum Teil noch mit 3,40 M. pro Tag abgefeuert werden. In dem genannten Zeitraum ist das Gehalt der Schulleute im Anfang um 450 M., am Ende um 700 M. oder unter Zugrundelegung von 200 Diensttagen um 1,50 bis 2,33 M. pro Tag aufgebessert worden. Die Behörden, die sich aus Beamten zusammensetzen, die durch die Gehaltsregulierungen mit Tausenden bedacht worden sind, halten es mit dem Grundgesetz des noblesse oblige vereinbar, der von unseren Genossen beantragten Lohnhöhung der Staatsarbeiter Schwierigkeiten zu bereiten, indem sie behaupten, der Staat zahle ausreichende Löhne! Diese „Auskünfte“ beruhigen das Gewissen der maßgebenden Fraktionen, die es als selbstverständlich erachten, daß die Staatsproletarier noch schlechter entlohnt werden als die Arbeiter in unabhängigen Privatbetrieben.

Norddeutsche Holzarbeiter.

Gegen das Jahr 1908 haben sich die versicherten Betriebe in der norddeutschen Holzindustrie um 1548 vermehrt. Es sind diese aber nur Fabrikbetriebe, da sich die Handbetriebe wieder um 226 verringert haben. Die unglückliche Geschäftskonjunktur drückt sich auch in den Zahlen der versicherten Arbeiter aus, die sich nur um 1870 gegen das Vorjahr vermehrt haben. Die Zahl der Arbeiter ist in den Fabrikbetrieben von 231 351 auf 234 110 gestiegen, die in Handbetrieben jedoch von 83 165 auf 81 778 zurückgegangen. Viele Handbetriebe (Wautschereien) seien „zu der maschinellen Holzbearbeitung“ übergegangen. Der Durchschnittslohn eines Holzarbeiters betrug 1052 M. pro Jahr.

Gemeldet wurden im Berichtsjahre 13 677 Unfälle, von denen nur 3019 entschädigt wurden. Die Unfallziffer ist etwas gesunken, denn im Jahre 1908 entfielen auf 1000 Versicherte durchschnittlich 52,4 Unfälle, im Berichtsjahre 51,4 Unfälle. Gestört wurden 118 Holzarbeiter. Weitere 10 waren als völlig, 817 teilweise und 2074 als vorübergehend erwerbsunfähig bezeichnet worden.

Von den entschädigten 3019 Unfällen ereigneten sich laut Bericht mehr als die Hälfte wieder an Arbeitsmaschinen, und zwar 1564 Unfälle mit 17 Todesfällen. . . .

Die technischen Aufsichtsbeamten melden in ihrem Sonderbericht, daß sich wieder eine sehr große Anzahl der Unfälle an den Abriechmaschinen ereignet hätten — „indes hat sich herausgestellt, daß die Unfälle an den Maschinen mit runder Messerwelle geringfügiger Natur waren, als an denen mit vierkantiger Messerwelle, die ersteren bestanden fast nur in geringen Hautabschürfungen, während die letzteren zu schweren Fingerverletzungen und Knochenzertrümmerungen führten“. An Kreisrägen ereigneten sich allein wieder 542 Unfälle seltenerer Art. In vielen Sägewerken auf dem platten Lande sei die Unfallgefahr dadurch erhöht, daß „die Arbeiter, zumal im Winter, (Schulob dem Juge und der Kälte ausgefetzt seien, da die Laxe für die Holztransporte gewöhnlich offen blieben —“, durch das Tragen von dicken Haushandschuhen sind die Arbeiter, besonders an den Kreisrägen, sehr gefährdet und sind dadurch schon recht viele schwere Handverletzungen vorgekommen. Natürlich fand man, daß jugendliche Arbeiter „verhältnismäßig wenig an den Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigt worden sind und dann in der Regel nur unter Aufsicht des Meisters, um die Arbeit an den Maschinen kennen zu lernen“. Und das haben erfahrenen Aufsichtsbeamte auch geglaubt? Betrunkene Arbeiter würden in den Betrieben nicht gebildet, im Wiederholungsfall sofort entlassen. Ebenso waren die Beamten nicht erstaunt, daß eine Anzahl Unternehmer „ihrer Freude bei dem Besuch des Aufsichtsbeamten mit dem Vornehmten Ausdruck gaben: „Wir haben Sie schon lange erwartet, um über Verschiedenes Auskunft von Ihnen zu erhalten.“ Und was war das Resultat der Betriebsrevisionen? In 4907 besichtigten Betrieben mußten 8563 Schuttmittel angebracht werden — und bemerkten die Aufsichtsbeamten: „In Ordnung befunden wurden von diesen Betrieben nur 2804 oder 57 Proz.“ Weiter wird gemeldet: „Den Anordnungen bezüglich der Schutzvorrichtungen wurde im allgemeinen großes Entgegenkommen und Verständnis erwiesen, sowohl seitens der Unternehmer, als auch der Arbeitnehmer, wenn auch bei letzteren öfters auf die Vernichtung vorhandener Schutzvorrichtungen hingewirkt werden mußte.“ Und wenn, wie Figura zeigt, über 8000 Schuttmittel fehlten? Die Beamten erklären ja selbst, daß die schwersten Unfälle an den Arbeitsmaschinen hätten vermieden werden können, „wenn geeignete Schutzvorrichtungen angewendet worden wären“. Zur Entschuldigend der Unternehmer führt man dann noch vorlegen an: „Leider glauben auch viele Betriebsunternehmer, daß Schutzmaßnahmen nicht früher erforderlich sind, bis sie vom technischen Aufsichtsbeamten angeordnet werden.“

Die Schiedsgerichte haben laut Bericht 1792 Berufungen der armen Verletzten abgemittelt und nur in 352 Fällen entprochen. Das Reichsversicherungsamt wachte seinen Ruf und wies auch 403 Rekurse der Verletzten ab und entsprach nur in 41 Fällen den Anträgen derselben.

Hus Industrie und Handel.

Fusion Elektrizität — W. Rahmeyer u. Co.

Den Verwaltungen der beiden Unternehmungen ist ein Plan über die Bedingungen einer in Aussicht genommenen Fusion zugegangen, dem wohl zugestimmt werden wird. Das Zustandekommen der Transaktion ist an die Bedingung geknüpft, daß mindestens 60 Proz. der Rahmeyer-Aktien zum Umtausch gebracht werden. Die Liquidation der Rahmeyer-Gesellschaft wird nicht beabsichtigt. Wie der „Frankf. Ztg.“ berichtet wird, denkt man daran, daß später das Frankfurter Dynamowerk mit den Berliner Fabriken der A. E. G. verbunden werden und das Kölner Kabelwerk mit dem Kabelwerk Oberpösch der A. E. G. in eine enge Gemeinschaft treten könnte. Namentlich auf letztere Kombination, mit der die A. E. G. wahrscheinlich in die großen Telegrapheninteressen des rheinischen Konzerns eintreten und eine dominierende Stellung auch am Westfälischen Markt erlangen würde, dürfte die A. E. G. Wert legen. Derartige Operationen würden naturgemäß mit einer Kapitaltransaktion auch bei der A. E. G. verbunden sein. Für die Rahmeyer-Gesellschaft soll die Transaktion wesentliche Veränderungen vorerst nicht bringen.

Charakteristisch für den Patriotismus unserer Kapitalisten ist, daß die neue Gesellschaft in Zürich gegründet werden soll, also außerhalb des Deutschen Reiches. Die Gründungskosten für solche Finanzgesellschaften sind in der Schweiz bedeutend niedriger als in Deutschland und in den letzten Jahren ist eine ganze Anzahl von deutschen Gesellschaften in der Schweiz ins Leben gerufen worden. Es sei nur an die Bank für elektrische Unternehmungen selbst, die Bank für orientalische Eisenbahnen, die Gesellschaft für Metallwerte und die neue Bodenkreditanstalt in Basel erinnert. Aus dem gleichen Grunde hat be-

Kannlich die Herne G. m. B. H., die den außerordentlichen Besitz an Siberianaktien verwaltet, ihren Sitz von Berlin nach Ostrow in Pommern verlegt.

Tabakzoll.

Auf der Rückseite der mit dem „Nippenkerl“ geschmückten Tabakpäckchen der Firma Henrichs Dillenott senior u. Comp., Rees am Rhein, findet man folgenden lehrreichen Ausdruck:

Wachstumswert!

Der Zoll auf ausländischen Rohtabak betrug bis 1870 pro Pfund 12 Pf.
Durch Gesetz vom 16. Juli 1870 erfolgte eine Erhöhung desselben pro Pfund auf 42 1/2 Pf.
Nach dem Gesetz vom 15. Juli 1909 wird außerdem noch ein Wertzuschlag erhoben von 40 Proz.
Der ausländische Rohtabak ist hiernach zurzeit also pro Pfund mit 42,5 Pf. und 40 Proz. = 17 Pf. — zusammen 59,5 Pf. Zoll belastet. Der „Segen“ unserer Zollpolitik wird den Rauchern durch den erwähnten Ausdruck recht nachdrücklich in Erinnerung gebracht. Schade, daß es bei den Lebensmitteln nicht in ähnlicher Weise geschieht. Dadurch würde mancher mehr Verständnis für die „herrlichen Zeiten“ gewinnen, denen unser Volk seit einigen Jahren entgegengeführt ist.

Zusammenschluß.

Wie aus den Verwaltungen mitgeteilt wird, ist der Plan, die Deutsch-Luzemburgische Bergwerks-Gesellschaft mit der Dortmunder Union zu verschmelzen, wieder aufgenommen worden. Man darf annehmen, daß dann auch die Angliederung der Gewerkschaft Kaiser Friedrich und der Besse-Tremonia wieder in den Kreis der Bestrebungen gezogen worden ist. Ein neuer Montantrust ist damit im Entstehen begriffen.

Wirkung des Branntweinbottotts.

Ueber die Wirkung des sozialdemokratischen Branntweinbottotts, speziell in Berlin, äußern sich zwei Berichte im Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie. Der erste Bericht erklärt kurz: „Inwiefern die von der sozialdemokratischen Partei betriebene Branntweinbottott von Wirkung sein wird, entzieht sich vorläufig dem Urteil“. Im zweiten Bericht von ringfreier Seite liest man aber: Die Erbitterung der Bevölkerung gegen die Finanzreform des Reiches hat sich in Vorkottierungen, speziell des Artikels Branntwein begeligt. Auch dadurch ist der Konsum bedeutend zurückgegangen und die gesamte Spirituosenbranche leidet darunter unbemerkt. Ganz unbemerkt kommen aber viele von den Herren Großdestillateuren nicht zu dieser Schädigung ihres Geschäftes. Die meisten der Herren Großdestillateure ernsten jetzt nur den Lohn dafür, daß sie bei den Wahlen und auch sonst sehr beflissen waren, Arm in Arm mit den Agrariern gegen die Sozialdemokratie zu kämpfen. Den Arbeitern wird die Wirkung des Bottotts ein Ansporn sein, nun erst recht bei dem Bottott zu beharren und ihn mit immer größerer Entschiedenheit fortzuführen.

Wohlfahrter Verein. Als erste der großen deutschen Hütten-Gesellschaften veröffentlicht der Wohlfahrter Verein seinen Abschluß für das Geschäftsjahr 1909/10. Die Dividende wird wieder in der vorjährigen Höhe von 12 Proz. vorgeschlagen. Die Abschreibungen werden mit 1,8 Millionen Mark etwas höher als für das Vorjahr bemessen.

Verkaufsvereinigung. Nachdem die Verhandlungen zwecks Bildung eines allgemeinen Hochofenverbandes gescheitert sind, hat sich heute eine Reihe der bedeutendsten niederrheinisch-westfälischen Hochofenwerke mit den ostdeutschen Hochofenherstellern zum gemeinsamen Verkauf zusammengeschlossen. Durch diese Vereinigung haben diese Hauptwerke unter sich den Wettbewerb ausgeschaltet.

Deutsche Baumwollwaren am Weltmarkt.

Fassen wir den Wert sämtlicher ausgeführten Baumwollgarns und Gewebe im ersten Semester dieses Jahres zusammen und vergleichen ihn mit dem vom ersten Halbjahr 1908, so erhalten wir folgendes Bild. Die Ausfuhr betrug in 1000 Mark bei

	1898	1910	Zunahme in Proz.
Garne	9 702	26 055	169
Gewebe	90 707	175 049	93

Insgesamt 100 409 201 104 100

Die Ausfuhr von Garnen ging von 23,03 Millionen im ersten Halbjahr 1909 auf 26,06 Millionen im ersten Semester dieses Jahres hinauf. Baumwollgewebe wurden für 175,05 Mill. M. im Auslande abgesetzt gegen 147,96 Mill. im ersten Halbjahr 1909. Insgesamt ergibt sich für die Ausfuhr von Baumwollgarnen und Geweben dieses Jahr ein Wert von 201,10 Mill. gegen 170,99 Mill. M. im vorigen Jahre. Gegenüber 1909 hat sich besonders die Ausfuhr von Geweben außerst kräftig entwickelt, während im Vergleich zu früheren Jahren besonders die Garnausfuhr stark zugenommen hat. In Baumwollgeweben wurden dieses Jahr 209 264 Doppelzentner exportiert gegen 241 601 Doppelzentner im vorigen Jahre. Zugenommen hat die Ausfuhr von 1909 auf 1910 vornehmlich bei gefärbten, bedruckten, bunt gewebten Geweben, deren Ausfuhr von 97 145 Doppelzentner im Werte von 88,98 Mill. Mark auf 116 479 Doppelzentner im Werte von 51,96 Millionen hinaufging. Sehr verschiedenartig war die Mengen- und Wertgestaltung im ersten Semester bei nachstehenden Baumwollgeweben. Sie betrug

	in Doppelzentnern		in 1000 M.	
	1909	1910	1909	1910
Gandshube, Haarneze . . .	10 100	9 400	14 567	16 057
Strümpfe, Socken	48 175	49 098	88 552	87 529

Während die Menge bei beiden Wirtwaren hinter der des Vorjahres zurückblieb, ging der Ausfuhrwert über den vorjährigen hinaus.

Aus der Frauenbewegung.

Aus der Kinderschutzkommission.

In ihrer überaus schwierigen Tätigkeit bei der Feststellung unerschütterlicher Kinderbeschäftigung finden unsere Genossinnen nicht immer den Rückhalt bei den Genossen, dessen sie durchaus bedürfen, sollen ihre Anstrengungen von einem praktischen Erfolge gekrönt werden. Es ist nur zu leicht begreiflich, daß ein großer Teil unserer Genossen die Tätigkeit der Kinderschutzkommission mit einem kalten und einem heiteren Auge betrachtet. Wissen doch leider nur allzu viele aus eigener Erfahrung, daß die paar Groschen, die das Kind verdient, bitter nötig gebraucht werden, wenn die Eltern durch irgendein Mißgeschick an Erwerb verhindert sind. Wohl wissend, daß die Arbeit des schwachen Kindes dieses selbst weit mehr körperlich und geistig schädigt als durch seinen mageren Verdienst eingebracht wird, sehen diese Kerntzen doch häufig keinen anderen Ausweg, um die größte Not abzuwehren. Was geschieht aber, so fragen wir, wenn eines Tages das in Erfüllung geht, was wir fordern, was auch der eigentliche Zweck der Gründung der Kinderschutzkommission ist: wenn das Gesetz die gewerksmäßige Kinderarbeit bis zum 14. Jahr überhaupt verbietet? Dann tritt eben ein, was heute schon in vielen Fällen geschehen müßte und worüber ganz besonders der Klassenbewußte Arbeiter mit begrifflicher Scheu zurückzuckt: die Armenkommission muß in Anspruch genommen werden. Seitdem aber mit der Inanspruchnahme der Armenunterstützung nicht mehr der Verlust des Wahlrechts verknüpft ist, gibt es keinen politischen Grund, in Fällen wirtschaftlicher Not sich nicht an die Armenkommission zu wenden. Und zwar, darüber möge sich jeder, der um städtische Unterstützung einkommt, klar sein, nicht als Wähler, sondern als jemand, der infolge von Arbeitslosigkeit oder Krankheit ein Recht darauf hat, die Mittel einer Gesamtheit in Anspruch zu nehmen, die eben durch die Beiträge dieser Gesamtheit aufgebracht werden.

Die Frage der städtischen oder staatlichen Arbeitslosenversicherung wird zweifellos einen rascheren Fortschritt erfahren, wenn, bei gänzlich verbotener gewerksmäßiger Kinderarbeit, die durch Arbeitslosigkeit entstehende wirtschaftliche Not durch Unterstühtungen ausgeglichen werden müssen, deren Kosten von den Gemeinden zu tragen sind. Pflicht aller Sozialreformer ist es zweifellos in ihrem eigensten Interesse, das Verbot der Kinderarbeit, die für den erwachsenen Arbeiter nur eine Schmutzkonkurrenz bildet, zu erstreben, und jeder einzelne muß sein Teil dazu beitragen, daß die bereits bestehenden mangelhaften Bestimmungen innegehalten werden. Das kann auf verschiedene Art geschehen. Einmal durch Erfragen der Adresse des bei gewerksmäßiger Beschäftigung angetroffenen Kindes und Mitteilung an die Kinderschutzkommission, dann aber, und das ist ein vorzügliches Mittel, durch Einwirkung auf den Unternehmer, der ein Kind beschäftigt. Ganz besonders in den Arbeitervierteln, wo in ungeheuren Mietskasernen die Kerntzen der Armen wohnen, sind arbeitende Kinder am häufigsten zu finden. Beschäftigt werden sie von Milchhändlern und Bäckermeistern, deren Hauptnahrung aus Arbeitern besteht. Erklärt jeder einzelne Arbeiterkunde jedem dieser Kinderausbeuter, daß er seine Ware nur von solchen Kaufleuten beziehe, die keine Kinder beschäftigen, so wird auch hier der Erfolg nicht ausbleiben. Daß die Herren Bäckermeister nicht davor zurückschrecken, die von ihnen beschäftigten Kinder auch noch zu verleumden, beweist ein Fall, den jüngst eine unserer Genossinnen erlebte. Sie beobachtete, wie früh um 6 Uhr ein schwächlicher Junge aus einem Bäckerladen herauskam und Frühstücksteufler trug. Als sie den Knaben anhielt, um seinen Namen und Adresse festzustellen, rief er aus. Unsere Genossin ging nun zu dem Bäckermeister hinein und machte ihm Vorhaltungen, daß er Kinder vor der Schulzeit beschäftige. Darauf hatte der Mann die Kühnheit zu behaupten, er beschäftige nur Frauen zum Frühstück austragen, den Jungen kenne er nicht, der habe die Brote genommen und sei damit ausgezogen. Das war denn unserer Genossin doch etwas zu viel. Sie begab sich sofort zum Polizeirevier und zeigte den Bäckermeister an, wozu sie allen Grund hatte. Der Meister war nämlich auch schon von anderer Seite darauf aufmerksam gemacht worden, er solle Kinder nicht beschäftigen, worauf er aber nur mit groben Schimpereien antwortete. Unsere Genossin hat dafür gesorgt, daß der Name dieses treulichen Mannes in seinem Bezirk bekannt geworden ist, und es bleibt nur zu wünschen, daß unsere Genossinnen und Genossen die einzig mögliche Folgerung daraus ziehen. Gehen wir überall gleich energisch vor, so wird die Kinderarbeit vor Schulbeginn hoffentlich bald verschwinden. Leider reicht unsere Macht dort nicht hin, wo die Kinderarbeit in voller Blüte steht: in der Hausindustrie.

Hier kann ein besserer Schutz der Kinder nur erreicht werden mit einem besseren Schutz der Heimarbeiter, d. h. besserer Organisation der Heimarbeiterinnen, Durchsetzung von Mindestlöhnen auch für die Heimarbeiter. So lange der Ausbeutung der erwachsenen Heimarbeiter keinerlei Schranke gezogen ist, so lange wird es unmöglich sein, hier die Kinderarbeit auszurotten oder auch nur einzudämmen. Hier zeigt sich wieder einmal, wie in unserem Wirtschaftsleben nichts für sich allein, abgesehen von allen übrigen wirtschaftlichen Zuständen betrachtet werden kann, sondern wie ein mit dem anderen im unmittelbarsten Zusammenhang steht. Die Kinderausbeutung kann nur beseitigt werden durch bessere Entlohnung der Eltern und durch Versicherungsgesetze, die vor unverschuldetem wirtschaftlichem Not und Entbehrung schützen. Aufgabe der Kinderschutzkommissionen ist es, hieran mitzuwirken, sich nicht entmutigen zu lassen durch unermessliche Widerfolge in Einzelfällen. Indem wir feststellen, was ist, fördern wir die Beseitigung dessen, was beseitigt werden muß.

Die weibliche Arbeitskraft in der Berliner Maschinenindustrie.

In der Berliner Maschinenindustrie hat die weibliche Arbeitskraft sich bereits in großem Umfange das Feld erobert. Nach der Statistik des Deutschen Reiches ergab die Zählung von 1907 folgende Zahlen über Arbeitskräfte in der Berliner Maschinenindustrie:

Branchen	Arbeitskräfte		
	männlich	weiblich	verheiratete Arbeiterinnen
Maschinen und Apparate	26 250	1096	117
Mühlenbau	11	1	—
Wagenbau	8 018	135	13
Schiffbau	12	—	—
Schuhwaren	88	8	—
Zeitmeßinstrumente	1 288	42	1
Musikinstrumente	8 076	625	147
Chemische u. s. w. Instrumente, Apparate	5 784	553	40
Lampen u. s. w.	9 147	2634	288
Elektrizitätsindustrie	86 843	7868	1004

Wie die Aufstellung erkennen läßt, war die weibliche Arbeitskraft schon vor drei Jahren in manchen Branchen sehr stark vertreten, auch die verheiratete Arbeiterin war hier bereits in beträchtlich großer Zahl erwerbstätig.

Ueber die Lohnverhältnisse finden wir in der vom Metallarbeiterverband herausgegebenen Untersuchung über die Existenzgrundlagen der Mittelklasse in der Berliner Maschinenindustrie einige interessante Angaben. Danach wurden beispielsweise in einem Betriebe, der in Massenfabrikation für eine größere Fabrik Nähmaschinenbestandteile herstellt, folgende Löhne gezahlt: Wochenlöhne für männliche Arbeiter 27—36 M., für Arbeiterinnen 14—15 M. Hier machen die Löhne der Arbeiterinnen im Durchschnitt nicht einmal 50 Proz. der Löhne für Männer aus. Bei Siemens u. Halske betragen die Stundenlöhne der Arbeiterinnen circa 32 Pf., bei Alfordarbeit sollen bis zu 40 Pf. erzielt werden. Bei den Siemens-Schneider-Werken verdienen die Arbeiterinnen 10—22 Pf. in Lohn, in Alfordarbeit circa 40 Pf. Der Wochenverdienst einer Arbeiterin würde demnach bei achtstündiger Arbeitszeit betragen in Alfordarbeit bei beiden Firmen 19,20 M., bei Siemens u. Halske in Lohn 15,36 M., bei Siemens-Schneider 9,60 M. Kann davon wohl ein Mensch existieren? — In den Mittelbetrieben der Lampenindustrie verdienen Arbeiterinnen 15—20 M., in einzelnen Fällen bis 25 M., während in der Nähmaschinenindustrie durchschnittlich nicht mehr als 14—15 M. Wochenverdienst erzielt wird. Die Löhne differieren demnach ziemlich erheblich. Die höheren Sätze erlangen jedoch nur wenige Arbeiterinnen. Gerade in der Elektrizitätsindustrie, wo die größte Zahl der Arbeiterinnen beschäftigt wird und die weibliche Arbeitskraft in fast steigendem Maße Verwendung findet, ist die Entlohnung äußerst minimal. Die schlechte Entlohnung ist sowohl vom persönlichen, als auch vom beruflichen und allgemein volkswirtschaftlichen Standpunkte aus ein großer Schaden für die Arbeiterklasse. Die niedrigen Löhne bedingen eine Lebenshaltung, die für die Arbeiterinnen eine ständige Gesundheitsuntergrabung und zugleich eine Gefahr für die kommende Generation bedeutet. Eine degenerierte, ausgemergelte, schon in jungen Jahren erkrankete, den Todesseim in sich tragende Mutter kann selbstverständlich keine gesunden kräftigen Kinder gebären. Die niedrigen Löhne für Arbeiterinnen sind ferner ein Anreiz für das Unternehmertum, durch Ausmerzungen der tüchtigen männlichen Arbeitskraft an Löhnen zu sparen. Um die gefährdeten Plätze zu behaupten, setzen die Arbeiter Lohnreduktionen nicht genügend scharfen Widerstand entgegen. So bewirken die niedrigen Frauenlöhne direkt und indirekt ein Sinken des gesamten Lohnniveaus. In allgemeiner volkswirtschaftlicher Beziehung erweist die schlechte Entlohnung der weiblichen Arbeitskraft bei ihrer steigenden Verwendung sich infolgedessen als ein erheblicher Nachteil für die Produzenten, als in der gezahlten Gesamtlöhnsomme ihre Konsumkraft steckt, diese von jener in ihrem Ausmaß bestimmt wird. Ganz gleich, auf welche Weise die

Konsumkraft geschwächt wird, auf jeden Fall bedingt ihre Verminderung ein Sinken der Lebenshaltung der Gesamtheit. Da jede Konsumverminderung aber auch ein Nachlassen der Produktion im Gefolge hat, schränkt sie auch die Nachfrage am Arbeitsmarkt ein. So ergeben sich aus der schlechten Entlohnung der weiblichen Arbeitskraft vielfache Schäden, die immer die Arbeiterschaft treffen. Aus diesen Gründen muß die organisierte Arbeiterschaft mit allen Kräften für das Prinzip der gleichen Entlohnung für gleiche Leistung eintreten, für dessen Durchsetzung alle organisatorischen Kräfte und Kampfmittel einsetzen.

Seifeabende.

Beslenberg, Wannseebahn. Mittwoch, den 3. August, 8 Uhr, bei Benno Radtke, Potsdamer Straße.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Sechster Wahlkreis. Die Genossinnen der zweiten Abteilung veranstalten am Mittwoch, den 3. August, eine Dampferpartie nach den Gosener Bergen. Abfahrt: Vormittags 9 Uhr von der Jannowbrücke, Restaurant Schultheiß, Meierei Nobiling. Um zahlreiche Beteiligung wird gebittet.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Donnerstag, den 4. August, statt des Ausflugs nach Tegel: Dampferpartie nach Reumühle (50 Pf.). Treffpunkt 1/10 Uhr, Schillingbrücke; Abfahrt 10 Uhr.

Kummelsburg. Genossinnen, die sich an der Feier des Todestages der Genossin Arbeit beteiligen wollen, versammeln sich heute (Dienstag), nachmittags 1/2 8 Uhr, bei Blume, Alt-Bogdahn 58.

Gerichts-Zeitung.

Polizeiliche Befähigung von Flugblattverteilern.

Als am 2. Februar d. J. im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Versammlung abgehalten wurde, in der die Mumm sprach, verteilten zwei Mitglieder der Freireligiösen Gemeinde, Adolf Hardt und Otto Beege, unmittelbar vor der Saaltür, also im Hofgebäude eine Treppe hoch, Flugblätter an Versammlungsbesucher. Ein Schuttmann kam hinzu, verhinderte die weitere Flugblattverteilung und erstattete Anzeige gegen die beiden Genannten. Hardt und Beege erhielten polizeiliche Strafbefehle, in denen geschrieben steht, sie hätten „vor der Tür des Versammlungsorts, also auf öffentlicher Straße“, Druckschriften ohne polizeiliche Erlaubnis verteilt und sich dadurch strafbar gemacht. — Vor dem Schöffengericht wurde zwar festgestellt, daß die Verteilung nicht auf der Straße, sondern innerhalb des Gebäudes erfolgt war. Aber das Gericht begehrt den Vorraum des Saales als einen öffentlichen Ort und verurteilt die beiden Angeklagten. Die Begründung des Urteils war so unklar, daß die Berufungsinstanz die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Schöffengericht zurückverwies. — Die erneute Verhandlung fand am Montag vor der 142. Abteilung statt. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Felix Behrendt, verwies darauf, daß nach § 43 der Gewerbeordnung zur nicht gewerksmäßigen Verteilung von Druckschriften in geschlossenen Räumen eine polizeiliche Erlaubnis nicht erforderlich ist. Da es sich hier zweifellos um einen geschlossenen Raum, noch dazu in einem Privathause handelte, müßten die Angeklagten freigesprochen werden. Außerdem beantragte der Verteidiger, den Angeklagten auch die Kosten der Verteidigung aus der Staatskasse zu erstatten, da sie ja ohne Grund ein Strafmandat erhielten, in erster Instanz auch verurteilt worden seien und also ohne Rechtsbeistand ihre Sache nicht hätten führen können.

Das Gericht sprach die Angeklagten frei aus den vom Verteidiger angeführten Gründen. Die Übernahme der Verteidigungskosten durch die Staatskasse lehnte das Gericht aber ab mit der Begründung, der Fall läge so einfach, daß die Angeklagten keines Rechtsbeistandes bedürften.

Allerdings liegt der Fall an sich einfach. Er ist aber sehr verwirrt worden, erstens durch die Polizei, welche in ihrem Strafmandat den „Ort der Tat“ aus dem Innern des Gebäudes auf die Straße verlegte, und zweitens durch das Schöffengericht, welches trotz der klaren Sachlage zuerst die Angeklagten verurteilt hatte. Um diesen Ansel von Irrtümern endlich zu entwirren und die Sachlage auf ihre ursprüngliche Einfachheit zurückzuführen, bedurfte die Angeklagten unbedingt eines rechtswissenschaftlichen Beistandes. Sie hätten sonst riskiert, trotz der einfachen Sachlage abermals verurteilt zu werden. Wenn ihnen trotzdem die Verteidigungskosten nicht zugewilligt werden, so beweist das, wie wenig das Recht des Staatsbürgers in Preußen gilt. Und doch gibt es noch Leute, welche behaupten, Preußen sei ein Rechtsstaat.

Ungültige statutarische Bestimmung einer Betriebskrankenkasse.

Die Allgemeine Betriebskrankenkasse der Stadt Herne, die auf Grund des § 80 des Krankenversicherungsgesetzes errichtet ist, hatte durch einen Statutenantrag den Kreis ihrer Mitglieder anders umgrenzt. Es war dadurch bestimmt worden, daß Mitglieder sein sollten: alle im Betriebe und im Dienste der Stadt gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen und die Personen, die in solchen Kommunalbetrieben beschäftigt sind, deren Sitz in Herne ist und an denen die Stadt neben anderen Gemeinden beteiligt ist. Der Antrag war auch vom Bezirksausschuß genehmigt worden. Der Regierungspräsident zu Arnsberg beanstandete aber die Bestimmung als ungültig. In Betracht kommt für die Anordnung der § 48a des Krankenversicherungsgesetzes, wonach die höhere Verwaltungsbehörde die erforderliche Abänderung des Statuts anzuordnen hat, wenn sich ergibt, daß in einem Statutenantrag nach § 24 Absatz 1 die Genehmigung hätte verweigert werden müssen, weil das Statut beziehungsweise die Abänderung des Statuts den gesetzlichen Anforderungen nicht entspricht. Der Regierungspräsident erachtete als zu weitgehend die Bestimmung, daß Mitglieder auch sein sollten die Personen, die in solchen Kommunalbetrieben beschäftigt sind, deren Sitz in Herne ist und an denen die Stadtgemeinde neben anderen Gemeinden beteiligt ist. Die von anderen Gemeinden beschäftigten Arbeiter dürften nicht in die allgemeine Betriebskrankenkasse der Stadt Herne einbezogen werden.

Die Kasse klagte gegen den Regierungspräsidenten. Das Oberverwaltungsgericht wies aber die Klage als unbegründet ab. Die Statutenbestimmung, durch welche jene Ausdehnung der Mitgliedschaft auf Personen ausgesprochen werde, die in anderen kommunalen Betrieben beschäftigt sind, deren Sitz in Herne ist und an denen die Stadt neben anderen Gemeinden beteiligt ist, sei ungültig. Sie widerspreche den gesetzlichen Bestimmungen über die Errichtung einer Betriebskrankenkasse durch einen Unternehmer.

Versammlungen.

Zentralverband der Töpfer. In der am Freitag abgehaltenen Generalversammlung der Filiale Berlin erhaltete der Vorsitzende Geydane den Vorstandsbericht für das 2. Quartal. Die Arbeitslosigkeit war nicht so gut, wie man erwartete. Das ist hauptsächlich juristischzuführen auf den Mangel an Material. Die Nacheln waren so knapp, daß es den Unternehmern nicht möglich war, solche zur rechten Zeit und in ausreichender Menge herbeizuschaffen. Auch aus der Statistik des Arbeitsnachweises geht hervor, daß die Arbeitslosigkeit im 2. Quartal ungünstiger war wie in der gleichen Zeit des vorigen Jahres. Gegenwärtig sind 333 Arbeitslose eingetragen, während im Vorjahre zu dieser Zeit die Zahl der Arbeitslosen nur 185 betrug. — In der Vorberichtszeit waren 160 Streitfälle auf Bauten zu erledigen. Eine so hohe Zahl ist noch nie erreicht worden. Es mag das daran liegen, daß die Berechnung der neuen Muster sowohl Meistern wie Gesellen noch nicht geläufig ist, woraus viele Differenzen entstehen. In 30 Fällen wurden Ver-

Freier der Meister bei den Verhandlungen der Differenzen hängig gezogen. Jehn Sperren, meistens wegen Lohnhöhen, mühten im Laufe des Quartals verhandelt werden. Zwei Lohnbewegungen wurden geführt. Die eine, in den Ostbahnhöfen, endete mit dem Abschluß eines Tarifs, der die dortigen Lohnverhältnisse wesentlich bessert und die Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden herabsetzt. Die andere Lohnbewegung war in Bernau. Sie ist jedoch abgeklungen und hat ebenfalls eine nennenswerte Lohnaufbesserung sowie die Verkürzung der Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden gebracht. In Königsmusterhausen steht eine Lohnbewegung bevor. — Der dortige Tarif ist festgelegt.

Der Kassierer **Wohmhammel** konstatierte einen erfreulichen Aufschwung der Finanzen gegenüber dem Vorjahre. Die Einnahme aus Beiträgen ist so gestiegen, daß der Hauptkassa 3300 M. mehr als im Vorjahre zugeführt werden konnten. Die Einnahmen betragen 14316 M., die Ausgaben 11211 M., der Bestand 3094 M. Für die Bauarbeiterausperrung sind 4908 M. eingegangen. Die Mitgliederzahl ist im Laufe des Quartals um 120 gestiegen und betrug am Schluß desselben 2100.

Einwendungen gegen die Tätigkeit des Vorstandes wurden nicht erhoben.

Der **Bund der Arbeiter-Theater-Vereine Deutschlands** hatte zu Sonnabend, den 30. und Sonntag, den 31. Juli, einen außerordentlichen Bundesstag im Volkshaus Charlottenburg, Rosinenstraße 3, einberufen, um über die Hauptpunkte der Tagesordnung: „Die Stellen wir uns zur gewerkschaftlichen und politischen Organisation“ und zur Verschmelzung mit dem Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Theater-Bund Stellung zu nehmen. Beschied war der Bundesstag mit 26 Delegierten, und zwar aus Berlin, Charlottenburg, Vorkow, Reinickendorf-West, Kottbus, Oldenburg, Belken, Potsdam, Schmargendorf, Fürstenwalde und Spandau. Ferner waren elf Mitglieder vom Bundesvorstand und Genosse Deuth als Vertreter des Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Theater-Bundes anwesend. Nach dem Bericht des Vorstandes sind von 88 Vereinen mit 828 Mitgliedern 307 politisch und 308 gewerkschaftlich organisiert. Betreffs der Stellungnahme zur gewerkschaftlichen und politischen Organisation wurde ein Antrag angenommen, wonach die Mitglieder, welche dem Bund angehören, freigezwungen organisiert sein sollen. In der Verschmelzungsfrage wurde vom Genossen Deuth die Erklärung abgegeben, daß er der Verschmelzung sympathisch gegenüberstehe und diese Ansicht auf dem Bundesstag in Barmen zum Ausdruck bringen werde. Nach Erledigung der übrigen Punkte wurde der Bundesstag mit einem drei-

fachen Hoch und unter Abzügen der Arbeitermarschkasse 8 Uhr abends geschlossen.

Die im Deutschen Transportarbeiterverband organisierten **Kollutscher, Mülfahrer, Bodenarbeiter und Stalleute** hielten am Sonntag unter Leitung ihres Verbandsvorsitzenden Schumann eine sehr gut besuchte Versammlung ab, um zu ihrer diesjährigen Lohnbewegung Stellung zu nehmen. Der Versammlung lag ein Tarifentwurf zur endgültigen Beschlußfassung vor. Ferner, als Bezirksleiter von Groß-Berlin, berichtete darüber und besprach dabei die gegenwärtige Situation in der Branche. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse wären derartige, daß sie einer zeitgemäßen Regelung dringend bedürften. Mit den Löhnen, wie sie heute den Kollutschern gezahlt werden, sei es schlechterdings nicht möglich, eine Familie halbwegs anständig zu ernähren. Die Kollutscher litten um so mehr unter den teuren Verhältnissen, als sie gezwungen seien, ihre Mahlzeiten in den Aneipen einzunehmen. Der neue Tarifentwurf sehe gegen den alten verschiedene Verbesserungen vor, so in bezug auf die Löhne; statt Staffellöhne sei ein einheitlicher Lohn vorgesehen. Dies sei zu begrüßen, weil dadurch Rührhände, u. a. auch die leidige Trinkgeldermisere (genannt Abtraggeld), beseitigt würden. In bezug auf die Arbeitszeit enthalte der neue Tarif ebenfalls wesentliche Verbesserungen sowie eine präzisere Fassung. Das sei notwendig, da die Unternehmer trotz tariflicher Abmachungen völlig willkürliche Arbeitszeiten zuließen. Arbeitszeiten von morgens 6 bis abends 11 Uhr seien üblich. Es ist festgestellt worden, daß die Unternehmer in bezug auf die Innehaltung des Tarifs oft gesündigt haben. Dies trifft bei Lohnzahlungen, Arbeitszeit, Sonntagsruhe, Ueberstundenzahlung usw. zu. Ferner sehe der neue Tarif Verbesserungen vor bei Regelung der Sonntagsarbeit, Ueberstunden, Erholungsurlaub sowie betreffend hygienischer Einrichtungen. Der 1. Mai soll als Feiertag freigegeben, ferner eine Beschwerdekommission in den Betrieben usw. eingerichtet werden. Nach kurzer Debatte wurde der Entwurf gegen drei Stimmen angenommen. Eine Kommission, bestehend aus neun Kollegen aus den Betrieben und vier Verbandsvertretern, haben die erforderlichen Schritte bei den Unternehmern usw. zu tun.

Kaufmännische Kranken- und Sterbefälle von 1885. (S. 6. 71.) Dienstag, den 2. August, abends 9 Uhr, im Restaurant A. Landro, Stralauer Str. 36/37: Sitzung.

Zentralverband der freien Händler, Gauherer und verwandten Berufsstände Deutschlands. Sitz Essen, Ruhr. Verwaltungsstelle Berlin. Bezirk VII Zentrum. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Götting, Frenzlauer Straße 29: Versammlung. Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „**Gleichheit**“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns (Jeden Nr. 22 des 23. Jahrganges) zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Aufsatz des Parteivorstandes zum Parteitag. — Eine Schilderung. — Fortschrittliches und Reaktionsäres vom bairischen Volksschulgesetz. — Wohnungsnot und Wohnungsreform in München. — Die Mutterkassensicherung. — Von Gertrud Hanna (Schluß). — Johann Gottfried Seume. II. Von Dr. B. Hausenstein. — Der Lohnkampf in der Rührberger Metallindustrie. — Von G. B. Dazu die Beilagen: „Für unsere Mütter und Hausfrauen“ und „Für unsere Kinder“.

Die „**Gleichheit**“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Vom „**Wahren Jacob**“ ist Jochen die 16. Nummer des 27. Jahrganges im Umfang von 16 Seiten erschienen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir u. a. die Bilder: Die reiche Ernte. Von Mich. Koll. — Plünder am Nordkap. Von G. B. Jensch. — Politischer Fortschritt. Von Mich. Koll. — Ein Rührer. Von G. B. — Durians Spiel als politischer Erzieher. Von Leo. — Ernte. Von G. B. Jensch. — Die National-Liberalen. Von G. B.

Terz: Goldenes ABC. — Schiefe Tärme. Von Michel. — Theologisches. Von Lohs. — Gedanken eines Kultusministers. Von T. — Schweimerel. Von Balduin. — Sängerkrieg. Zu einem Arbeiter-Kingerte. Von Robert Seidel. — Liberale Stimmwähler. Von P. E. — Lieber Jacob! Von Rothill Kante. — Ernte. Von E. — v. Below. — Pleitenburg an v. Armin-Schnodderberm. — Des Zeitungsschreibers Klage. Von Lehmann. — Wahltragödie. Von K. Z.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Vorabnummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

Reclams Universal-Bibliothek. Nr. 5205. Die Venus von Milo. Nr. 5210. Der Bildner. Preis jeder Nummer 20 Pf. — 0,24 M. B. Verlag, Philipp Reclam jun., Leipzig.

Simplicissimus-Kalender für 1911. Umschlagzeichnung von Th. Heine. Geb. 1 M. Simon und Tschika. Von Egon Lange. Der Ring der Wahrheit. Von Viktor Kuburtin. Spiel des Lebens. Von Anni Samson. Höhere Menschen. Von Otto Schae. Das Ende. Von Viktor Kuburtin. Preis pro Band gebunden 2 M., geb. 1,50 M. Verlag von Albert Langen, München.

Streifzüge eines Kreuzvergnügten. Von Karlhen. Mit 120 Karikaturen von Heinrich Kies. Preis geb. 3 M., geb. 4 M. Verlag Georg Müller, München, Josephplatz 7.

Wirtschaftsplan von Berlin. Der beste Verkehrsplan und das sicherste Stadtnutzbuch von Groß-Berlin. Preis 1 M., aufgezogen 1,50 M. Witzsch-Verlag, Berlin W. 30.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis.
Adenicker Viertel.
(Bezirk 206, Teil I.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Maschinen-
arbeiter
August Böttcher
(Cuvrystraße 16)
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 3. August, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle des
Zentral-Friedhofes in Friedrichs-
felde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 29. Juli verstarb unser
Mitglied, der Präger
Paul Bräutigam
Ortoplaststraße 2.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 2. August, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des städtischen Friedhofes
in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
228/16 **Der Vorstand.**

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Stell-
macher
August Böttcher
am 30. Juli gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mit-
woch, den 3. August, nachmittags
4 Uhr, von der Halle des Zentral-
friedhofes in Friedrichsfelde aus
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
57/7 **Die Verwaltung.**

**Männergesangverein
„Senefelder“.**
Am Freitag, den 29. Juli ver-
starb unser langjähriges Mitglied
Paul Bräutigam.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 2. August, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Recht rege Beteiligung der
Sangesbrüder erwartet
61/10 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 30. Juli verstarb unser Mit-
glied, der Arbeiter
Friedrich Schmidt
Biesenfelder Straße 16.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 2. August, nach-
mittags 5 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Pauls-Kirchhofs,
Blöcherstr., aus statt. 227/17
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Bernhard Behrend
verstorben ist.
Im Namen der Hinterbliebenen
Karl Pfuhl.
Die Beerdigung wird noch be-
kannt gegeben. 5322

Dauflagung.
Allen denen, welche bei der Be-
erdigung unseres lieben Bruders
Karl Schreiber
Anteil nahmen, hiermit herzlichsten Dank.
Erwin Schreiber, Martha Schubert,
Lily Schreiber. 3053

**Verband der hausgewerblichen
Hilfsarbeiter Deutschlands.**
Zweigverein Berlin u. Umgegend.
(Bezirke Wedding.)
Todes-Anzeige.
Am Sonnabend, den 30. Juli,
verstarb unser langjähriger, treuer
Kollege
Fritz Schmidt.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 2. August, nach-
mittags 5 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle der Pauls-Gemeinde, See-
straße, aus statt.
Um recht rege Beteiligung ersucht
39/8 **Der Zweigvereinsvorstand.**

Von der Reise zurück!
Freischmidt,
prakt. Arzt,
Wundarzt und Geburtshelfer.
Charlottenburg,
333L Berliner Straße 98.

**Blumen- und Kranzbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.**

**Leihhaus seit 27 Jahren
Gelegenheitskäufe
verfallener Brillanten,
Gold-, Silberwaren etc.
Moritzplatz, straße 61. I
im Hause der National-Bank.
(früher Priezenstr. 25)**

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruch-
bandagen, Leibbinden, Ge-
radhalter, Spritzen, Suspensorien
sowie sämtliche Artikel zur Kranken-
pflege. Eigene Werkstatt. Referenz
für Drift- und Hilfs-Krankentafeln.
Berlin N.,
Leit Lothringer Straße 60.
Alle Bruchbänder mit elastischen Be-
loten, angenehm u. weich am Körper.

Philipp Pape
sagen wir hiermit unseren aufrichtigen
Dank. 1945
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Leihhaus seit 27 Jahren
Gelegenheitskäufe
verfallener Brillanten,
Gold-, Silberwaren etc.
Moritzplatz, straße 61. I
im Hause der National-Bank.
(früher Priezenstr. 25)**

**JOSETTI
VERA**
Cigaretten
sind deshalb die populärsten
Cigaretten der Gegenwart,
weil sie stets die gleich-
mäßigen, unübertrefflich
guten Eigenschaften auf-
weisen, die ihre Raucher
als größten Vorzug schätzen.

Joseffi-Vera-Cigaretten
m. u. o. M.
10 St. 30 Pfg.



Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Bureau: Berlin N. 54, Brunnenstr. 188, Restaurant Wille. Amt III, 4835.

Achtung!
Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees
und Saalhabern unseren
kostenlosen Arbeitsnachweis, Brunnenstraße 188.
Geschäftszeit täglich von 10 1/2 — 1 Uhr mittags.
Rapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. **Der Vorstand.**
NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 3. Quartal braun u. muß
mit dem Verbandsstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist unzulässig und ist sofort anzuhalten.

Phänomenen
Cigaretten
Qualitätsmarke
mit und ohne, auch mit
**Goldmundstück, St.
2, 3, 4 und 5 Pf.**
Cigarettenfabrik
NAMKORI



Einmal und nie wieder
haben Sie in der Wohnung Wanzen, Schwaben, Motten, Flöhe usw.,
wenn Sie dagegen die berühmten Reichels Spezialmittel
richtig anwenden. Glänzende Resultate. Wirkung unschlagbar. Reichels
verstärkt. Wanzentödt „Radikal“, Fl. 50 Pf., 1.—, 2.—, 3.—, 4.—, 5.—,
Reichels Spezial-Schwabentödt „Poudre Martial“, Dose 50 Pf., 1.—, 2.—,
Bündel 4.—. Reichels Spezial-Mottentödt „Total“, 50 Pf., 1.—, 2.—,
Bündel 3.—. (Ersparungsapparat von 50 Pf. an.) Man nehme aber nichts
anderes als die echten Originalpackungen mit Marke „Tod und Teufel“,
die einzige Garantie für Erfolg. In den Drogerien und bei
Otto Reichel, Berlin, Glienbahnstr. 4, Fernspr. A. IV, 4751, 4752, 4753.

Vereine! Achtung! Gewerkschaften!
Sonnabende frei
im September
und Oktober.
Neue Armin-Hallen
Kommandanten-Straße 58/59. Fernspr.: IV, 10155.

Konzertpark
des
**Friedrich-Wilhelmstädtischen
Schauspielhauses.** N., Chaussee-
straße 30.
Carl Richter.
Täglich
Gr. Militär-Konzert.
Anfang: Sonntags 5 Uhr.
Montags 7 Uhr.

Hautjucken.
Es ist noch nicht d. Hälfte Ihrer
Jucker's Patent-Medizin-Seife
aufgebraucht, war d. Ausschlag
mit d. Jucker vollständig beseitigt.
J. C. Jucker, in D. u. A. 100
50 Pf. (15 Pf.) u. 1.50 M. (35 Pf.)
in Stärke Form. Dargestellt: Jucker's
Crema 75 Pf. u. 2 M., ferner Jucker's
Seife (mild) 50 Pf. u. 1.50 M. in
Berlin in Behrens Drog. (Apoth.
d. Straupe), Franz. Allee 120. C.
Schulz, Chaussee 87, Hugo
Schulz, Müllerstr. 106a, Otto
Wunder, Fingerringstr. 29, in
Rixdorf Drogenhaus Vincenz (so-
wie in sämtl. Apoth., Drog. u.
Parfums. Nichts and. aufged. lassen.
Es gibt dafür keinen Ersatz!

**Hygienische Bedarfs-
artikel**
Drogerie Zarembo,
Weinbergsweg 1. dir. a. Posthalter
Tor. — Billigste Bezugsquelle!
Verfuch f. zur dauernden Kundsch.!

Syphilis-Nachweis
in allen frisch u. veraltet, zuverlässig.
Fall. durch wissenschaftl. Untersuchung.
Sofort; bezgl. Darm (Spez. auf Go-
norrhoe-Räden) u. Sputum-Analysen.
Dr. Homoyor & Co., Spezial-Laborat.,
Friedrichstr. 189, zw. Kronen- und
Rohrenbrücke, I. 8724. Berl. Mühlstr.
diesr. u. kostenl. Besfnet von 8-3
Sonntags von 12-1.

Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten, 3312
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
Montags 10-2, 5-7.

**Pianos-Gelegenheits-
käufe** in gr. Auswahl v. 300 bis
400 M., dar. Schiedmayer, Basso etc.
Garant. **Pianohaus Krause,**
Berlin W., Ansbacherstr. 1.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
u. Empfehl. viel Aerzte u. Prof. grat. u. fr.
K. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstraße 91/9

Partei-Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Auf die in der heutigen Annonce angezeigten Generalversammlungen der Wahlvereine machen wir noch besonders aufmerksam und bitten um zahlreiches Erscheinen der Genossen und Genossinnen.

Schönberg. Die Fortsetzung der Generalversammlung des Wahlvereins findet heute Dienstag, den 2. August, abends 8 Uhr, in den Rathauskellern, Weiningerstraße 8, statt.

Wilmerdorf-Golensee. In der heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im Gesellschaftshaus, Wilhelmstraße 112, stattfindenden Versammlung des Wahlvereins wird die am 28. Juli abgegebene Debatte über die Budgetbewilligung in Vaden fortgesetzt.

Mariensfelde. Am Mittwoch, den 3. August, abends 8 1/2 Uhr, findet im Restaurant „Wilhelmsgarten“, Tempelhof, Berliner Str. 9, eine große Volksversammlung statt.

Grünau. Mittwoch, den 3. August, 8 1/2 Uhr, findet im Restaurant „Grüne Ede“, Köpenicker Str. 88, eine Mitgliederversammlung statt.

Berliner Nachrichten.

Aus der Vorgeschichte des Wedding. Der heute nicht unbedeutende Teil Berlins, der den Namen Wedding führt, ist im Jahre 1251, wo er zum ersten Male urkundlich erwähnt wird, eine wüste Dorfstelle gewesen.

Die Armenverwaltung als Rentenempfängerin.

Wenn die öffentliche Armenpflege einem Notleidenden geholfen hat, so sieht sie hinterher zu, daß sie womöglich das von ihr aufgewendete Geld zurückträgt.

Der neueste Verwaltungsbericht der bei dem Berliner Magistrat bestehenden Abteilung für Invalidenversicherung bringt wieder eine Zusammenstellung der Summen, die von der Landesversicherungsanstalt Berlin in den letzten zehn Jahren aus Renten an die Armenverwaltung gezahlt worden sind.

Alles das steht durchaus im Einklang mit den Vorschriften des Invalidenversicherungsgesetzes, die den Gemeinden und Armenverbänden ihren Anspruch auf die Renten gewähren.

porographen zu regeln, der wird das ganze Verfahren unverständlich finden. Es schlägt doch aller Vernunft und Gerechtigkeit ins Gesicht, daß in dem Bestreben, dem Säckel der unterliegenden Gemeinde einen für sie ganz geringfügigen Betrag wieder zuzuführen, einem bedürftigen Rentenempfänger ein erheblicher Teil seiner Rente einbehalten wird.

Ein erstes Wellen

geht bereits wieder durch die Kronen der Bäume in unseren Großstadtstraßenzügen und -plätzen. Stumpfbraun überlupft stehen hier und da die breitläufigen Kastanien, die stämmigen Kastanien.

Der Rektor einer Berliner Mädchenschule verhaftet.

Unter dem schweren Verdacht, sich an seinen Schülerinnen seit langen Jahren in unsittlicher Weise vergangen zu haben, ist jetzt auf Veranlassung der Berliner Staatsanwaltschaft der Rektor Robert Voß von der 40. Mädchenschule in der Oneisenaustraße 7 während seines Sommeraufenthalts in Glatz verhaftet worden.

Der im 50. Lebensjahr stehende, verheiratete Rektor Robert Voß, Vater von drei Kindern, der seit zwölf Jahren der Vorsteher der katholischen Mädchenschule in der Oneisenaustraße ist und über den in der Gemeinde eine Unmenge ungünstiger Gerüchte verbreitet sind, war vor sechs Monaten von der Berliner Kriminalpolizei schon einmal in Haft genommen worden, weil er ein Mädchen B. aus der Hagelberger Straße, eine seiner Schülerinnen, verführt haben sollte.

Wie weiter gemeldet wird, war der Rektor kurz vor Beginn der letzten Sommerferien bereits verhaftet, dann aber gegen Stellung einer Kaution von 10 000 M. aus der Haft entlassen und nach Glatz beurlaubt worden, während das Verfahren seinen Fortgang nahm.

Was man in Alt-Berlin alles glaubte. Eine Notiz, die sich in einer gefärbten Zeitung von 1714 findet, beweist, daß auch die Behörden jener Zeit nicht frei von Aberglauben gewesen sind.

die Miethlinge, so oben wohnen, müssen dergleichen auf den Boden legen.“ Wirklich kam nacheinander an zwei Stellen ein kleines Feuer aus, so daß der gemeine Mann „glaubete, der Prophet hätte die Wahrheit gesagt“.

Ein böses Abenteuer erlebte in der Nacht zum Sonntag der 54-jährige Händler Edwin Berg aus Rorderpfuhl in der Mark, der sich geschäftlich in Berlin aufhielt.

Todessturz auf dem Potsdamer Bahnhof. Ein schwerer Unfall hat sich auf dem Potsdamer Hauptbahnhof ereignet. Der Schlosser Heinrich Winkel, der Dachreparaturen vornahm, versuchte das Glasdach des Hauptbahnhofes an verbotener Stelle zu überschreiten.

Ein Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen fand am Sonntagmorgen in der Potsdamer Hauptstraße statt. Ein Straßenbahnwagen der Linie R fuhr an der Ecke der Linienstraße auf einen dort haltenden Straßenbahnwagen der Linie 88 auf.

Durch einen Aufschlag schwer verletzt wurde Sonntagmorgen der 42-jährige Kaufherr August Magdanz aus der Schindlerstraße in Panlow.

Zwei Heberlandflüge Wienciers. Der vorgestrige Sonntag brachte den zahlreichen Besuchern des Flugplatzes Johannisthal eine Heberlandflüge. Nachdem zuerst Thelen einen Höhenflug unternommen und in einer Höhe von 120 Metern mehrmals die Bahn umflogen und beim Abstieg wohlgeleitene Gleitflugversuche unternommen hatte, stieg um 6.35 Uhr Wienciers mit seinem eigenartigen Antoinette-Apparat auf.

Ein folgenschwerer Kesselexplosion, wobei vier Personen schwer zu Schaden kamen, hat sich gestern in der Mittagsstunde im Südosten der Stadt ereignet. In der Pufffedernfabrik von E. Edwinsohn, Köpenicker Str. 75, kam ein großer Farbessel zur Explosion.

Nahrungsvorgen und Krankheit haben den 60 Jahre alten Händler Hugo Klein aus der Georgenkirchstraße Nr. 45 in den Tod getrieben. Klein war früher Stallmann. Vor zwei Jahren wurde er von einem Fuß- und einem Brustleiden befallen.

Im Straßenhandel verboten worden ist vom Polizeipräsidenten die gestrige Ausgabe der „Welt am Montag“. Den Anlaß für das Verbot soll das in der Beilage enthaltene Gedicht „Apachen“ gegeben haben.

Die Generalversammlung des Berliner Arbeiter-Radsportvereins (Bund Solidarität) in den Andreas-Kellern nahm den Geschäftsbericht vom 2. Quartal entgegen. Unter anderem teilte der Vorsitzende mit, daß 14 Unfälle mit 300 Krankheitsstagen in der Berichtzeit zu verzeichnen sind, wodurch eine Ausgabe von 691 M. entstanden ist.

Radrennen in Treptow. Die Radrennen am Sonntag, den 31. Juli, hatten durch einen plötzlich einsetzenden, tollendruckartigen Regen zu leiden, doch konnte nach einstündiger Pause das Programm vollständig erledigt werden.

drüben Blöße, da sie abwechselnd unter Rad- und Motorschaden zu leiden hatten. Ergleichen leistete zeitweise guten Widerstand und war sein Abstand nur ein geringer, während Tybus nicht mitsprach. — Ein seit langer Zeit wieder einmal ausgefahrenes Motorrennen fand diesen Beifall. Die Siegerrennen wiesen wie immer starke Felder auf, so daß sich zahlreiche Vorläufe nötig machten. Das Kränzenfahren erlitt durch den Regen eine Unterbrechung. Der Besuch war gut. Ergebnis: Dauerrennen (3 Läufe) 1. Gammann 50 Kilometer; 2. Ergleichen 47.810 Kilometer; 3. Tybus 40.070 Kilometer. Erstfahren: 1. Pöyld, 2. Groß, 3. Kops, 4. Burko. Kränzenfahren: 1. Theiß, 2. Hoffmann, 3. Trinks, 4. Gehrke. Motorrennen: 1. Gedamke, 2. Saager, 3. Zimmermann, 4. Piefer.

Wegen eines Automobilsbrandes wurde gestern nacht die Feuerwehr nach der Nöthen Straße gerufen, wo vor dem Hause Nr. 35 eine Automobilrosche, Nr. 8558, Marke Adler, brannte. Das Auto wurde so beschädigt, daß es fortgeschleppt werden mußte. — In der Lückenstraße war eine Frau Helene Rauch so unglücklich mit ihrem Fahrrad gestürzt, daß sie von Samaritern der Wehr auf einer Tragbahre nach dem Paul Gerhardt-Stift gebracht werden mußte. Dort stellte man einen Beinbruch fest.

Beim Baden ertrunken ist gestern morgen um 7 Uhr der Grenadier Dank vom 2. Garde-Regiment zu Fuß in der Militärschwimmhalle zu Rödöfen. Vermutlich hat ihn der Schlag gerührt. Als er untergegangen war, holte ihn ein Kamerad heraus, aber nur noch als Leiche. Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg. Die Leiche wurde nach dem Garnisonlazarett I in der Scharnhorststraße gebracht.

Einen empfindlichen Verlust hat ein Arbeiter zu beklagen, dem am Sonnabend nachmittag um 5 Uhr an der Ecke der Reinholdstraße und Schererstraße ein braunes Lederportemonnaie mit dem ganzen Wochenlohn verloren gegangen ist. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe Badstraße 44 bei Lehlaff abzugeben.

Wegen fortgesetzter Kupperei ist die 29 Jahre alte Gastwirtin Minna R., die in der Kurfürstenstraße eine Wirtschaft mit weiblicher Bedienung betrieb, von der Kriminalpolizei verhaftet worden. Die R. wird beschuldigt, junge Mädchen von 16—18 Jahren durch falsche Vorspiegelungen an sich gelockt zu haben. Sie suchte „Anfängerinnen“, aber nicht als Rednerinnen, sondern als Stützen und Hülfedamen. Mitunter hatte sie vier bis fünf solcher Mädchen bei sich. Alle diese Mädchen spielte sie ihren Vätern in die Hände. Die Mädchen sollen betrunken und willenlos gemacht und zuweilen auch durch Prügel und Kniffe mißhandelt worden sein.

Das Herrnseld-Theater eröffnete am Sonnabend seine diesjährige Spielzeit mit seiner schon in der vorigen Saison bewährten Schöpfung „Wenn zwei das selbe tun“ und „Die Welt geht unter“. Das hochwürdige, zahlreich erschienene Publikum kam auf seine Kosten; es sorgte nicht mit dem Weisfall, der namentlich den beiden Direktoren, als Hauptdarstellern, galt; die Hervortrete kamen nicht nur an den Ausschüssen, sondern auch bei offener Szene. Da der erstgenannte Zweikakter das Jubiläum seiner 50. Aufführung erlebte, fehlte es auch nicht an den obligaten Kränzen und Blumensträußen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Das bisher in privaten Händen befindliche Elektrizitätswerk ist mit dem gestrigen Tage von der Stadt Charlottenburg in eigene Regie übernommen worden. Am 1. April d. J. standen von dem Elektrizitätswerk zu Buch die Maschinen und Transformatoren mit 4 140 200 M., die Gebäude mit 1 546 340 M., das Kabelnetz mit 3 577 000 M., so daß der Gesamtwert weit über 9 Millionen M. betrug. Im laufenden Verwaltungsjahre sind die außerordentlichen Kosten, die der Stadt Charlottenburg erwachsen, besonders hoch, denn die Stadt hat bei der erfolgten Uebergabe der Werke an die Gelen u. Guilleaume-Werke über eine Million Mark zu zahlen. Hierzu gehören 800 000 M. für die Elektrizitätszähler, 250 000 M. für die Stromzuführungsanlagen auf den Bahnhöfen Charlottenburg, Halensee, Grunewald und Moabit. Weitere Ausgaben entstehen der Stadt durch die dringend notwendige Erweiterung des Kabelnetzes und des Kraftwerkes. Die Sonderausgaben betragen gleichfalls rund eine Million Mark. Die Stadt Charlottenburg besitzt jetzt eine eigene städtische Gasanstalt, ein eigenes Wasserwerk und ein Elektrizitätswerk.

Ein Ehedrama ereignete sich gestern nachmittag gegen 5 Uhr in dem Seitenflügel des Hauses Anobelsdorffstr. 46. Der dort wohnhafte etwa 25 jährige Arbeiter Gast verletzte seine im gleichen Alter stehende Frau durch Schüsse in die Brust schwer, worauf er sich selbst tötete. Wie man uns mitteilt, ist L., der während des Streiks bei der Firma Altmann beschäftigt war, seit längerer Zeit arbeitslos gewesen. Es soll deshalb zwischen ihm und seiner Ehefrau wiederholt zu erregten Austritten gekommen.

Steglitz.

Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins nahm anfer dem Bericht über die letzte Verbandsgeneralversammlung den des Bildungsausschusses entgegen. In die Lokalkommission wurden die Genossen Arnold, Müller und Hamburg und als Delegierte für die Verbandsgeneralversammlung am 21. August die Genossen Hoppe, Flug und Mohr gewählt. Der Antrag betreffs Einführung eines 10 Pf.-Wochenbeitrages wurde, nachdem derselbe von Reimbach bekämpft worden war, abgelehnt. Auf Anregung soll in einer der nächsten Versammlungen einen Vortrag über: Konsum- und Produktionsgenossenschaften gehalten werden. Die angeregte badische Budgetbewilligung wurde der vorgerückten Zeit wegen nicht mehr zur Diskussion gestellt.

Rixdorf.

Ein Geldschrankbruch wurde auf dem Rixdorfer Güterbahnhof an der Ringbahnstraße verübt. Dort befindet sich ein Kontor-Schuppen der An- und Verkaufsgenossenschaft der Mollerei-Besitzer Berlins. In diesen drangen in der vergangenen Nacht Diebe ein, erbrachen den dort befindlichen Geldschrank mittels Anabbers und erbeuteten 300 M. in bar.

Lichtenberg.

Ein unfreiwilliges Bad wurde gestern, Montag, nachmittags gegen 5 Uhr, zwei hiesigen Stadtverordneten von unserer lieben Jugend bereitet. Infolge der starken Niederschläge war an den bekannten Ufern die Frankfurter Chaussee an verschiedenen Stellen wieder mal gründlich unter Wasser gesetzt worden. Am Bahnhof Frankfurter Allee strotzte sogar der Straßenbahnverkehr. Der Passagierverkehr wurde mittels Handkarren, Kinderwagen und sonstigen in der Eile herbeigeschafften Fahr- und Aufsitzgelegenheiten vermittelt. Die Jugend ersuchte sich der geschehenen Badegelegenheit. Aber noch ein größeres Pflaster bereiteten sie sich und anderen im Niveau der Parkstraße. Hier waren auch allerhand Gefährte als Ueberflüsse in Betrieb genommen worden. Einer dieser Apparate benutzten auch zwei Stadtverordnete, und zwar der Genosse Spielermann und der Stadtverordnete Franke. Als die jungen Bähleute mit ihnen mitten im „See“ waren, riefen Zuschauer den Anaben zu: Das sind ja zwei Stadtverordnete, die an der Geschichte schuld sind! — Wams, kypften die Kinder das Gefährte um und die Stadtverordneten zappelten im Wasser. Daß sie erbaud sind von der Geschichte, ist nicht anzunehmen. Wie verlautet, werden sie in der nächsten Stadtverordnetenversammlung den Antrag stellen, für die gefährdeten Stellen Ueberflüsse anzuschaffen.

Vorzügen-Rummelsburg.

Am nächsten Sonntag, den 7. August, veranstaltet der hiesige Bahnderein im Waldlokal von Klingmann, Köpenicker Chaussee, das bei jung und alt beliebte Kinderfest. Das Gartenfest beginnt um 4 Uhr, die Kinderspiele unter Leitung bewährter Kräfte um 5 Uhr. Jedes Kind erhält Mähe, Stocklaternen und ein Geschenk. Eintritt für Erwachsene 15 Pf., Kinder frei. Das Festkomitee.

Köpenick.

Zu dem Bericht über die Generalversammlung des Wahlvereins vom Sonntag erlucht und Genosse Scholz mitzuteilen, daß er nicht, wie es im Bericht heißt, die Meinung der Genossen Breitenborn und Ridel geteilt, sondern eine entgegengelegte Ansicht vertreten habe, indem er den Ausschluß der Budgetbewilligung in Baden wegen Disziplinbruchs aus der Partei verlangt habe.

Nieder-Schönhausen.

Der Bericht von der Generalversammlung des Kreises Nieder-Barnim mit seiner die Budgetbewilligung in Baden mißbilligenden Stellungnahme gab in der Monatsversammlung des Wahlvereins zu lebhafter Aussprache Veranlassung. Von verschiedenen Gesichtspunkten ausgehend, waren sich alle Redner in der Beurteilung dieses Nichtachtens der Parteitagbeschlüsse einig und stimmten der angenommenen Resolution zu.

Von seiner bisherigen Tätigkeit als Gemeindevertreter berichtete Genosse Breitenborn, indem er zugleich ein Stimmungsbild aus den Sitzungen entrollte. Bezeichnend für die bürgerliche Lokalpresse ist, daß alle Anträge, welche unsere Vertreter stellen und die angenommen werden, von diesem Blättchen einem bürgerlichen Vertreter, der sie unterschreibt, zugeschrieben werden. In der Diskussion erregte das Verhalten der Steuerbeamten lebhaften Unwillen, weil von denselben bei Reklamationen die überflüssige Frage aufgeworfen wird: „Warum ziehen Sie denn nach Nieder-Schönhausen?“ Vielleicht sollen dadurch die Arbeiter als unwillkommene Einwohner abgelehrt werden. Die Hausbesitzer sollten dann aber nicht mehr über leere Wohnungen klagen.

Zum Schluß wurde eine Besichtigung der „Vorwärts“-Druckerei angeregt und die Bezirksleitung beauftragt, dieselbe zu arrangieren.

Reinickendorf.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich vorgestern abend in der Seefraße, Ecke Markstraße. Dort versuchte abends gegen 9 Uhr die 55jährige Witwe Auguste Schulz den Fahrradweg zu überschreiten, als auf der Markstraße ein Privatautomobil in rasendem Tempo in die Seefraße einbog. Frau Sch. vermochte nicht mehr auszuweichen, wurde umgerissen und geriet unter den Kraftwagen, dessen Räder über sie hinweggingen. Die Verunglückte, die schwere äußere und innere Verletzungen erlitten hatte, wurde von Augenzeugen des Vorfalls nach dem Krankenhaus transportiert. Leider ist es dem Ueberheber des Unglücksfalls, dem Führer des Automobils, gelungen, sich durch die Flucht seiner Feststellung zu entziehen.

Vermischtes.

Die Jagd auf den Gattenmörder.

Vor einigen Wochen ermordete in London ein Dr. Crippen seine Gattin und flüchtete nach dem Morde mit seiner Geliebten Miß Le Róbe. Den englischen Detektivs gelang es nicht, den Aufenthaltsort des Mörders zu entdecken; wie bei allen sensationellen Mordtaten wollte man den Mörder an den verschiedensten Stellen gesehen haben. Jetzt kommt aus Amerika die Nachricht, daß Dr. Crippen und seine Geliebte an Bord des Dampfers „Montrose“ an der kanadischen Küste verhaftet wurden.

Das Verdict, den Mörder entdeckt zu haben, gebührt dem Kapitän Kendall. Dr. Crippen hatte sich in Antwerpen auf dem Dampfer „Montrose“, der nach Quebec bestimmt war, als Landpfarrrer Dr. Robinson eingeschiff, während seine Geliebte, die Knabenkleider trug, als sein Sohn in die Schiffsregister eingetragen wurde. Bald erwichte in dem Kapitän Kendall, der das Schiff führte, der Verdacht, daß der biedere Landpfarrrer mit dem gesuchten Gattenmörder identisch sei. Nachdem ihm sein Verdacht durch fortgesetzte Beobachtung zur Gewißheit wurde, setzte er sich durch drahtlose Telegraphie mit den englischen Behörden in Verbindung. Der englische Detektiv Dew, der Dr. Crippen von Angesicht kannte, wurde mit einem schnelleren Dampfer den Flüchtigen nach Kanada nachgeschickt. Es gelang ihm dadurch, den Gesuchten an seinem Reiseziele zu erwarten.

Am Sonnabendmorgen, als sich der Dampfer „Montrose“ dem kanadischen Hafen näherte, fuhr der Detektiv in Begleitung von drei kanadischen Polizisten auf einem Jolbooter dem Dampfer entgegen, mit dem er schon längere Zeit durch drahtlose Telegraphie in ständiger Verbindung gestanden hatte. Die vier Beamten gaben sich auf Grund einer funktentelegraphischen Vereinbarung mit dem Kapitän Kendall als Lotfen aus, die das Schiff in den sicheren Hafen lenken wollten. Der Mörder, der ahnungslos auf dem Deck promenierte, wurde durch die Beamten sofort verhaftet und gefesselt. Auch seine Geliebte, bei der man Mißschuld annimmt, wurde in Haft genommen.

Niemand außer dem Kapitän ahnte, daß der ehrwürdige Landpfarrrer der seit Wochen gesuchte Gattenmörder sei. Nach der Verhaftung, die auf dem Schiffe großes Aufsehen hervorrief, wurde eine Durchsuchung der Koffer des Dr. Crippen vorgenommen, wobei man eine größere Anzahl Schmutzstücke vorfand, die der Ermordeten gehörten. In der Nacht zum Montag traf der Dampfer in Quebec ein. Dr. Crippen und Miß Le Róbe wurden von Polizeibeamten an Land gebracht. Die Ueberführung nach England wird in den nächsten Tagen erfolgen.

Parzeval VI auf Reisen.

Der in Bitterfeld stationierte Lenkballon Parzeval VI stieg in der Nacht zum Sonntag um 12 Uhr zu einer Fernfahrt nach München auf. Die Fahrt des Luftschiffes, das dem Oberleutnant Steding geführt wurde, sollte über Leipzig, Altenburg, Gohreuth gehen. In Leipzig hatte sich gegen Mitternacht eine Anzahl Mitglieder des Magistrats, Vertreter der Presse u. a. auf dem Rathaus zum versammelt, welcher durch Lichter und Magnesiumfäden festlich erleuchtet war. Um 1 1/2 Uhr erschien der Parzeval VI von Norden her und passierte in schneller Fahrt das Zentrum der Stadt unter den Zurufen der Bewohner, welche durch das Summen der Propeller auf das Rollen des Luftschiffes aufmerksam gemacht worden waren. Um 2 Uhr entfernte sich das Luftschiff in südlicher Richtung. Wegen eines Propellerdefekts mußte das Lenkschiff später bei Böbstedt in Sachsen eine Zwischenlandung vornehmen. Nach einiger Zeit war die Reparatur beendet, der „Parzeval VI“ stieg um 7 Uhr 50 Min. zur Weiterfahrt nach München auf. Um 6 1/2 Uhr wurde Altenburg passiert, um 11 1/2 Uhr wurde das in ruhiger Fahrt dahinschwebende Luftschiff über Hof i. B. geschickt.

Schwere Gewitter zwangen den Führer des Lenkballons, gegen 2 Uhr eine zweite Landung vorzunehmen. Das Luftschiff ist bei Gold-Kronach, zwei Stunden von Wahren, glatt gelandet, nachdem es durch die herrschenden Gewitter von seinem ursprünglichen Kurs in der Richtung nach Kulmbach und von dort wieder ostwärts abgetrieben worden war. Nach 4 Uhr stieg es zur Weiterfahrt nach Wahren auf, wo es kurz vor 6 Uhr auf dem Truppenübungsplatz Galtlandets, hier wird

das Luftschiff mit Gas nachgefüllt. Bisher konnte es seine Reise nach München nicht fortsetzen, da die meteorologischen Stationen für gestern starke Gewitterneigung registrierten.

Vier Menschen verbrannt.

In dem Schlafrum des Mechanikers Georg Hann in der Dreischstraße in Colmar i. El., in dem der Vater mit drei Söhnen untergebracht war, brach in der Nacht zum Sonntag Feuer aus. Durch die starke Rauchentwicklung wurden die Schlafenden betäubt. Als später Hilfe kam, hatten die drei Söhne, die im Alter von 14, 17 und 19 Jahren stehen, bereits so schwere Brandwunden erlitten, daß sie im Laufe des gestrigen Nachmittags gestorben sind. Die Verletzungen des Vaters sind lebensgefährlich. Ueber die Ursache der Katastrophe weiß man nichts Genaues. Kurz vor dem Tode sagte der jüngste Sohn aus, er habe einen fremden Menschen im Zimmer gesehen. Der Mechaniker hatte im Bette eine große Geldsumme versteckt. Das Metallgeld wurde zu einem Klumpen zusammengeschmolzen aufgefunden, das Papiergeld war verbrannt.

Ueber eine andere Brandkatastrophe, bei der ebenfalls mehrere Menschen den Flammen zum Opfer gefallen sind, meldet ein Telegramm aus London. Am Sonntag gerieten in einem großen Warenhause in Acrrington infolge eines elektrischen Kurzschlusses einige Posten Waren in Brand. Das Publikum drängte nach den Ausgängen. Drei im Magazin angestellte Frauen und zwei aus dem Publikum wurden vermisst und man glaubt, daß sie in den Flammen umgekommen sind. Der Schaden wird auf 20 000 Pfund Sterling geschätzt.

Ein Pechvogel.

Eine ganz besondere Ähnlichkeit mit durchgebrannten Postbeamten scheint ein Geschäftreisender aus Erfurt zu haben, der seinem Vorgesetzten über dies Mißgeschick in einem Briefe an uns Ausdruck gibt.

Im vorigen Jahre wurde er auf einer Geschäftstour in Westfalen für den flüchtigen Postbeamten Kühnemund aus Hildesheim gehalten und verhaftet. Kühnemund hatte der Post 150 000 M. unterschlagen. In dem Verhafteten glaubte man den ungetreuen Beamten erwischt zu haben. Der Geschäftreisende wurde dreißig Stunden lang in Haft behalten, bis sich seine völlige Schuldlosigkeit herausstellte. Am letzten Freitag führten gefällige Angelegenheiten unseren Reisenden nach Straßburg. Dort erwartete er postlagernd Briefe und frug zweimal nach demselben am Schalter vor, wobei er sich jedesmal durch eine amtlich gestempelte Legitimationskarte auswies. Da die erwarteten Briefe bis zu der beabsichtigten Weiterreise noch nicht eingetroffen waren, gab er am Postschalter einen Nachsendungsantrag auf. Ein Beamter sah in dem Reisenden den flüchtig gewordenen Postbeamten Bergmann aus Berlin, der der Post mit 50 000 M. durchgegangen war. Er hatte nichts Eiligeres zu tun, als dem sich Entfernenden einen Depeschboten nachzusenden, der ihn am Neuen Markt in Straßburg durch einen Schutzmann sistieren ließ. . . . Aber auch in diesem Fall hatte man daneben gegriffen. Wie uns der Reisende in seinem Briefe versichert, hat er durchaus keine Ähnlichkeit mit Kühnemund und Bergmann.

Zu derselben Zeit, als man den unschuldigen Reisenden in Straßburg verhaftete, spazierte der wirkliche Defraudant in den Straßen Berlins umher, ohne daß man seiner trotz des genauen Signalements habhaft werden konnte.

Leichte Eisenbahnzüge.

Eine bemerkenswerte Neuerung hat die bayerische Eisenbahnverwaltung eingeführt, die sogenannten leichten Züge. Diese Züge sollen wegen ihres geringen Gewichtes eine wesentliche Ersparnis an Heizmaterial und Personal ermöglichen und es ist zu dem Zwecke ein eigener Typ von Wagen und Lokomotiven nach den Angaben des Verkehrsministeriums im Münchener Werk der Maschinenfabrik Kraus u. Co. in München bestellt worden. Am Sonnabendnachmittag wurde probeweise der erste „leichte Zug“ auf der Strecke München-Herrsching gefahren. Die Lokomotive für den leichten Zug wiegt mit der Ausrüstung für die Fahrt nur 28,7 Tonnen, während eine Schnellzuglokomotive neuerer Bauart 130 Tonnen wiegt, der Kohlenverbrauch ist für den Kilometer 5,5 bis 7,8 Kilogramm. Die Lokomotive vermag einen Zug von 170 Tonnen auf waagrechtter Bahn mit 65 Kilometer Geschwindigkeit in der Stunde zu befördern, auf einer Steigung von 10 Proz. mit 35 Kilometer. Die Wagen haben ein Gewicht von 1 1/2 Tonnen gegen ein solches von 32 Tonnen der Schnellzugswagen; sie haben nur 2 Räder. Wegen der großen Leichtigkeit der Züge ist auch die Abnutzung des Oberbaues und der Schienen eine viel geringere, außerdem kann in den nicht allzu großen Zügen der Dienst von Lokomotivführer und Heizer allein besorgt werden, da auch eine automatische Steuerung der Lokomotiven eingerichtet ist. So ist es möglich, mit viel geringeren Kosten als bisher eine größere Anzahl von Zügen zu fahren. Die leichten Züge sollen auch auf einer Anzahl von Hauptlinien gefahren werden.

Kleine Notizen.

Eine Typhusepidemie ist in dem Orte Birsch in der Provinz Posen ausgebrochen. Bisher sind 20 Erkrankungen festgestellt worden.

Durch ein Automobil überfahren und getötet wurde am Sonntag in München ein 30jähriger Maurer, der mit seinem Rade in das Automobil hineingefahren war. Das Automobil gehörte der Rettungsgesellschaft und war auf der Fahrt, um einen auf der Tegernseer Landstraße Ertrunkenen in ein Krankenhaus zu überführen. — Ein zweiter schwerer Automobilunfall passierte in Dortmund. Dort geriet auf der Münster Straße ein Arbeiter mit seinem Fahrrad in ein ihm entgegenkommendes Automobil. Bei dem Zusammenstoß erlitt der Unglückliche so schwere Verletzungen, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Schiffszusammenstoß. Der von Hamburg nach England ausgehende Dampfer „Johanna Lehmann“ überrannte bei Violenberg den Ewer „Hoffnung“. Der Schiffer Horn-St. Margarethen und dessen Frau ertranken.

Ein seltsamer Nachakt. Der „New York Herald“ berichtet über eine kuriose Art und Weise, wie die Bevölkerung von Vandersgrift (Pennsylvanien) sich an zwei Frauen rächte, wegen deren schon mehrere junge Männer Selbstmord verübt hatten. Sie wurden bei einem Spaziergang von einer Kolonne eingekesselt, vollständig entkleidet, mit Federn bedeckt und mehrere Stunden lang durch die Straßen der Stadt geführt. Danach erfolgte ihre Ausweisung aus dem Stadtgebiet.

Bei seiner Verhaftung erschloß sich in Paris ein Angestellter einer Kolonialwarenhandlung, der beschuldigt wurde, eine Halbweibliche in Vingenues ermordet zu haben.

Durch den Zusammenstoß des Passagierdampfers „Dmitri“ mit einer Koggermaschine auf der Wolga in der Nähe des Dorfes Tsad im Bezirk Kalarjak (Rußland) wurden zwei Passagiere getötet und vier verletzt. Eine Anzahl Passagiere werden vermisst, wahrscheinlich sind sie ertrunken.

In einem Gewittersturm sind am Sonntag vierzehn Personen, Holzarbeiter und Mädchen, welche auf einem Floß von Gmunden nach Traunkirchen (Ober-Oesterreich) überfahren wollten, verunglückt. Sämtliche Personen fielen ins Wasser, nur vier konnten gerettet werden.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine

Berlins und Umgegend.

Heute, Dienstag, den 2. August, 8 Uhr abends:

Ordentliche Generalversammlungen der Wahlvereine.

1. Kreis.

Dräfels Festsäle, Neue Friedrichstr. 35.

Tagesordnung:

1. Vorstands- und Kommissionsberichte. 2. Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre. 3. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung. 4. Eventuelle Anträge zu dieser. 5. Provinzialkonferenz und Delegiertenwahl.

2. Kreis.

Bockbrauerei, Tempelhofer Berg.

Tagesordnung:

1. Vorstands- und Kommissionsberichte. 2. Neuwahlen. 3. Die Verbands-Generalversammlung, Delegiertenwahl und Anträge zu derselben. 4. Vereinsangelegenheiten.

3. Kreis.

Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.

Tagesordnung:

1. Vorstandsbericht und Neuwahl. 2. Bericht der Presb., Agitations- und Lokalkommission. 3. Die Provinzialkonferenz und Wahl der Delegierten. 4. Die Verbands-Generalversammlung und Bestätigung der Delegierten. 5. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

4. Kreis.

Kellers Festsäle, Koppenstraße 29.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes und Neuwahlen. 2. Provinzialkonferenz und Aufstellung der Kandidaten. 3. Verbands-Generalversammlung, Anträge und Delegiertenwahl. 4. Diverse Anträge.

5. Kreis.

Altes Schützenhaus, Linienstr. 5.

Tagesordnung:

1. Vorstands- und Kommissionsberichte. 2. Wahl aller Funktionäre. 3. Die Verbands-Generalversammlung und Anträge zu derselben. 4. Delegiertenwahl resp. Bestätigung. 5. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

6. Kreis.

Germania-Prachtsäle, Chausseest. 110.

Tagesordnung:

1. Bestätigung der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung. 2. Geschäfts- und Kassenbericht. Bericht der Revisoren. 3. Neuwahl des Vorstandes und der Kommissionen. 4. Erledigung sonstiger Anträge.

Rixdorf.

Hoppes Festsäle, Hermannstr. 49. (Fortsetzung der Generalversammlung.)

Tagesordnung:

1. Jahresbericht. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes.

Dieserjenigen Mitglieder, welche noch keinen Jahresbericht erhalten haben, können denselben am Eingang zum Saale in Empfang nehmen.

Zu allen Versammlungen legitimiert das Mitgliedsbuch des betreffenden Wahlvereins.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten zahlreichen und pünktlichen Besuch

Die Vorstände.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mitglieder-Versammlungen.

Tages-Ordnung:

- Bericht vom Verbandstage.
- Anträge zur Generalversammlung.
- Verbandsangelegenheiten.
- Ausgabe der Delegiertenkarten zur Generalversammlung.

Mittwoch, den 3. August:

Tischler.

Südwesten: 5 Uhr (gleich nach Feierabend) in Gabels Brauerei, Bergmannstr. 57. (1. Punkt der Tagesordnung: Arbeitsnachweis und Arbeitsvermittlung.)

Osten I: 6 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend) in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21.

Nordosten: 6 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend) bei Becker, Weberstr. 17.

Norden: 6 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend) bei Obitz, Schwedter Str. 23.

Nordwesten (Wedding-Modabit): 8 Uhr abends bei Kaczarowski, Ravenstr. 6.

Bautischler.

Gesirk I: 6 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend) bei Raabe, Nichtestr. 29.

II (Chien): 6 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend) bei Blich, Barshauer Str. 41.

III (Norden): 8 Uhr bei Glesche, Koppenhager Str. 74.

IV (Wedding-Modabit): 6 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend) bei Raabe, Kolberger Str. 23.

Polierer, Beizer und Magazinarbeiter.

Süden, Südosten, Südwesten: 6 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend) im Märkischen Hof, Admiralsstr. 18a.

Osten: 6 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend) im Ost-Kasino, Frankfurter Allee 106.

Norden: 8 Uhr abends im Weinmünder Gesellschaftshaus, Weinmünder Str. 42.

Klavierarbeiter: 6 Uhr (gleich nach Feierabend) im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 8.

Drechsler, Treppengeländer- und Luxusmöbelbranche: 8 1/2 Uhr abends im Königsstadt-Kasino, Potsdamerstr. 72.

Bürstenmacher: 6 1/2 Uhr abends bei Preuss, Holzmarktstr. 65.

Bilderrahmenmacher: 6 Uhr (gleich nach Feierabend) im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 1.

Kammacher: 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15, Eingang B, parterre, Arbeitsloftsaal.

Einsetzer: 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 11. (Vertrauensmännerversammlung.) Die Kollegen der Firma Wendig sind hierzu besonders eingeladen.

Vergolder: 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 5. (Vertrauensmännerversammlung.)

Stockerarbeiter: 6 Uhr (gleich nach Feierabend) bei Lehmann, Neue Friedrichstr. 1. (Versammlung der Vertrauensmänner und Delegierten.)

Perlmutter-, Horn- und Steinnußarbeiter: 6 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend) bei Thomas, Reichlovstr. 5. (Vertrauensmännerversammlung.)

Bodenleger: 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 2. (Vertrauensmännerversammlung.)

Donnerstag, den 4. August:

Tischler.

Osten II: 6 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend) bei Dittin, Remeler Str. 67.

Osten III: 8 Uhr abends in den Prachtsälen des Ostend, Frankfurter Allee 153.

Modell- und Fabriktschler, Modelldrechsler: 8 Uhr bei Wille, Brunnenstr. 188.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1907.

Achtung! Bauauschläger! Achtung!

Donnerstag, den 4. August, abends 8 Uhr:

Monats-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 1.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Kollegen, erscheint vollzählig in dieser Versammlung!

Die Ortsverwaltung.

MANOLI
CIGARETTES
ÜBERALL

Im Sturm erobert

hat Gentner's Vellohenselkapselver "Goldperle" die Herzen aller Hausfrauen wegen seinen hübschen u. praktischen Geschenkbelegungen. Man achte beim Einkauf genau auf den Namen "Goldperle" u. Schutzm. Kaminsger. Allein. Fabrikant: Carl Gentner, Göppingen.

Beste **BETTENFÜLLUNG** sind **GUSTAV LUSTIG'S MONOPOLDAUNEN** (gesetzlich geschützt)

Pfund 2.85 Mark.

2846 Ztr.

Bettfedern und Daunen im Jahre 1909 also 400 Zentner mehr als im Jahre 1908 hat umgesetzt die **Erste Bettfedern-Fabrik** mit elektrischem Betriebe

Gustav Lustig

Berlin S., Prinzen-Strasse 46 und 47.

Bettfedern
zu Mark 0.55, 1.-, 1.25, 1.50, 1.75, 2.-, 2.25, 2.50, 3.-, 3.50 bis 6 Mark per Pfund.

Daunen
zu Mark 2.85, 3.50, 4.50, 5.-, 6.50, 9.-

Fertige Betten
bestehend aus Oberbett, Unterbett, 2 Kissen
in Mark 12.-, 15.-, 19.-, 24.-, 28.-, 31.50, 38.-, 45.-, 54.-, 61.-, 75.-, 90.- bis 120.-

Monopoldaunen

beste Bettenfüllung
Pfund Mark **2.85**

Bettinlette
das Mtr. M. 0.50, 0.75, 0.90, 1.-, 1.20, 1.50, 1.70, 2.10, 2.40, 2.85, 3.60-4.50
fertig genäht in all. Färg. u. Breit. a Lager.

Bettbezüge
zu R. 3.50, 4.50, 5.-, 6.-, 7.50, 9.-, 11.-, 18.-

Bettlaken
zu R. 1.-, 1.25, 1.75, 2.-, 2.25, 3.-, 3.50, 6.-

EISEN- UND MESSING-BETTSTELLEN

190x90 cm, schwarz oder weiss lackiert.

Mit Zugfeder-Matratze, 33 mm-Plösten, reich mit Messing verzert.

Mark **25**

Sozialistische Presse Deutschlands.

III. Quartal 1910.

Zentral-Organ.

„Vorwärts“ Berliner Volksblatt, SW. 68, Lindenstraße 69. Täglich erscheinend.

Wissenschaftliche Zeitschrift.

„Die Neue Zeit“, Zeitschrift der deutschen Sozialdemokratie. Stuttgart, Kirchbachstr. 12. Redaktion: Berlin-Friedenau, Niedstr. 14.

Kommunalpolitische Zeitschrift.

„Kommunale Praxis“, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Berlin SW. 68, Lindenstraße 69. Redaktion: Berlin W. 10, Kaiserin-Augustastr. 58.

Täglich erscheinende Zeitungen.

- Altenburg „Altenburger Volkszeitung“ Frauenfeldstr. 4.
Augsburg „Schwäbische Volkszeitung“ Maximilianstraße 31.
Bautz „Norddeutsches Volksblatt“ Peterstraße 20/22.
Bayreuth „Frankische Volkszeitung“ Richard-Wagner-Straße 23.
Bielefeld „Volksmacht“ Schulstr. 20.
Bochum „Volksblatt“ Hermannstraße 7.
Brandenburg „Brandenburger Zeitung, Märkisches Volksblatt“ Kurtr. 73.
Braunschweig „Braunschweiger Volksfreund“ Schloßstraße 2, Ede Dehlshagen.
Bremen „Bremer Bürger-Zeitung“ Hansestr. 21-22.
Bremerhaven „Norddeutsche Volksstimme“ Am Hafen 49.
Breslau „Volksmacht“ Neue Graupenstr. 6.
Cassel „Volksblatt für Hessen und Waldeck“ Volkshagenstr. 7.
Chemnitz „Volksstimme“ Wierstr. 14.
Cottbus „Märkische Volksstimme“ Am Markt 18.
Crefeld „Niederheinische Volkszeitung“ Breitestr. 62.
Darmstadt „Hessischer Volksfreund“ Bismarckstr. 10.
Dessau „Volksblatt für Anhalt“ Bismarckstr. 107.
Dortmund „Arbeiter-Zeitung“ Meierstr. 5.
Dresden „Dresdener Volks-Zeitung“ Zwingenstr. 21.
„Volkszeitung“ für Freiberg, Garmisch und Deberan, Zwingenstr. 22.
Düsseldorf „Volks-Zeitung“ Wallstr. 10.
Duisburg „Niederheinische Arbeiter-Zeitung“ Friedrich-Bildringstr. 76.
Eberfeld-Barmen „Freie Presse“ Robertstr. 8a.
Erfurt „Tribüne“ Kleine Straße 1.
„Thüringen“ Kleine Straße 1.
Essen (Ruhr) „Arbeiter-Zeitung“ Graebenstr. 67.
Frankfurt a. M. „Volksstimme“ Großer Hirschgraben 17.
Gera (Sachsen) „Märkische Tribüne“ Alte Schloßgasse 11.
Gießen „Oberhessische Volkszeitung“ Schanzenstr. 18.
Görlitz „Görlitzer Volkszeitung“ Luisenstr. 6.
Greiz „Märkische Volkszeitung“ Untere Silberstr. 2.
Gotha „Gothaisches Volksblatt“ Rosenbergr. 7.
Halle a. S. „Volksblatt für Halle“ Darg. 42/43.
Hamburg „Hamburger Echo“, Hamburg I, Feldstr. 11.
„Hamburger Volksblatt“ Großer Schippsee 4, part.
Hannover „Volksstimme“ Wülfstr. 6.
Heilbronn „Redar-Echo“ Kurtr. 33 A.
Hof „Oberfränkische Volkszeitung“ Bismarckstraße 13.
Redaktion: Vachtr. 4.
Jena „Weimarsche Volkszeitung“ Schloßgasse 19.
Jericho „Volkszeitung“ Wühlengang 16.
Karlsruhe „Volksfreund“ Wülfenstr. 24.
Kiel „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“ Bergstr. 11.
Köln „Rheinische Zeitung“ Ursulaplatz 6.
Königsberg i. Pr. „Königsberger Volks-Zeitung“ Münzstraße 24b. Redaktion: Kattelerstr. 19, II.
Landberg a. W. „Neumärkisches Volksblatt“, Rätstrimer Straße.
Leipzig „Leipziger Volkszeitung“ Tauscherstr. 19-21.
„Volkszeitung für das Rudolstadt“ Tauscherstraße 19-21.
Lüdenscheid „Volksstimme“ Luisenstr. 19.
Ludwigshafen a. Rh. „Pfälzische Post“ Magstr. 65.

- Lübeck „Lübecker Volksbote“ Johannisstr. 46.
Lüneburg „Lüneburger Volksblatt“ Ritterstr. 46.
Magdeburg „Volksstimme“ Große Münzstr. 3.
Mainz „Volkszeitung“ Jangasse 13.
Mannheim „Volksstimme“ K. 3, 14.
München „Volkszeitung“ Volkstraße.
Mühlhausen i. Th. „Volks-Blatt“ Fiegelestr. 49/50.
Mühlhausen i. G. „Mühlhäuser Volkszeitung“ Dreilöwenstr. 37.
München „Münchener Post“ Altheimered 19.
Nordhausen „Nordhäuser Volkszeitung“ Poststr. 14.
Nürnberg „Frankische Tagespost“ Breitegasse 25-27.
Offenbach a. M. „Offenbacher Abendblatt“ Große Marktstr. 25.
Pforzheim „Pforzheimer Freie Presse“ Deutsche Reichs-Friedrichstr. 37 I.
Pirna „Volkszeitung“, Schöfergasse 10b.
Regensburg „Neue Donau-Post“ Dreimöhrenstr. B. 5.
Remscheid „Remscheider Arbeiterzeitung“ Kurtr. 2.
Rohrdorf „Rohrdorfer Volkszeitung“ Doberanerstr. 6.
Saalfeld a. d. Saale „Volksblatt“ Rodmaringasse 15.
Solingen „Bergische Arbeiterstimme“ Hobergasse 7.
Sonnenberg (S.-M.) „Thüringer Volksfreund“ Coburger Allee 76.
Stettin „Volks-Bote“ Schillerstr. 10.
Strahburg i. G. „Freie Presse für Elb-Lothringen“ Hindemattstr. 2.
Stuttgart „Schwäbische Tagewacht“ Hauptstätterstr. 66.
Würzburg „Frankischer Volksfreund“ Semmelstr. 41.
Zittau „Volks-Zeitung“ Lödigerberg 8.
Zwickau i. S. „Sächsisches Volksblatt“ Bosenstr. 16.

Wöchentlich dreimal erscheinend.

Kattowitz „Gazeta Robotnicza“ (Polnisch) Rathhausstr. 12.

Wöchentlich zweimal erscheinende Blätter.

Langenbielau „Der Proletarier aus dem Culengebirge“ und „Grünberger Volksstimme“, Ober-Langenbielau, 2. Poststr.
Lörrach (Baden) „Volkszeitung“ Mainstraße.

Wöchentlich einmal erscheinende Blätter.

München „Bayerisches Wochenblatt“ Kaufinger Str. 15 I.
Redaktion: Altheimered 19 II.
Cassel „Der Begruener“ Volkshagenstr. 7.
Köln „Rheinische Zeitung“ (Wochenausgabe) Ursulaplatz 6.

Alle 14 Tage erscheinend.

Berlin „Arbeiter-Jugend“ SW. 68, Lindenstr. 69.
Stuttgart „Die Gleichheit“ Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, Kirchbachstr. 12.

Monatlich einmal erscheinend.

- Altona „Schleswig-Holsteinische Landpost“ Wollstraße 29.
Berlin „Die Fackel“, SW. 68, Lindenstr. 69.
Braunschweig „Empor“ Schloßstr. 2.
Bremen „Der Sozialdemokrat“ Faulenstr. 58/60.
Breslau „Landbote für Schlesien“ Neue Graupenstr. 6.
Dessau „Volksparole für Anhalt“ Krammstr. 107.
Dortmund „Die Wahrheit“ Krichstr. 95.
Eberfeld „Das Rongemmel“ Robertstr. 8a.
Hamburg „Hamburger Landbote“ Gr. Theaterstr. 44.
Königsberg „Der Landbote“ Wülfstr. 24, Hof II.
Magdeburg „Landpost“ Große Münzstr. 3.
Stettin „Der Pommer“ Outenbergr. 11.

Wochblätter (Erscheinen alle 14 Tage).

Stuttgart „Der wahre Jacob“ Kirchbachstr. 12.
„Der Postillon“ Kirchbachstr. 12.

Illustrierte Unterhaltungsblätter.

Berlin „In freien Stunden“ SW. 68, Lindenstr. 69. Erscheint in Wochenheften.
Hamburg „Die Neue Welt“ Hamburg I, Feldstr. 11. Erscheint wöchentlich einmal. Redaktion: Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Gewerkschaftspresse Deutschlands.

III. Quartal 1910.

Zentral-Organ:

„Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15.

A. Presse der Zentralorganisationen:

- Abhaltene „Der Abhaltarbeiter“, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15 I.
Bäder und Konditoren „Deutsche Bäder- und Konditoren-Zeitung“, Hamburg I, Besenbinderhof 57/66.
Für Bäderarbeiter Berlins „Der Bedarf“, Berlin O. 54, Auguststr. 36.
Barbiere und Friseur „Friseur-Geheilen-Zeitung“, Berlin N. 58, Etzschkestraße 56, II. r.
Bauführer „Der Bauführer“, Hamburg I, Klosterstr. 8 I.
Bergarbeiter „Bergarbeiter-Zeitung“, Bochum, Wiemelshausstr. 38/40.
Bildhauer „Bildhauer-Zeitung“, Berlin S. 53, Bergmannstr. 68.
Blumenarbeiter „Der Blumenarbeiter“, Nieder-Schönhausen-Berlin, Marktstr. 10.
Böttcher „Deutsche Böttcher-Zeitung“, Bremen, Faulenstr. 58/60.
Brauereiarbeiter „Brauereiarbeiter-Zig“, Berlin O. 27, Schillerstr. 6.
Buchbinder „Buchbinder-Zeitung“, Berlin S. 59, Kottbuserdamm 23 I.
Buchdrucker „Korrespondent“, Leipzig, Salomonstr. 8.
Buchdruckerei-Gilddarbeiter „Solidarität“, Berlin S. 59, Wilmannsstr. 20.
Bureauangestellte „Der Bureau-Angestellte“, Berlin NO. 43, Linienstr. 8, II.
Dachdecker „Dachdecker-Zeitung“, Redaktion Hanau, Schönstr. 6. Expedition Frankfurt a. M., Alleeheilgenstraße 51.
Eisenbahner „Bedarf“, und „Die Eisenbahn“, Berlin SO. 16, Engländerstr. 21.
Fabrikarbeiter „Der Proletarier“, Hannover, Mühlstraße 5 III.
Fleischer „Der Fleischer“, Berlin SO. 16, Wustenhäuserstr. 18/19, part.
Gärtner „Allgemeine deutsche Gärtner-Zeitung“, Berlin N. 37, Reppstr. 3.
Gastwirtsgehilfen „Der Gastwirtsgehilfe“, Berlin NO. 18, Göttingerstr. 21.
Gemeindearbeiter „Die Gewerkschaft“ und „Die Genossenschaft“, Berlin W. 30, Winterfeldstr. 24.
Glaserarbeiter „Der Jaggenosse“, Berlin O. 17, Gopferstraße 29.
Glaser „Glaser-Zeitung“, Karlsruherstr. i. B., Wilhelmstraße 47.
Hafenarbeiter „Der Hafenarbeiter“, Hamburg I, Besenbinderhof 57-66.
Handlungsgehilfen „Handlungsgehilfen-Zeitung“, Hamburg I, Besenbinderhof 57-66.
Hausangestellte „Zentralorgan des Verbandes der Hausangestellten“, Berlin SO. 16, Michael-Straßplatz 1 II.
Holzarbeiter „Holzarbeiter-Zeitung“, Berlin O. 2, Neue Friedenstr. 2 IV.
Hotelbedienter „Der Hotelbedienter“, Berlin NW. 7, Am Weidendamm 1a.
Gutmacher „Korrespondent“, Altenburg, S.-M., Nordstraße 57.
Kürschner „Der Kürschner“, Berlin NO. 18, Büchlingstraße 23, II.
Kupferschmiede „Der Kupferschmied“, Berlin N. 4, Wartenstr. 101, Seitenstr. I.
Lagerhalter „Lagerhalter-Zeitung“, Leipzig, Zeilstraße 32 II.
Landarbeiter „Der Landarbeiter“, Berlin SO. 16, Michael-Straßplatz 1 II.
Ledearbeiter „Ledearbeiter-Zeitung“, Berlin SO. 33, Wustenhäuserstr. 30 II.
Lithographen und Stein drucker „Graphische Presse“, Redaktion: Friedrichshagen, Bismarckstr. 8.
Maler „Verein-Litzeiger“, Hamburg 22, Schmalenbenderstr. 17 I.
Maschinen und Geizer „Deutscher Maschinen und Geizer“, Berlin SO. 33, Bismarckstr. 45.
Maurer „Der Grundstein“, Hamburg I, Besenbinderhof 58.
Metallarbeiter „Metallarbeiter-Zeitung“, Stuttgart, Klotzstr. 18a.

- Mühlenerbeiter „Mühlenerbeiter-Zeitung“, Altenburg S.-M., Wustenhäuserstr. 12.
Notenstecher „Der Notenstecher“, Leipzig, Talstr. 27 I.
Porzellanarbeiter „Die Amsel“, Charlottenburg, Köntgenstr. 14.
Sattler und Portefeuliker „Sattler- und Portefeuliker“, Berlin SO. 16, Bräudenstraße 10 b.
Schiffzimmerer „Der Schiffzimmerer“, Hamburg 7, Bankstr. 144.
Schirmmacher „Correspondenzblatt“, Hamburg 6, Sandstraße 6.
Schmiede „Schmiede-Zeitung“, Hamburg I, Besenbinderhof 57-66.
Schneider u. Wäschearbeiter „Nachzeitung für Schneider und Wäschearbeiter“, Berlin SO. 16, Michaelstr. 42.
Schuhmacher „Schuhmacher-Nachblatt“, Gotha, B. Hof.
Seelente „Der Seemann“, Hamburg I, Besenbinderhof 57-66.
Steinarbeiter „Der Steinarbeiter“, Leipzig, Zeilstraße 32.
Steinischer „Allgemeine Steinischer-Zeitung“, Berlin NW. 21, Bielestr. 17 II.
Stoffarbeiter „Der Stoffarbeiter“, Hamburg 22, Zeilstraße 9 II.
Tabakarbeiter „Der Tabakarbeiter“, Leipzig, Tauscherstraße 19/21.
Tapezierer „Correspondenzblatt für Tapezierer“, Berlin SO. 16, Köpenickerstr. 49, Hof I.
Textilarbeiter „Der Textilarbeiter“, Berlin O. 27, Andreaskstr. 61.
Töpfer „Der Töpfer“, Berlin SO. 36, Wienerstr. 7 III.
Traubensportarbeiter „Der Courier“, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21. „Der Straßenbahner“, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Xylographen „Zeitschrift für Xylographen“, Schönberg bei Berlin, Übersstr. 68.
Zigarrensortierer „Der Organist“, Hamburg I, Besenbinderhof 57-66.
Zimmerer „Der Zimmerer“, Hamburg I, Besenbinderhof 57-66.
Zivilmusiker „Nachzeitung für Zivilmusiker“, Berlin N. 31, Stralanderstr. 36, Hof part.

Für die in Zentralverbänden organisierten erscheinen ferner in italienischer Sprache „L'Operaio Italiano“, Hamburg I, Besenbinderhof 58, und in polnischer Sprache „Oswiata“, Posen, Fischerstr. 20.

B. Blätter anderer Gewerkschaften und sonstiger Organisationen.

- Berlin „Der abstinent Arbeiter“, Organ des deutschen Arbeiter-Abstinentenbundes, SO. 16, Engländerstr. 19.
„Arbeiter-Schwimmer-Zeitung“, Altdorf, Hermannstraße 178.
„Der Bühnenarbeiter“, Organ des Verbandes des technischen Bühnenpersonals, O. 34, Barchausstr. 68.
„Der freie Gastwirt“, O. 17, Markgrafendamm 30.
„Nachblatt für Holzarbeiter“, O. 2, Neue Friedenstr. 2.
„Deutscher Zeichner“, NO. 55, Braunsbergerstr. 12 III.
„Vollständige Zeitschrift für praktische Arbeiterversicherung“, Organ des Verbandes der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen, Berufsvereinigungen usw., N. 58, Schönhauser Allee 27. Redaktion: Magdeburg, Wittenbergerstr. 30.
Dresden „Der Arbeiter-Ladegraph“, Deubenerstr. 6.
Leipzig „Der Bildhauer“, Monatschrift für Arbeiter-Bildhauer, Leutzschstr. 60 III.
„Arbeiter-Turner-Zeitung“, Langestr. 34.
„Die freie Turnerei“, Langestr. 34.
Eberfeld „Zeitschrift für Graveure der Stoffdruck-Industrie“, Neue Gertrudenstr. 20.
Frankfurt a. M. „Arbeiter-Stenograph“, System Krensch, Graubengasse 35.
Magdeburg „Die Arbeit“, Organ des Arbeiter-Arbeiterbundes, Grob-Dittrichstr., Magdeburgerstr. 5.
Nürnberg „Süddeutsche Eisenbahner-Zeitung“, Kuttstraße 3 II.
Offenbach a. M. „Der Arbeiter-Nachhörer“, Organ des Arbeiter-Nachhörerbundes Solidarität, Fernstr. 14.
Übige Zusammenstellung veröffentlichen wir zu Beginn jedes Quartals. In der Zwischenzeit sich ergebende Abzug- oder sonstige Veränderungen bitten wir und zur Vermeidung Irrtümern zu melden.
Berlin, den 30. Juli 1910.
Der Parteivorstand

Steinarbeiter.

Mittwoch, den 3. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engländer 15:

Mitglieder-Versammlung der Sektion I.

Tages-Ordnung:

- 1. Beratung und Beschlussfassung über die Kommissionsvorlage, betreffend Arbeitslosenunterstützung.
2. Verschiedenes.
Kollegen! Kglert für guten Besuch! Die Ortsverwaltung.

Wegen Aufgabe

unserer Verkaufsräume, Hochstraße 2

Anzugstoffe, Winter-Paletostoffe, Damentuche

portbillig, unter Preis. 2782 Koch & Seeland, Gesellschaft m. H. H. Hochstraße 2.

Maßanzüge

sehr elegant, 32-35 M., fertige Anzüge 3,25 an. Länge sehr große Auswahl. Kosten engl. Stoffe u. Anzugstoffe billig. Wenn ich den wir unsere Vertreter mit Muster ohne Kaufverpflichtung. Tuchgesellschaft Kottbuserdamm 16-17 (Hochb.) Borsseiger d. Inverais erhält 5%, Rabatt.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5. Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik. Spezialität: Nordhäuser Kautabak von G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel. Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen. Achten Sie genau auf die Vornamen G. A. Hanewacker. Amt IV, 3014.

Was ist „Bio-Milch“?

Das Beste zur Stärkung für Lungenkranke, Magere, Nervöse, schwächliche Kinder, Wöchnerinnen, stillende Mütter, sowie besonders bei Bleichsucht und Blutarmut. Ideal-Nährmittel für jung und alt.

Eine Bio-Milch-Kur wirkt Wunder! Sofort fühlt sich jeder gekräftigt, erfrischt, verjüngt, wie neu geboren.



„Bio-Milch“ (Lebensmilch, trocken), hergestellt aus dem köstlichen Fruchtfleisch der Edel-Banane, welche 25x nahrhafter als Weizenbrot und 44x nahrhafter als Kartoffeln, sowie aus nährkräftigster afrikan. Nußfrucht, unter tropischer Sonne gereift, trägt in sich gleichsam blut- und nervenbildende „Verkörperte Sonnenkraft“.

Durch „Bio-Milch“ die Sonnenkraft, Schönheit, Kraft, Gesundheit schallt, Auch wird sie jedem geben, Verjüngung, langes Leben. Probe - Pfund - Paket nur 1,50 Mark, wozu eine Bestellpostkarte genügt an Schröders Nährmittelwerke, Berlin 14, Abt. 1. 300L

Herren-Anzug-Woche

Schluss übermorgen

Ueberraschend billige Angebote

- Posten 1: Herrenanzüge gestreift und kariert Stoff 9.—
 - Posten 2: Herrenanzüge Cheviot- und Kammgarb Charakter 21.50
 - Posten 3: Herrenanzüge Lausitzer und Rheinische Stoffe 28.50
 - Posten 4: Sportanzüge lappe und Hose in geschmackvollen Phantasiestoffen 15.—
 - Posten 5: Strandanzüge Jackett, Weste u. Hose. Etwas angestaubt .. Soweit Vorrat 6.—
 - Posten 6: Knaben-Waschanzüge Blusen-Fassons, moderne Waschstoffe, für 2-8 Jahre durchweg 70 Pf. 1.70 2.50
 - Posten 7: Knaben-Waschblusen offene und geschlossene Fassons, für 2-8 Jahre ... durchweg 40, 80 Pf. 1.15
 - Posten 8: Knaben-Waschhosen dunkelblauer Waschstoff, für 2-8 Jahre durchweg 40 Pf. 70 Pf.
 - Posten 9: Lüsterjackets... 1.65 2.25 3.— 4.— 5.—
- Lodenpelerinen für Herren u. Damen, Knaben u. Mädchen.
Sommerpaletots und Ulster spottbillig

BaerSohn

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurterstr. 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog No. 39 (Neueste Moden) auf Wunsch kostenlos und portofrei.

Leipzigerstr. 65
Königstraße 34
Oranienstr. 34



Schuhhaus grössten Stils

Oranienstr. 47a
Müllerstraße 30
Rixd., Bergstr. 78

Unser

Saison-Ausverkauf

welcher



beginnt, bietet auch in diesem Jahre ungewöhnlich grosse Vorteile!

Beachten Sie unser Inserat am Donnerstag!

Verkäufe.

Durch Raub und Staub beschädigte Gardinen, Stores, Tischdecken, Teppiche, 1.75, 2.25, 2.85, 3.75, 4.85, 6.50, 6.75 ufm.

Ordnungsgem. und Bettdecken, 2.45, 3.85, 4.75, 5.75, 6.50 ufm. G. Weihenbergs Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Wollfabrik.

Teppich- und Tischdecken 1.25, 1.75, 2.50, 3.85, 4.75, 6.50, 8.75 bis 30 Mark.

Blisch- und Tischdecken 3.25, 3.85, 4.65, 6.35, 7.85 ufm. Große Frankfurterstraße 125.

Abfallteppiche 3.85, 4.75, 5.50 ufm.

Blischteppiche mit kleinen Flecken, in allen Größen, 6.75, 8.25, 9.85, 11.50, 13.50 bis 60 Mark. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Wollfabrik.

Sport- und Rummeldecken 1.85, 2.50, 3.25, 4.50, 5.25, 6.75 bis 20 Mark.

Wollstoff, Läufer- und Einolienstoffe spottbillig. G. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1106R*

Teppiche (schlechte) Gelegenheitskäufe. Fabriklager Mauerhof, Große Frankfurterstraße 9, Rureringang. Vorwärtsleiter 6. Sonntag Extrarabatt. Sonntags geöffnet. *

Teppichdecken billig! Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Rureringang.

Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 9, Rureringang. 2491R*

Wäcker des deutschen Hauses. Eine Sammlung guter Grätzlingen, Gedächtnis, Korallen usw. Gut ausgestattet, circa 300 Seiten umfassend, 90 Illustrationen und gebunden. 50 Bogen pro Band. Expedition, Lindenstraße 69, Laden. 1066R*

Vorwärtsleiter erhalten 5 Prozent Extrarabatt selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Oranienstraße 100, Oranienplatz. 894R*

Teppiche! (schlechte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hadericher Markt 4, Dohnhofstraße. Preis des Vorwärtsleiter erhalten 5 Prozent Rabatt! Sonntags geöffnet!

Wahnsünder, 32.00 bis 85.00. Fertige Herrenanzüge 8.50. Anzugteile Gelegenheitskäufe. Verkauf an Privat. Vorwärtsleiter 5 Proz. Herrmann Schiefinger, Turmstraße 58, Reinickendorferstraße 48. 2068R*

Die Grundbegriffe der Wirtschaftskunde. Eine populäre Einführung von Julian Borghardt. Preis 40 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Vandeleiters Kreditor, Rührer-Plan 7, spottbilliger Bettdeckenverkauf, Gardinenverkauf, Wäscheverkauf, Uhrenverkauf, Federverkauf, Schmuckwaren, Goldwaren, Silberwaren, verfallene Waren. 2492R*

Glossen zu Yves Goupils und Schindler und Lacroix. Die wahre Behalt des Christentums, von August Bebel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Laden. 2492R*

Singer A 75.00, Raumann-Bobbin, Schneidmasch. Adler, auch ohne Anzahlung, 1.00 wöchentlich an. Anstatt Agenten erhält Käufer Provision. Postkarte erwünscht. Rollst. Brunnenstraße 173, Deutscher Platz 4, Chausseestraße 80, Beusselstraße 18, Frankfurterstraße 118, Oranienstr. 2a, Langenstraße 6, Frankfurter Allee 72, Charlottenburg, Sparenstraße 2, Rixdorf, Reiterstraße 68. 773R*

Alte Nähmaschinen zu verkaufen. Sedanstraße 57, IV rechts. *

Drehkronen (Teilhahnung), Krigar u. Köffen, Wilmannsstraße 29. 1123R*

Geschäftsverkäufe.
Obstgeschäft billig. Tageseinnahme 50-60, verkauft Stallstraße 61/52.
Seifen- u. Wäsche-Geschäft, sichere Erlöse, umständlicher billig zu verkaufen. Rixdorf, Reiterstraße 23. 7114

Edelweiss, preiswert, französischer Gegenstand. Brauererstraße. Koch, Reiterstraße 2, unter G. 1, Hauptexpedition des Vorwärts. 201b

Schmuckgeschäft umständlicher billig zu verkaufen. Zwei Anwesenheiten vor der Tür. In ertragen Dresdenerstraße 107/8, im Lokal.

Notizen Schmuckgeschäft (Ababend) billig. Kaufmann Vorwärts. Expedition, Stettinerstraße. 793

Möbel.
Kinderbettstelle 7.00. Reiterstraße 15. 949R*

Wasserkranz. 10, Ede Kostigke S. Grau, bekannt als beste Bezugquelle. Kassa und Teilhahnung. *

Wollstoffwaren. Harnad. Kählermeister, gegründet 1901, Stallstraße 57 (Nortplatz), liefert komplette Wohnungseinrichtungen zu niedrigsten Fabrikpreisen. Unabänderliche Leistungsfähigkeit. Enorme Ausbeute. Zahlungsvereinfachung. Vorwärtsleiter 3 Prozent. Kein Laden, Verkauf Fabrikgebäude.

Möbel! Für Brauereien günstigste Gelegenheit, fast Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stufe und Küche. In jedem Stück deutscher Preis. Ueberweisung daher abgeschlossen. Bei Ankaufsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Mühe. Wollstoffwaren. Harnad. Kählermeister, Stallstraße 57, im Lokal. 2901R*

Möbel- u. Holz, Nortplatz 58. In meinem seit 31 Jahren bestehenden Möbelgeschäft stehen in fünf Etagen komplette Wohnungseinrichtungen zu niedrigsten Fabrikpreisen zum Verkauf. Als Spezialität liefern: Schlafzimmer, englisch 197.—, modern mit Antarktis 208.—, Wohnzimmer, modern 290.—, Speisezimmer 355.—, Herrenzimmer 200.—, 1 Zimmer und Küche 205.—, 354.—, modern 479.—, 2 Zimmer und Küche 598.—, 667.—, englische Bettstelle mit Matratze 43.—, Kleiderständer 30.—, Trümmen, geschliffen 34.—, Schlafsofa 36.—, Tischsofa 55.—, Umbau 60.—, Teppiche, Nischenlager. Befestigung erbeten. Transport und Lagerung kostenlos. Eventuell Zahlungsvereinfachungen. Gedruckt 8-9, Sonntag 8-2. Kein Laden. Verkauf nur im Fabrikgebäude. Kustendruck P. gratis und franco. 897R*

Möbelangebot, gebrauchte und neue Einzelstücke und ganze Einrichtungen, einfache, eleganteste Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, belüfteten gewaschen, verfallene, spottbillig. Nischenlager, 5 Etagen. Möbelspeicher. Neue Königstr. 5/6, Fabrikgebäude. Teilhahnung gekattelt. Sonntags geöffnet. 261/19*

Wichtig! Möbel, gebrauchte und verfallene gewasene, Kleiderständer 18.00, Bettstelle mit Federmatratze 17.00, Ausziehstisch 14.00, Stühle 2.00, Kommode 12.00, Kleiderständer mit Decke 18.00, Tischsofa 8.00, Garderobenspiegel 33.00, Bildergarnitur 65.00, geschmückte Säulenleuchte, Bücherleuchte, Kleiderständer 65.00, Ausziehsofa 16.00, Salon-Schlafzimmer, pfeifen, 220.00, Herrenschreibtisch 28.00, Lederstühle 8.00, Herrenzimmer, Speisezimmer, Ständer, Federbetten, Stand 16.00, Esstisch 20.00, bunte Küch. 55.00, Säulenleuchte 30.00. Gebe auch Möbel auf Teilhahnung. Sonntags geöffnet. Stargardt, Rothringstraße 69. 254/8*

Gut erhaltene Stühle sind zu verkaufen Brunnenstraße 1/2 im Konfektionsladen. 2085

Fahrräder.
Herrens Fahrrad, Damensfahrrad, einmal benutzt, 35.—, Holz, Blumenstraße 36b. 1683R*

Arbeiter-Radfahrer erhalten zehn Prozent Rabatt im Fahrradgeschäft aus Charlottenburg, Wilmannsstraße 62. *

Teilhahnungen. Dreifache Garantie. Spezial-Garantierad 55.00, Kasse, Anwaltsstraße 20, Wilmannsstraße 73. 780R*

Herrens Fahrrad, Preisnachlass billig. Kraus, Andreastraße 54, II. 190/18

Musik.
Klavierkurs. Erwachsenen Schnellmethode. Monatspreis 3.00, Klavierkurs frei. 20 Klaviere. Musikakademie Oranienstraße 147, Nortplatz. 82/11*

Verschiedenes.
Kunstkopiererei von Frau Rosodt Schlichter, Rurstraße 8, III.
Varenkausalt Beigel, Wilmannsstraße 9a.
Nähmaschinenreparaturen (schon) schnell und billig, auch außer dem Hause. Bellmann, Goldenerstraße 26. 823R*

Technikum, Berlin, Reanderstraße 3 (Schule-Akademie), Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Ingenieurkurs, Lehrkurs, Vertiefung, Monteurkurs, Anzugmeister, Polierkurs, Architektur, Tageskurse, Abendkurse. 1077R*

Chauffeur-Ausbildung, theoretisch und praktisch. Auto-, Flugtechniker. Tages-, Abendkurse. Prospekt! Autotechnikum, Charlottenburg, Reiterstraße 27n. 1052R

Handwäscher. Wäsche wird schonend gewaschen, freies getrocknet, Zeitwäsche, vier Handtücher, vier Taschentücher, Latex 0.10. Kein Vertauschen. Abholung Donnerstags. Frau Kubisch, Köpenick, Riemingstraße 9. 1081R

Teilhahnung. Anfertigung eleganter Herrengarderobe. Marcus, Dragonerstraße 10a. 254/9

Platinankauf Rixdorf, Hermannstraße 68, II rechts. 1906*

Tafelband, braun, vorige Woche verloren, Kaufort, Berliner Straße 16322. Hohe Belohnung. Rixdorf, Reiterstraße 7. 7114

Mineralwasser! Artillerie aller Edelsteine, auch andere Mineralien. Verkauf und Gegenstände. Hermann Kader, Oberleit. 134d*

Fahrrad läuft Draddo, Wilmannsstraße 18. 190/17

Vermietungen.
Schmiede wegen Bezug nach anderwärts weiter zu vermieten. Offerten „Schmiede“ Postamt 68.

Wohnungen.
Prachtwohnungen Soldinerstr. 32.
Mainsbergerstraße 17, an Dachgängerstraße, hell, renovierte Wohnungen sofort und Oktober vermietbar. *

Zwei-, Einzimer-Wohnungen sofort, auch später Soldinerstraße 16.
Zwei-, Einzimer-Wohnungen sofort, auch später Sonnenburgerstraße 27. 137b*

Vollwohnungen, 2 Stuben, Küche 33, kleine Kuchentische 3. *

Zweifamilienige Stube, Küche, separ. 17.00, Wilmannsstraße 7, II. n.

Zimmer.
Möbliertes Zimmer, sauber, freundlich, billig, Seeliger, Stallstraße 11, Rixdorf. 207b

Schlafstellen.
Schlafstelle sofort. Schmidt, Bernauerstraße 45. 763

Möblierte Schlafstelle für 1 oder 2 Herren. Witwe Hennig, Wollstraße 22, von II. 1187

Schlafstelle Witwe Kattke, Oranienstraße 35. 1142

Möblierte Schlafstelle für zwei Herren, Sedanstraße 8, Hofpartie links. 83/88

Mietsgesuche.
Bäder sucht ruhige, allein bewohnende Tageskafestelle. Preis 12-15. Offerten Teilhahnung Expedition Rixdorf, Rixdorfstraße 49. 1137

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Warmherberher verlangt Sachk., Dieffenbacherstraße 10. 143

Grater auf Holz verlangt Viehle Schillerpromenade 27, Rixdorf. 1214

Nichtige Fahrer verlangt Stadfabrik Schulte, Lindenstraße 16.

Selbständige Schloffer auf Sitter und Konstruktion verlangt Kühne, Steglitz, Adersstraße 6. *

Wamsfeld auf Jadedits verlangt Zug, Frankfurter Allee 64. 88/2

30 Kalorienmännchen und einige Lehrlinge sowie Mädchen zu leichter Papierarbeit sucht Gustav Wron, Sedanstraße 8. 85/20

Verfräulein sucht Richard Gottschalk, Reinickendorferstraße 28. 206b

Kinderwärter für den ganzen Tag verlangt Seelstraße 31, Restaurant.

Jadeditsmanns, auferm, 2,00 bis 3,00. Tisch, Bücherei 2 (Rottbuscherdamm). 1123*

Wamsfeld auf bessere Abendmännchen verlangt auferm Hause Olga, Wilmannsstraße 13. 206b

Junges Mädchen für kleinen Haushalt, zu zwei Kindern 8 und 10 Jahre alt, gesucht. Frau Spenst, Schöneberg, Sedanstraße 57 III.

Teilhahnungsfrauen sofort verlangt Sedanstraße 23/24. 84/20*

Kumpf, Arbeiterinnen auf Jadedits verlangt Zeit, Rixdorfstraße 29 I. *

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Für das neu zu gründende Arbeitersekretariat in Halberstadt wird zum 1. Oktober d. J. ein

Sekretär
gesucht. Es wird auf eine tüchtige geistliche Kraft reflektiert. Bewerber wollen ihr Angebot mit der Aufschrift „Sekretär“, nicht Auskunft über ihre bisherige Tätigkeit in der Gewerkschafts- sowie Parteibewegung bis zum 14. August 1910 an den General Hermann Schwarze, Halberstadt, Tiefstraße 16 II, einreichen. 288/14*

Wepert wegen Differenz: Gantischerei E. Kaslow, Rixdorf, Teupfer Str. 104.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Ordnungswaltung Rixdorf. *